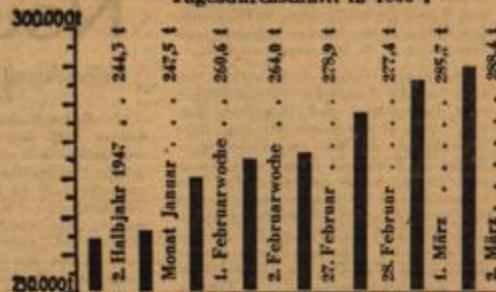


Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1948

10 (6.3.1948)



Kredit mit Kredit

Unter großer Aufmerksamkeit bringt die schwedische Presse die Meldung, daß ein USA-Bankier einer schwedischen Unternehmung einen Kredit von 10 Mill. \$ zur Verfügung gestellt habe, um Maschinen, Eisen und Stahl in USA zu kaufen. Die schwedischen Zeitungen regen sich nun darüber auf, daß die Verhandlungen um diesen kleinen Privatkredit bereits im September vorigen Jahres begonnen hätten, man also damals in den USA bereits gewußt habe, daß Schweden keinen Staatskredit aus den USA bekomme. Die Schweden sind im Sommer in eine schwierige Devisenlage gekommen und haben seitdem versucht, ausländische Kredite zu erhalten, aber es war von vornherein klar, daß die USA keinen solchen Kredit geben würden. Warum, werden wir später sehen. Erstaunlich ist nur, daß die Schweden das damals nicht schon gemerkt haben. Sogar jetzt merken sie es noch nicht, denn in einer der letzten Nummern des Göteborger Handels- und Spärrats-Tidningen äußert man sich über die Schweiz und deren scharfe Kritik an der schwedischen Wirtschaftspolitik, wodurch der schwedische Kredit im Ausland erschüttert werde. Man bedauert dies insbesondere, weil unsere Regierung hofft, in den bevorstehenden Wirtschaftsverhandlungen mit der Schweiz ein schweres Darlehen zu erhalten, das uns angesichts unserer Finanzlage besonders gelegen käme. Also auch in der Schweiz stößt Schweden mit seinen Kreditwünschen nicht auf Gegenliebe, obwohl doch, rein nach der Bonität beurteilt, die Schweden wohl die kreditwürdigste Nation wären. Nun kommt aber das Entscheidende: Jeder Auslandskredit an die Schweden bedeutet eine Finanzierung des schwedischen Exports an Rußland. Von der Anleihe, die Schweden in Höhe von 1 Mrd. Kr. an Rußland gegeben hat, sind bis jetzt nur 10% beansprucht. (Gelegentlich hört man sogar nur von 5%), aber die Schwedischen Anleihewünsche in USA beziffern sich, wie wir vor 14 Tagen meldeten, bereits auf 150 Mill. Dollar. Berücksichtigt man die Wünsche gegenüber der Schweiz, dann bedeutet das im Volumen ungefähr, daß der Betrag, den Schweden bisher durch Lieferungen an die Russen kreditiert hat, nun in den USA oder in der Schweiz als neuer Kredit aufgenommen werden soll. Wenn man dies zum Prinzip macht, dann würde es bedeuten, daß praktisch die Vereinigten Staaten oder die Schweiz den Kredit an Rußland geben würden, nur auf dem Umweg über Schweden, das dann nur noch als ein guter Girant auf dem Russenwechsel fungiert. Wenn den Schweden dies einmal klar wird, dann wissen sie auch, warum sie keine Kredite im Ausland bekommen, es sei denn in Tropfenform durch Einzelkreditabläufe zwischen kleinen USA-Banken und schwedischen Industrieunternehmen. Die erste Schwalbe ist gekommen: 10 Mill. \$, aber eine Schwalbe macht bekanntlich noch keinen Frühling, erst recht noch keinen Sommer.

Neues Zonenabkommen in Leipzig

hfg. Baden-Baden. Auf der Leipziger Messe ist zwischen den Vertretern der Ostzone und Doppelzone ein zünftiges Wirtschaftsabkommen vereinbart worden. Danach soll sich die Ostzone verpflichten, Textilwaren im Werte von 5 Mill. Reichsmark nach dem Westen zu liefern, während die Doppelzone Eltén- und Stahlwaren liefern wird.

Höhere Januar-Exporte

Die günstigere Entwicklung des Außenhandels der Doppelzone im Dezember setzte sich auch im Januar fort. Nach dem Anweis der JETA wurden im Januar neue Exportkontrakte in Höhe von 53 Mill. Dollar abgeschlossen, gegenüber einem Monatsdurchschnitt von 16,1 Mill. Dollar im vergangenen Jahr. Das Dezemberergebnis wurde damit um 60%, der Monatsdurchschnitt des ganzen Vorjahres sogar um 230% überschritten. Die effektiven Ausfuhrer beliefen sich im Januar auf 27 Mill. Dollar und erreichten etwa die gleiche Höhe wie im Vormonat. Gegenüber dem Monatsdurchschnitt des ganzen Jahres 1947 mit 18,5 Mill. Dollar bedeutet dies eine Steigerung um 46%.

Die Eisenkontingentierung

Die Verwaltung für Wirtschaft hat für das erste Halbjahr 1948 1,03 Mill. t Eisen auf die verschiedenen Verbrauchs-

Eurafrika, ein neues Ziel

Wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas mit Afrika

Seit einiger Zeit kommen ganz kurze Meldungen über den ausländischen Rundfunk, vor allem London, die von gemeinsamen Verhandlungen westeuropäischer Staaten über eine wirtschaftliche Erschließung Afrikas sprechen. In den letzten Tagen haben diese Pläne konkretere Formen angenommen. In Paris fanden Besprechungen zur Abstimmung der französischen und britischen Kolonialinteressen statt.

Der britische Schatzkanzler Sir Stafford Cripps erklärte kürzlich einem Journalisten, daß Frankreich und England in dauernder Fühlungnahme ständen, um Eurafrika wirtschaftlich zu einer Wirklichkeit werden zu lassen. Eurafrika solle nach Meinung Frankreichs und Großbritanniens ein Element des Gleichgewichts zwischen den USA und der Sowjetunion bilden. Es sei ganz natürlich, wenn Afrika, ein an Rohstoffen reicher Kontinent, sich mit Europa mit seiner starken Industrialisierung zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammenschließen. Ein solches System werde für Frankreich, Großbritannien, Belgien und Afrika von Nutzen sein.

Kurz nach diesen Erklärungen traten in Paris französische und englische Delegierte zusammen und prüften die wirtschaftlichen Möglichkeiten einer Erhöhung der Produktion in Afrika, z. B. von Salz und Kohle (in Nigeria), und von Eisenbahnhaute. Auch der Handel zwischen den Kolonien und Preissicherungsprobleme wurden erörtert.

Der Gedanke Eurafrika hat die Europäer schon lange beschäftigt. Es fällt ins Auge, daß der eurafrikanische Kontinent mit seinen 40 Mill. qkm etwa ebenso groß ist wie der asiatische mit seinen 44 Mill. qkm und der amerikanische mit fast 43 Mill. qkm. Größere Unterschiede zeigen sich allerdings, wenn man die Bevölkerungszahlen zugrunde legt. Dann erscheint Asien weit an der Spitze mit seinen fast 1200 Mill. Menschen gegen Eurafrika (ohne Rußland) mit kaum 500 Mill. und dem amerikanischen Kontinent mit nur 250 Mill. Menschen.

Ohne politische Absichten, rein wissenschaftlich hat sich in Deutschland schon viele Jahre eine Gruppe mit solchen Plänen beschäftigt. Sie nennt den neuen Erdteil Atlantropa und propagiert eine Sperrung der Straße von Gibraltar und der Dardanellen. Dadurch würden die Zuflüsse aus dem Atlantik und dem Schwarzen Meer ins Mitteländische Meer aufhören und so der Spiegel des Mittelmeeres mindestens 100 m sinken, wodurch vorbehaltlich der klimatischen Folgen 3 Mill. qkm Land gewonnen werden könnten. Das wichtigste an diesem Plan aber ist die Gewinnung von Wasserkraft an den Sperrquellen, wodurch riesige Energiemengen zu billigen Preisen gewonnen werden könnten.

Heute sind diese Erörterungen in ein aktuelles und politisches Stadium getreten, wie die Ausführungen von Cripps beweisen. Wenn wir allein bedenken, daß der Kongo in den ersten neun Monaten 1946 an Belgien Waren im Werte von 2,2 Mrd. belgischen Francs

lieferte, aber Belgien nur für 450 Mill. Francs dorthin exportierte, dann werden hier Aspekte aufgerissen, die kühnste Träume rechtfertigen.

Zitieren wir noch ein paar Sätze aus dem jüngst erschienenen Buch von Dr. Herbert Groß: „Das Gesicht der Weltwirtschaft“ (Verlag Hammerich und Lesser, Hamburg): „Überhaupt gewinnt Afrika für Europa an wirtschaftlicher Bedeutung, weil hier gleichsam die große Rohstoff- und Nahrungsmittelreserve, sowie ein potentielles Absatzgebiet für Industrieuropa vorliegt, das ähnliche Bedeutung besitzt wie Südamerika für die Vereinigten Staaten. Zwischen der Säule der westlichen Hemisphäre unter amerikanischer Führung

und der geschlossenen Ordnung der UdSSR liegt gleichsam die „europäisch-afrikanische Achse“; es ist bemerkenswert, daß gerade in der Frage der künftigen Erschließung Afrikas zwischen den führenden Kolonialstaaten Großbritannien, Frankreich und Belgien starker Kooperationswille besteht. Entsprechende Beschlüsse waren im Mai 1947 durch die drei Staaten gefaßt worden.“

Schon vor einem Jahr also war man zusammengekommen und hatte ziemlich konkrete Pläne mitgebracht. Zusätzliche Investitionen von über 100 Mill. £ waren für die Großplantagen von Tabak in Rhodesien und Zentralafrika, für die Bananen- und Obstplantagen in Kamerun und für die Bewässerungs- und Kraftstromprojekte am oberen Nil und Niger, für die Anlage von Vieh- und Geflügelzucht und für Reiskulturen in West- und Ostafrika vorgesehen. In klarer Konsequenz des Eurafrika-Ge-

(Fortsetzung siehe Seite 2)

USA lizenziert Export

Washington. Das amerikanische Handelsdepartement hat am Montag bekanntgegeben, daß der Export amerikanischer Waren nach allen Teilen der Welt lizenzpflichtig sei. Außenpolitische Gründe seien für diese Maßnahme maßgebend, erklärte der Handelsminister Beece. Von jetzt ab müßte eine vollständige Exportkontrolle eingeführt werden.

Durch diese Kontrolle wird es dem Handelsdepartement möglich sein, den Export nach den Teilen der Welt zu lenken, die am europäischen Wiederaufbauprogramm mitarbeiten. Diese Kontrolle kann aber auch verhindern, daß wichtige Waren nach solchen Ländern gesandt werden, die nicht am Wiederaufbau teilnehmen wollen. Obgleich diese neue Maßnahme es dem Handelsdepartement möglich macht, die Lieferungen nach Osternropa zu beschneiden, hat man doch die Absicht, vorläufig nur den Strom der wichtigen Waren nach Osternropa zu verkleinern. Man hat nicht die Absicht, den ganzen Handel mit den Ostblockländern zu stoppen.

Zertifizierung blockierter ausländischer Guthaben in den USA

Washington. Schatzsekretär Snyder hat mitgeteilt, daß vom 1. Juni 1948 an das Schatzamt keine Kompetenzen mehr über die blockierten ausländischen Guthaben besitzen werde. Mit diesem Tage geht die Verwaltung der blockierten gebliebenen Guthaben auf das „Amt für fremdes Eigentum“ im Justizdepartement über. Personen, deren Guthaben zertifizierbar sind und deblockiert werden können, müssen von dem Zertifizierungsamt noch vor dem 1. Juni Gebrauch machen. Nach diesem Zeitpunkt verfallen unbezogene Guthaben, die zu Abhebungen oder Vermögensumlagerungen berechtigen. Nach dem 1. Juni wird eine Erhebung über alle blockiert gebliebenen Guthaben durchgeführt werden. Das „Amt für fremdes Eigentum“ wird unmittelbar nach Abschluß dieser Erhebungen diejenigen blockierten Guthaben, die auf schweizerischen oder liechtensteinischen Konten liegen, beschlagnahmen, um zu verhindern, daß die Guthaben der Kontrolle der amerikanischen Regierung entgehen, weil man der Ansicht ist, daß es nicht richtig sei, daß der amerikanischen Steuerzahler für den Wiederaufbau Europas Milliarden aufbringe, während gleichzeitig Europäer in Amerika große Guthaben besitzen, die sie den Regierungen entziehen.

Durch diesen Beschluß des Schatzamtes ergeben sich für die Schweiz zahlreiche technische und materielle Gesichtspunkte, die die Entsendung einer schweizerischen Abordnung nach Washington notwendig machen. Zahlreiche französische Gläubiger haben seinerzeit in der Schweiz Geld angelegt, das nach Amerika überführt wurde; nach amerikanischen Schätzungen soll sich dieser Betrag auf 200 bis 250 Mill. \$ belaufen. Die Schweiz will diese Fluchtgelder zwar nicht schüttern, hat aber ein gewisses Interesse daran, aus Prestige Gründen den Grundsatzen der Anonymität nicht zu verlegen. Sie hat daher den Amerikanern vorgeschlagen, die in Frage stehenden Gelder Frankreich zum Wiederaufbau zur

Verfügung zu stellen, indem diese Werte in Obligationen einer Wiederaufbauaktion umgewandelt werden. Die schweizerische Abordnung verhandelt nun in Washington über das Zertifizierungsverfahren bezüglich der blockierten Guthaben.

Goldbestand in USA

Washington. Der Goldbestand der USA ist auf über 23 Mrd. \$ gestiegen, was einen absoluten Rekord darstellt. Der ausgewiesene Bestand von 23,028 Mill. \$ ist um 2039 Mill. \$ größer als im Vorjahr.

Transarabische Erdölleitung

New York. Nach einer Mitteilung des Präsidenten der transarabischen Rohrleitungsgesellschaft soll die Errichtung der transarabischen Erdölleitung beschleunigt werden. Zu diesem Zwecke wurden bereits Facharbeiter aus Syrien und dem Libanon nach Saudi-Arabien gebracht. Der Beschluß, die Arbeiten zu beschleunigen, wurde gefaßt, da König Ibn Saud die amerikanischen Ölinteressen seines Schutzes versichert hatte. Da 875 Meilen der insgesamt 1075 Meilen langen Rohrleitung in Saudi-Arabien liegen, befürchtet man keine Verzögerung bei der Fertigstellung der am Mitteländischen Meer endenden Leitung, die 1950 fertiggestellt sein soll. Nach Fertigstellung der Leitung werden täglich über 300 000 Gallen Rohöl nach den europäischen Bestimmungshäfen verschickt werden können. Die bemerkenswerte Steigerung im Ölverbrauch habe die USA zum Ölimporteur gemacht. Die ungedeckte Öl Nachfrage der Welt wird auf rund 50 Mill. t jährlich geschätzt. Wenn genügend neue Tankschiffe, Rohrleitungen und Raffinerien gebaut würden, was in 5 bis 10 Jahren der Fall sein dürfte, könnten die Ölleute bestimmen ihre gesamte Produktion absetzen.

Neue türkische Schiffahrtsbank

Istanbul. Unter dem Namen „Maritim Bankası“ wurde eine neue Bank errichtet, die hauptsächlich Kredite an die türkischen Reedereien geben wird, vor allem für den Ankauf neuer Schiffe im Ausland.

Englands Kohlenausfuhr

London. Infolge der gesteigerten Kohlenförderung kann England im laufenden Jahr 15 bis 16 Mill. t Kohle für die Ausfuhr und die Schifffahrt freigeben. Brennstoffminister Gaitkell erklärte, daß England auf Grund des Marshall-Planes bereits annähernd 12 Mill. t aufräumen müsse. Weitere 3 bis 4 Mill. t seien für noch nicht abgeschlossene Handelsbesprechungen in Aussicht genommen. Der Minister schätzt die Kohlenvorräte auf 14,5 Mill. t.

Auf Grund der bereits bestehenden Handelsverträge wurden für die Lieferung an europäische und außereuropäische Länder insgesamt 4,6 Mill. t bereitgestellt. Davon sollen die europäischen Staaten 3,25 Mill. t und die außereuropäischen Staaten 1,25 Mill. t erhalten. Die Lieferungen sollen spätestens Ende März aufgenommen werden.

In dieser Nummer

- Neue Handelsabkommen
- Industrieproduktion der Sowjetunion
- Deutsche Füllhalter-Industrie
- Neue Währungsorgen in Ungarn
- Weltaufbau auf hohen Touren
- Industrie-Subventionen in der Ostzone
- Reformbestrebungen im Böhmenhandel

Die Allianz Europa-USA

Man kann nicht behaupten, daß in letzter Zeit die Aktien des europäischen Kommunismus gefallen seien. Eine Reihe von parlamentarischen Entscheidungen und die blühend abrollende deutsche Entwicklung sind so aufgefallen, daß man im Krimi damit zufrieden sein kann. Es ist zu wiederholen, daß vor allem die Schelligkeit in der Lösung der Prager Krise überraschend war. Vierundzwanzig Stunden nach Übernahme der Ministerien stand der Regierung Gottwalds der gesamte Machtapparat uneingeschränkt zur Verfügung. Mit dem politischen Szenenwechsel fand gleichzeitig auch eine Änderung der wirtschaftlichen Organisation statt. Alle privaten Unternehmungen mit mehr als 50 Menschen Personal sollen nach Weisung der Gewerkschaft verstaatlicht werden. Selten hat in der Geschichte eine so radikale Änderung des wirtschaftlichen Organismus eines ganzen Volkes in so kurzer Zeit stattgefunden.

Gegen die nach bewährtem Rezept durchgeführte Umwidmung des Prager Kabinetts haben die Westmächte in einer gemeinsamen Erklärung Stellung genommen. Die französisch-britische und amerikanische Regierung verurteilten gemeinsam die zur Unterdrückung der freien Spiele der parlamentarischen Institutionen angewandten Methoden. Zwar vermag diese Kundgebung an der Entwicklung in Prag nichts mehr zu ändern, aber sie stellt in ihrer vollen Übereinstimmung unter den drei Westmächten und durch ihre Deutlichkeit doch eine Warnung dar. So war auch die internationale Reaktion auf die Vorgänge an der Moldau ungewöhnlich heftig. Es ließ sich abhören, daß ein Mann in so verantwortlicher Stellung, wie der französische Außenminister Bidault die Prager Entscheidung als eine Bedrohung des Friedens bezeichnete und anführte, jeder Franzose müsse jetzt begreifen, daß es heute notwendiger denn je ist, zu einer Vereinigung derjenigen zu gelangen, welche die Freiheit der Nation und die Freiheit zu sich allen anderen voranstellen. Die Ereignisse in der Tschechoslowakei hätten das internationale Gleichgewicht gestört. Es ist unversteherlich, daß solche Manöver auf internationalem Gebiet ad infinitum weiter gehen könnten, ohne eine außerordentlich gefährliche Situation heraufzubeschwören. Washingtoner diplomatische Kreise ließen verlauten, daß die Tschechoslowakei das letzte Land sei, welches die USA unwillig in die sowjetische Einflußsphäre eintreten lassen könnten. In der englisch-amerikanischen Presse wurde zum Teil eine Sprache von bisher unbekannter Schärfe geführt. Die „New York Chronicle“ glaubt vorausschauend sagen zu können: „Es ist heute klar, daß die westlichen Demokratien einen schweren politischen Rückschlag erlitten haben. Wenn der schöpferische Impuls hinter dem Marshall-Plan nicht rasch einen neuen Antriebs gibt, dann wird es bald nur noch wenige Länder geben, denen er helfen kann.“

Der weiteren politischen Entwicklung in der Tschechoslowakei als Nachbarin der westlichen Besatzungszone Deutschlands und Österreichs wird man in Wien, Paris, London und Washington sehr sorgfältige Beachtung schenken. In der europäischen Politik gilt seit langem, daß der Beherrscher Böhmens die

Neue Handelsabkommen

Chance hat, auch Europa zu kontrollieren. Kabinettsbildungen in Prag werden darum aufmerksamer registriert als Systemwechsel in Bukarest und Sofia.

Die Prager Innenpolitik wirkte sich auch auf die Londoner Verhandlungen über Deutschland und Österreich aus. Von den Dreier-Besprechungen über Deutschland, die seit nunmehr einer Woche in Withehall hinter verschlossenen Türen, kaum bemerkt von der Öffentlichkeit, im Gange sind, dürfen der Natur dieser Botschafterbesprechungen nach keine Beschlüsse erwartet werden. Man bespricht sich über die Stellung West-Deutschlands im Rahmen des Wiederaufbaues in Europa. Strang, Douglas und Massigli werden dann ihre Regierungen unterrichten. Auch die stellvertretenden Außenminister sind bei ihren Verhandlungen über den Staatsvertrag mit Österreich noch zu keiner Einigung gekommen. Als Folge der Prager Ereignisse lassen diese Verhandlungen aber doch eine Verstärkung eher auf westlicher als auf russischer Seite erkennen. In diesem Zusammenhang ist in diplomatischen Kreisen von London und Washington wieder der Gedanke eines Westpaktes in neuer und erweiterter Form aufgetaucht. Man geht bei diesen Überlegungen davon aus, daß der Westen, um wenigstens die jegige Linie gegen den Osten zu halten, eines Staatenbündnisses bedarf, das von einem gemeinsamen Willen beherrscht wird. Der Wunsch nach einer amerikanischen Garantie kreist hierbei um all diese Pläne. Seitdem der Viermächtepakt, den Byrnes und Marshall angeboten hatten, sich im Dezember in London zerschlag, ist zwar immer wieder die Rede von einem Drei-Mächtepakt gewesen. Der akute Anlaß hierzu hat aber bisher gefehlt. Man fragt sich, ob dieser Moment jetzt gekommen sei.

In diesem Sinne hat sich auch die Aufforderung der Sowjet-Union in Finnland, mit ihr einen militärischen Beistandspakt abzuschließen, auszuwirken begonnen. In Helsingfors wird zwar nachdrücklich betont, daß die heutige Lage Finnlands keine Parallele zu den Vorgängen in der Tschechoslowakei bildet. Die Tatsache, daß die Sowjetischen Kommunisten nur 45 000 eingeschriebene Mitglieder zählen, gegenüber 1,7 Mill. in der Tschechoslowakei, stelle einen bemerkenswerten Unterschied dar. Entscheidend sei allerdings die Frage, ob die Wahlen im Juli mit oder ohne Militärstützung vor sich gehen würden. In den skandinavischen Ländern, wo man die Verhandlungen zwischen Moskau und Helsingfors sehr aufmerksam verfolgt, herrscht eine gedrückte Stimmung. Die norwegische Zeitung „Aftenposten“ meint, wenn die Forderungen Stalins über einen Beistandspakt hinzugehen, so könne Finnland nur nachgeben. Das aber würde, so schreibt das Blatt, zu einer ersten Krise führen, in der Finnland nicht allein dastehen würde, wenn nicht alle demokratischen Staaten der Welt den Verstand verloren haben sollten.

Der Plan eines westeuropäisch-amerikanischen Paktes gewinnt auch durch die Nachrichten über eine zunehmende kommunistische Aktivität in Norchtien und durch die Londoner Berichte, nach denen sich Togliatti in Moskau aufhalten soll, weiter an Aktualität.

Zinnabkommen Bolivien — Argentinien

Buenos Aires. Zwischen der bolivianischen und der argentinischen Regierung wurde ein Zinnabkommen abgeschlossen. Argentinien wird 25 Mill. \$ für die Schaffung eines gemischten argentinisch-bolivianischen Zinnkonzerns bereitstellen. Die bolivianische Regierung hat sich trotz heftiger Proteste der bolivianischen Zinnproduzenten bereit erklärt, bis 1950 jährlich 8 000 t und später 12 000 t Zinn an Argentinien zu liefern. Ursprünglich hatte Argentinien die doppelte Menge gefordert. Auf Grund des neuen Abkommens werden wahrscheinlich die Lieferungen zu die Vereinigten Staaten gekürzt werden.

Kongo-Uran und Zinn für die Sowjetunion

Einsprüche der Vereinigten Staaten

Nach einem Bericht der „New York Times“ hat die Sowjetunion von Belgien für ihre Weizenlieferungen Gegenlieferungen von Uranerz verlangt. Das amerikanische Blatt stellt fest, daß Uranlieferungen überhaupt nicht zur Debatte standen, da sich Belgien nur bereit erklärt hätte, Zinnlieferungen zu erwägen. Als die sowjetischen Forderungen in Washington bekannt wurden, sind sofort Schritte unternommen worden, um eine solche Entwicklung zu verhindern. In belgischen Kreisen glaubt man, daß ein Entschluß bezüglich der Zinnlieferungen erst dann fallen wird, wenn die Ergebnisse der Tagung des internationalen Zinnkomitees in Washington bekannt sind.

Die „New York Times“ erwähnt dann, daß die Sowjetunion vergänglich versucht habe, Zinn aus England und den Niederlanden zu erhalten. Deshalb habe man die belgische Handelskommission bei den Verhandlungen wegen eines

Griechenland — französische Zone

hfg Baden-Baden. Nachdem am 21. Januar 1948 das erste Handelsabkommen zwischen der Doppelzone und Griechenland abgeschlossen worden war, hat nunmehr auch die französische Zone mit Griechenland ein Handelsabkommen vereinbart, das vor einigen Tagen parafiert wurde, aber noch der Unterzeichnung durch die französische Militärregierung und durch Griechenland bedarf. Nach dem Abkommen wird Griechenland in die französische Zone Waren im Werte von zusammen 600 000 \$ liefern, darunter vor allem Tabak, Rohhäute, Schwämme und Bauxit. Als Gegenleistung wird Griechenland aus der französischen Zone chemische Erzeugnisse, Farbstoffe und Präzisionsinstrumente erhalten.

Die in dem neuen Abkommen vereinbarten Liefermengen sind verhältnismäßig noch klein, wenn man sie mit den Mengen vergleicht, die zwischen Griechenland und der Doppelzone vereinbart wurden. Nach dem Abkommen mit der Doppelzone soll Griechenland für 3,69 Mill. \$ Landeserzeugnisse liefern, während die Doppelzone namentlich Industriewaren im Werte von 5,19 Mill. \$ zu liefern hat. Um Griechenland die Begleichung dieses Unterschieds von 1,5 Mill. \$ zu erleichtern, werden die USA, diesen Betrag aus der amerikanischen Griechenland-Hilfe bezahlen. Auch diese Umsätze zwischen den beiden Ländern sind noch recht gering, denn im Jahre 1937 führte Deutschland aus Griechenland Waren im Werte von 76,4 Mill. RM ein und führte nach Griechenland gleichzeitig Waren im Werte von 113,1 Mill. RM aus. Deutschland war ja schon lange vor dem Kriege einer der wichtigsten Handelspartner Griechenlands gewesen.

Es wäre zu wünschen, daß auch die französische Zone so wertvolle Nahrungsmittel wie Olivenöl aus Griechenland beziehen könnte. Die dortige Olivenölrate ist die beste seit 1937. Von einer Gesamternte von 150 000 t werden 50 000 t ausgeführt werden können. Die griechische Regierung hat, um die Ausfuhr zu erleichtern, die seit mehreren Jahren nötig gewesene Ausfuhrbewilligung für Olivenöl beseitigt. Das Wirtschaftsministerium hat die Ausfuhrpreise für griechisches Olivenöl jetzt auf 870 bis 1080 \$ je Tonne, fob griechischer Hafen, je nach der Qualität, festgesetzt. Diese Preise sind Mindestpreise. Von dem Mehrpreis, den der Exporteur im Ausland erzielen kann, darf er 20 % als Devisenbonus für sich behalten. Die übrigen 80 % werden in einem Fonds bei der Bank von Griechenland zur Verbesserung der Olivenölproduktion eingezahlt. Wie wir dazu von einer Münchener Importfirma erfahren, sind dieser jetzt 12 000 t griechisches Olivenöl zu einem Preise von 985 \$ je t angeboten worden. (Noch im Juli 1947 betrug der Preis 1600 \$.)

Nach Mitteilung griechischer Handelskreise besteht in Griechenland ein lebhafter Bedarf an Kühlröhren und Kühlrichtungen sowie Melkmaschinen. Auch für alle landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen ist Griechenland ein sehr aufnahmewilliger Markt. Es bleibt daher zu wünschen, daß im Anschluß an das gegenwärtige erste Abkommen zwischen Griechenland und der französischen Zone weitere gegenseitige Lieferungen vereinbart werden können.

Nach dem Abkommen mit der Doppelzone wird Griechenland folgende Industriewaren erhalten: Für 2 Mill. \$ Ersatzteile für Maschinen und Kraftfahrzeuge, für 500 000 \$ elektrotechnische Ausrüstungen, für 400 000 \$ pharmazeutische und chemische Erzeugnisse, für 300 000 \$ Farbstoffe, für 400 000 \$ Haushaltswaren und für 540 000 \$ wissenschaftliche Instrumente. Die Lieferungen Griechenlands nach der Doppelzone umfassen: Für 2,5 Mill. \$ Tabak, für 490 000 \$ Pyrite und für 250 000 \$ Terpentinöl. Für die griechische Tabakausfuhr nach der Doppel-

zone wurde ein Durchschnittspreis von 1,2 \$ je 1 kg fob griechischer Hafen festgesetzt. Da Deutschland im Verkehr mit den europäischen Ländern noch nicht wieder das Recht der Meistbegünstigung besitzt, hat Griechenland der Doppelzone inzwischen Zollerleichterungen eingeräumt. Man darf annehmen, daß eine ähnliche Regelung auch für den Außenhandel mit der französischen Zone gewährt worden ist.

Doppelzone — Türkei

hfg Baden-Baden. Zwischen der Doppelzone und der Türkei ist ein bemerkenswertes grundlegendes Handelsabkommen geschlossen worden, das den Austausch türkischer Rohstoffe gegen deutsche Industriewaren vorsieht. Die Einzelheiten des künftigen Warenaustauschs und die Bedingungen für die gegenseitigen Zahlungen und Abrechnungen werden in Verhandlungen festgelegt werden, die gegenwärtig mit einer türkischen Handelsabordnung in Frankfurt/M. stattfinden.

Es wären schon vorher kleinere Geschäftsabschlüsse zwischen beiden Ländern zustande gekommen, die in türkischen Kreisen lebhaft begrüßt worden sind. Deutschland hatte ja vor dem Krieg im türkischen Außenhandel sowohl als Käufer wie als Lieferant eine führende Rolle gespielt und seitweilig bis zu zwei Drittel des türkischen Außenhandels bestritten. Im Mai des Vorjahres war es dann gelungen, 450 t Ziegenwolle aus der Türkei nach Deutschland zu liefern, womit eine alte Geschäftsverbindung wieder angeknüpft war. Die deutschen Fabriken, welche die Ziegenwolle verarbeiten, waren seit langem gerade auf diesen türkischen Rohstoff spezialisiert. Die Lieferung weiterer Mengen Ziegenhaare dürfte daher auch in dem neuen Abkommen eine Rolle spielen.

Die deutsche Ware hat auch heute noch in der Türkei einen ausgezeichneten Ruf, wo man vor allem die unbedingte Zuverlässigkeit der deutschen Industrie in der Durchführung der Lieferungen und der Abrechnung, sowie die große Anpassungsbereitschaft der deutschen Hersteller an die besonderen Wünsche der türkischen Abnehmer schätzen gelernt hat. Seit dem Aufheben der deutschen Lieferungen hat die Türkei ihre Aufträge vornehmlich nach

dankens sollte vermieden werden, nicht-europäisches Kapital dazu heranzuziehen. Nun sind aber die USA bereits an verschiedenen Stellen in Afrika finanziell interessiert. Aber auch heute bewegen sich diese Interessen in Afrika noch am Rande. Zweifellos werden sich auf dem Umwege über US-Beteiligungen an den europäischen Muttergesellschaften dieser afrikanischen Industrien gewisse Einflüsse ergeben. Leicht zu erkennen sind sie nicht. Der ungeheure Kapitalmangel Europas, vor allem Englands wird die Finanzierung nicht leicht machen. Die Bemühungen bleiben und, wie wir noch sehen werden, sind sie auch erfolgreich.

Auch die Arbeiterschaft interessiert sich für diese Pläne. Die Sozialdemokraten Belgiens haben am 1. März Beschlüsse gefaßt, die auf eine wirtschaftliche Zusammenarbeit Westeuropas, nicht ohne Bezugnahme auf Afrika, abzielen. Die Bestrebungen Europas gehen also weit über koloniale Gedanken hinaus. Die Kolonialpolitik alten Stils ist für diese Gedankenkreise nicht mehr brauchbar. Es handelt sich um eine Entwicklung großen Stils, die sich hier abspielt: die Zusammenziehung zweier Kontinente, die sich ausgezeichnet ergänzen, und die Herstellung einer, wie es einmal genannt wurde, „Nord-Süd-Achse“ von London bis Johannesburg.

Gehen wir in die wirtschaftlichen Details. Wir haben in der folgenden Tabelle die Förderung der wichtigsten Metalle und Edelmetalle zusammengestellt, wie sie sich aus den Ziffern von 1938 ergeben. Daneben ist ausgerechnet, welchen Anteil diese Förderung an der Weltförderung hat.

Förderung der mineralischen Rohstoffe in Afrika 1938

Mengen	Anteil an der Weltproduktion
Gold 481 000 kg	23 %
Diamanten 2 200 000 gr	fast 100 %
Kupfer 262 000 t	18 %
Kohle 17 884 000 t	1-2 %
Phosphate 4 370 000 t	23 %
Eisenerz 8 000 000 t	2 %
Kobalt 4 000 t	mehr als 80 %
Manganerz 1 121 000 t	22 %
Zinnmerz 13 024 t	12-15 %
Chromerz 323 000 t	20 %
Niel 83 000 t	4 %
Platin 3 140 kg	12 %
Asbest 77 000 t	12 %
Zink 24 700 t	2 %
Erdöl 228 000 t	8,5 %
Vanadium 831 t	25 %

Große Reserven

Ergänzen wir nun diese Übersicht noch durch den Hinweis, daß Afrika über weit größere Ersvorkommen verfügt, als sich aus den Förderziffern ergibt. Als Beispiel sei die Uranerzgewinnung im Belgischen Kongo erwähnt. Zwar sieht Kanada in der Uranerzförderung weitaus an der Spitze

den USA, neuerdings auch nach Italien und der Tschechoslowakei vergeben. Sofern die deutschen Waren nur wieder lieferbar sind und die bürokratischen Handelshemmnisse gelockert werden können, wäre angesichts des großen türkischen Bedarfs ein umfangreicher Warenaustausch wieder möglich.

Mit den westlichen Besatzungszonen Deutschlands sollen auch Verhandlungen aufgenommen werden, um den deutschen Markt wieder für den türkischen Tabak zu öffnen, der vor dem Krieg für die Türkei von besonderer Wichtigkeit war.

Die türkische Tabakernte war im vergangenen Jahr groß und belief sich im Gebiet von Izmir auf 43 Mill. kg und in der ganzen Türkei auf über 10 Mill. kg, woru noch ein Überstand aus den Vorjahren in Höhe von 33 Mill. kg kommt. Da es bisher nicht möglich war, genügend Abnehmer zu gewinnen, soll in diesem Jahr der Tabakanbau in der Türkei eingeschränkt werden. Die türkische Regierung hat verschiedene Erleichterungen für den Export verfügt. So wurden alle Beschränkungen, die bisher für die Ausfuhr von Tabak gegen Pfund bestanden, aufgehoben. Große Erleichterungen sind vorgesehen für den Tabakausfuhr nach Ländern, mit denen Kompensationen möglich sind, wobei alle Beschränkungen hinsichtlich der Auswahl der Kompensationsartikel aufgehoben worden sind. Gegenwärtig laufen Verhandlungen mit der österreichischen Regierung über den Ankauf von türkischen Tabaken gegen Kredit. Die türkische Regierung hat sich bereit erklärt, auch anderen Ländern Tabak auf Kredit zu liefern. So wurde dem türkisch-italienischen Handelsabkommen der Passau hinzugefügt, daß die Lieferung von Tabak gegen Kredit erfolgt. Ebenso hat die Türkei gegenüber Frankreich Erleichterungen für den Tabakankauf zugestanden.

Abordnungen aus Dänemark und Ungarn weilen gegenwärtig zwecks Handelsvertragsverhandlungen in Frankfurt, Besprechungen über eine Neuordnung der Handelsbeziehungen zwischen der Doppelzone und Schweden sind jetzt abgeschlossen worden. Einzelheiten über das Verhandlungsergebnis werden in Kürze bekannt gegeben werden.

Eurafrika, ein neues Ziel

(Fortsetzung von Seite 1)

der Welt, aber die Vorkommen in Belgisch-Kongo sollen wesentlich größer sein als in Kanada. Angaben über die Förderung von Pechblende werden aus naheliegenden Gründen nicht gemacht. Haut Katanga schweigt sich aus. 1929 führte Belgisch-Kongo noch 944 000 kg Uran und Rotherz aus. 1934 waren es nur noch 53 000 und 1935 nur 12 000 kg. Radium (erhütet in Belgien) führte Belgisch-Kongo 1929 noch 50 g, 1932 nur 6 g und 1933 wieder 6,7 g aus. Auch an Eisenerz ist Afrika reicher als die Förderstätten erscheinen lassen. Vor allem in Südafrika liegen bedeutende Erzfelder: In Transvaal am Krokodillenfluß, nördlich von Rustenburg. Es handelt sich vorwiegend um Rot-eisenerz mit dem hohen Gehalt von 66 %. Die Gesamtvorkommen der süd-afrikanischen Union werden auf 4 Mrd. t Fe-Gehalt geschätzt.

Die Rohstoffvorkommen verteilen sich ungleichmäßig auf Afrika, so gibt es die Phosphate nur in Nordafrika, fast die Hälfte entfallen auf Tunesien, 40 % auf Algerien-Marokko und der Rest auf Ägypten. Chromerz gibt es wieder nur in Südafrika, fast 80 % in Rhodesien und der Rest in der Union. Beim Eisenerz ist die Verteilung gleichmäßiger, über 20 % hat Spanisch-Marokko, 15 % Tunesien, 10 % Ägypten, 10 % Sierra Leone und 10 % die Union. Von der Gesamtproduktion an Platin entfallen 85 % auf die Union, 12 % auf Abessinien und der Rest auf Belgisch-Kongo.

Seit 1938 hat sich im allgemeinen die Förderung dieser Rohstoffe stark erhöht. So ist die Kupfer-Förderung in Belgisch-Kongo von 124 000 t 1938 auf 176 000 t in 1945 gestiegen, in Rhodesien nur wenig zurückgegangen (von 217 000 t in 1938 auf 215 000 t in 1945). Die Zinnförderung des Belgischen Kongo stieg von 9000 t 1938 auf 17 000 t in 1945 und in Nigeria von 9000 t auf 15 500 t. Die Kobaltförderung in Belgisch-Kongo erhöhte sich von 1938 von 2000 t auf 3750 t 1944, dafür ist sie in Marokko, allerdings nur wenig, von 600 auf 525 t zurückgegangen. Gewaltig ist die Manganzförderung an der Goldküste gestiegen: Von 280 000 t in 1938 auf 700 000 t in 1944, allerdings ging sie in der Union von 239 000 t auf 170 000 t zurück.

Ausbau der Produktion

Die einzelnen Länder Afrikas bemühen sich weiter um den Ausbau ihrer Produktion. So hat die südafrikanische Union, wie wir vor kurzem berichteten, neue Bohrungen nach Kupfer unternommen. Der große Kupfertrust in Belgisch-Kongo, die Union Minière du Haut-Katanga hat kürzlich ihr Kapital gewaltig erhöht und arbeitet heute mit 1 Mrd. belgischen Francs; die Mehrheit

Zuviel Haarpomade — zu wenig Lederfett

Die Lenker unserer Produktion scheinen ihre Sache richtig zu machen. Sie erreichen in manchen Sektoren der Wirtschaft nicht nur ihr „Soll“ sondern bedenklich mehr. So in der Produktion von kosmetischen Mitteln wie Haarpomaden, Lippenstiften und Nagellack. Diese Erzeugnisse kann man frei kaufen in beliebiger Menge ohne Kompensation. Und es muß ein ganz gutes Geschäft sein, denn immer neue Firmen entstehen, die in irgendeiner danklichen Quetsche ihre Lippenstifte und Haarpomaden pressen. Wir haben zwar ungenügend Fett für Schuhereme und Lederkonservierungsmittel, jedoch genügend Fett für die kosmetische Industrie. Bei dem uns zugebilligten Lebensstandard sind diese Erzeugnisse allerdings ganz und gar unangebracht. Wir müßten entweder darauf verzichten oder, wenn es einigermaßen geht, sie nach Afrika exportieren, vielleicht findet diese Ware dort Absatz, denn der Lebensstandard der afrikanischen Bevölkerung soll, wie der englische Handelsminister Cripps soeben bekanntgegeben hat, in der nächsten Zeit gehoben werden. Denn das, was wir derzeit noch zur Schau tragen, ist, zugegeben, eine schilbige Eleganz, die, mit Nagellack verbrämt, sie noch unterstreicht und nicht verdeckt. ha.

Mehr Stickstoffdünger

Die Eigenzeugung der Doppelzone an Düngemitteln wird nach Schätzungen von Sachkennern im Jahre 1948 insgesamt ca. 900 000 t erreichen gegenüber 750 000 t im Vorjahre. Berücksichtigt man die Einfuhr von monatlich 25 000 t amerikanischer und britischer Düngemittel und die Restanlieferung von 50 000 t österreichischem Kalk-Ammonsalpeter (bis Juni 1948), so ist die Doppelzone fast friedensmäßig versorgt.

Die 5 synthetischen Werke und die 2 Kalkstickstoffwerke haben zusammen eine Eigenzeugung von ca. 700 000 t Stickstoffdünger für 1948 vorgesehen, während in den 40 bis 50 Kokeröfen 180 000 t produziert werden können. In Fachkreisen wird die Erweiterung der Verarbeitungsanlagen für notwendig gehalten, weil für den anfallenden Ammoniak nicht genügend Salpetersäure und Salpaterverarbeitungsanlagen zur Verfügung ständen. Eine Kalk-Ammon-Salpeteranlage ist in Langelsheim am Harz im Aufbau und wird 1949 fertig.

besitz der belgische Staat und 21,6 % sind in englischen Händen. Haut Katanga produzierte 1947: 150 800 t Kupfer gegen 143 858 in 1946. Die Blei- und Zinkergewinnung, die erst im Jahre 1936 in Gang gekommen ist, konnte im vergangenen Jahr weiter gesteigert werden. Auch die Ausbeutung der Uranvorkommen liegt, wie oben erwähnt, in der Hand der Union Minière.

Besonders große Fortschritte sind in den französischen Kolonialgebieten, vor allem in Marokko und Algerien gemacht worden. Frankreich hat keine Mühe und kein Kapital gescheut, um die Produktion zu steigern und den Lebensstandard der Bevölkerung dort zu erhöhen. Wir haben in Nummer 5 einen ausführlichen Bericht über Marokko gebracht, aus dem diese Entwicklung klar hervorging, und können uns hier auf folgende Daten beschränken: der Plan für den Ausbau der Erzförderung sieht für 1951 eine Produktionssteigerung gegenüber 1945 bei Mangan um 545 %, bei Zink um 700 %, bei Kobalt um 840 % und bei Eisen um 250 % vor. Über Algerien werden wir in der nächsten Nummer einen ausführlichen Artikel veröffentlichen.

Schließlich sei noch Spanisch-Marokko erwähnt. Die spanischen Eisenerzgruben zeigen eine steigende Förderung, die Ausfuhr stieg von 849 000 t im Jahre 1934 auf 1 425 000 t im Jahre 1947.

Wie man aus dieser Darstellung sieht, sind die bisher aufgeführten Mühen nicht umsonst gewesen. Europa hat den „dunklen Erdteil“ erschlossen und wird ihn weiter erschließen. Es geht auch nicht mehr darum, die Förderung zu steigern, sondern dies ist nur das Mittel zu dem Zweck, den Lebensstandard der Bevölkerung in Afrika zu erhöhen, wie das eingangs zitierte Wort von Cripps deutlich erkennen läßt. Darüber hinaus wird die enge Verbindung zwischen Europa und Afrika, auf wirtschaftlichem Gebiet vorbereitet und untermauert, eine politische Gegebenheit der Zukunft sein. X.

WIRTSCHAFTSREVUE-VERLAG GmbH, Konstanz; Chefredakteur Oskar Kraemer; Stellvertreter: Dr. H. F. Geller (Baden-Baden), verantwortlich für die Steuerbeilage: Peter Becker (München). Zuständiges Verlagspostamt für franz. Zone: Konstanz; amer.-engl. Zone: Hillingen B. KG, Konstanz. — Zuschriften an die Redaktion nicht an einzelne ihrer Mitglieder erbeten. Für unversandt eingegangene Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Die Beiträge von Rückporto verpflichtet nicht zu Rücksendung unverlangt eingegangener Manuskripte. Jede mit Namen des Verfassers versehene Veröffentlichung stellt lediglich dessen Privatmeinung dar. Nachdruck oder sonstige Veröffentlichung nur mit Genehmigung der Redaktion! wissenschaftliche Verwendung nur mit Quellenangabe. — Zur Zeit ist Anzeigen-Preiskarte Nr. 2 gültig.

Sowjetrußlands Industrieproduktion

Westgebiete haben aufgeholt — Neue Erweiterungspläne

In unserer Ausgabe Nr. 8 vom 7. Februar brachten wir eine Übersicht über die sowjetische Erzeugung von Nichtmetallen. Heute ergänzen wir diesen Aufsatz durch eine Gesamtdarstellung der Industrieproduktion der UdSSR. Leider sind in diesem Aufsatz keine absoluten Zahlen, sondern nur Relativzahlen enthalten. Das erschwert den Vergleich mit den aus bekannten Größenordnungen. Dazu kommt noch die Reserve, die man bei russischen Zahlen anlegen muß. Trotzdem scheint uns dieser Aufsatz einige wertvolle Hinweise zu geben.

Im Frühjahr 1946 veröffentlichte die Sowjetregierung einen neuen Fünfjahresplan (1946/50), der die industrielle Produktion gegenüber der des letzten Vorkriegsjahres 1940 um 48% zu steigern bezweckt. Wenn auch aus den veröffentlichten Unterlagen nicht hervorgeht, ob für das Vergleichsjahr 1940 die neu hinzugekommenen Gebiete mit einbezogen sind, das Plaisiol stellt auf alle Fälle hohe Anforderungen an die Leistungen der sowjetischen Volkswirtschaft. Dies wird besonders deutlich, wenn man sich die schweren Kriegsschäden der sowjetischen Industrie vergegenwärtigt.

Die westlichen Gebiete

In den Gebieten, die vorübergehend vom Feinde besetzt waren (hauptsächlich Gebiete der Ukrainischen, Weißrussischen, Litauischen, Moldauischen, Lettischen, Estnischen und Karelofinnischen SSR), lebten 1940 rd. 88 Mill. Menschen. 33% der Sowjetindustrie lagen dort mit besonderen Schwerpunkten in der Kohlenförderung, der Eisen- und Stahlgewinnung, im Maschinenbau, in der Lebensmittelindustrie usw. In den Monaten August bis November 1941 wurden wesentliche Teile der industriellen Ausrüstung dieser Gebiete in raschem Tempo in die Ostgebiete verlagert. Von dem verbliebenen Rest einschließlich der nicht ausbaufähigen Anlagen gingen nach sowjetischen Berechnungen durch Kriegshandlungen in wesentlichen Teilen u. a. verloren: 1135 Bergwerke mit einer Jahresförderung von mehr als 100 Mill. t Kohle, 61 Großkraftwerke, 67 Hochöfen, 113 Martin-Öfen, 248 Walzwerke, 66 dänische Werke, 749 Betriebe des Maschinenbaus, 433 Textilfabriken usw. Infolge der Verlagerungen und Zerstörungen waren nach Kriegsende, obwohl der Wiederaufbau zum Teil schon in der Endphase des Krieges in Angriff genommen wurde, die Produktionsergebnisse der von der Besatzung betroffenen Gebiete außerordentlich niedrig. 1945 betrug hier die Erzeugung nur rd. 25% des Standes von 1940. 1946 wurde sie um 28% vergrößert. Für 1947 sah der Jahresplan eine Steigerung um 37% vor. In den ersten drei Vierteljahren wurde dieses Soll nicht voll erreicht; erzielt wurden, verglichen mit den gleichen Quartalen 1946, 29%, 27%, 29%. Doch ist damit zu rechnen, daß im letzten Quartal 1947 infolge der Vollendung wichtiger Bauvorhaben und Instandsetzungen eine wesentlich höhere Wachstumsrate erzielt werden ist. Das gleiche gilt wahrscheinlich für wichtige Schlüsselprodukte, bei denen in den ersten drei Quartalen die vorgesehenen Zuwachsraten nicht durchgehend erreicht wurden.

Sieht man die Gesamtproduktion dieses Gebietes 1940 gleich 100, dann wurden 1945 nur 25, 1946 schon 32, in den ersten Quartalen 1947 gar 41 erreicht. Der Plan sah für 1947 44 vor, der Plan für 1950 sieht 115 vor.

Produktionszunahme wichtiger Grundstoffe in % gegenüber 1946

Plan Tatsächlich erreicht	1947	
	1. Quart.	3. Quart.
Doneszkohle	30	30
Robeisen	58	34
Roheisen	48	16
Walzstahl	84	31
elektr. Energie	40	35

Im ganzen dürften 1947 — bei einer Planerfüllung bis zu 100% — zwischen 41 und 44% der Vorkriegsproduktion wieder erreicht worden sein. Für 1950, das letzte Jahr des laufenden Fünfjahresplanes, ist die Erreichung des Vorkriegsstandes und sogar die Überschreitung um 15% vorgesehen. Der durch den Krieg bedingte Rückstand der besetzten Gebiete wird durch große Fortschritte in den übrigen Gebieten, besonders im Osten, wettgemacht, die mittelbar auch durch den Krieg bedingt sind.

Die östlichen Gebiete

Dass die östlichen Gebiete der Sowjetunion während des Krieges mit allen Mitteln industrialisiert wurden, geht schon aus der erwähnten Verlagerungsaktion vom Herbst 1941 hervor. In den vier Kriegsjahren stieg z. B. die (an sich noch kleine) Industrieproduktion des Uralgebiets auf das 3,6fache, die Sibiriens auf das 2,8fache, die des Wolgagebiets auf das 3,4fache. Im Ural entstanden neben den schon hier vorher entwickelten Grundstoffindustrien ganz neue Industriezweige, wie die Förderung von Manganerz, die Herstellung von Panzern, Flugzeugen, Motoren, Turbinen, Bergbaumaschinen, Kugellagern, Preßmassen, Kabeln, Gummi, Reifen usw. Trotz der seitherigen Umstellung auf Friedensproduktion muß die industrielle Erzeugung in allen von der Besatzung verschonten Gebieten der UdSSR heute größer sein als 1940; die Zu-

nahme mag in der Größenordnung von 25—30% liegen.

Im laufenden Fünfjahresplan soll die Industrie weiter nach dem Osten verlegt werden. Die im Krieg dorthin verlegten Betriebe bleiben zum Teil am neuen Standort. Die meisten industriellen Neubauten sollen auf das Uralgebiet, auf Sibirien und den Fernen Osten verteilt werden. Man kann damit rechnen, daß 1950 etwa 80% der industriellen Produktion jenseits der seinerzeit besetzten Gebiete liegen werden. Das Erzeugungsvolumen mag dann um etwa zwei Drittel größer sein als 1940.

Gesamtbild

Die einstmalig besetzten und die übrigen Gebiete zusammen genommen, ergibt sich folgendes Gesamtbild der sowjetischen Industrieproduktion: 1940 betrug sie (in festen Preisen der Jahre 1926/27 berechnet) rd. 139 Mrd. Rubel brutto; 1950, im Schlussjahr des laufenden Fünfjahresplanes, dürfte sie 295 Mrd. Rubel, also 48% mehr betragen.

Über die Entwicklung in der Zwischenzeit sind folgende Daten bekannt geworden:

- Trotz der gewaltigen Ausfälle in den Okkupationsgebieten während des Krieges erreichte die industrielle Erzeugung im Durchschnitt der Jahre 1942/44 86% der Erzeugung von 1940.
- Die für 1946 vorgesehene Umstellung auf Friedensproduktion ist zu 96% erfüllt worden.

c) In den ersten drei Vierteln des Jahres 1947 nahm die Erzeugung gegenüber dem Vorjahr um 18% zu. Im letzten Vierteljahr wurde insgesamt der Vorkriegsstand der Erzeugung wieder erreicht.

Danach läßt sich die Entwicklung wie folgt darstellen: Die Industrieproduktion der UdSSR betrug, gerechnet auf den Preis von 1926/27, 1940: 139 Mrd. Rubel, 1942/44: 120 Mrd. Rubel, und im Plan für 1950 sind 295 Mrd. Rubel vorgesehen. Auf der Basis von 1940 gleich 100 betrug die Industrieproduktion der UdSSR, 1942/44: 86, 1946 etwa 80, im Oktober 1947 wieder 100 und soll nach dem Plan 1950 auf 148 steigen.

Über die Entwicklung im Jahre 1947 liegen aus den Quartalsberichten des Gosplans noch einige ergänzende Daten vor:

- Die Zunahme der gesamten Industrieproduktion hat sich von Vierteljahr zu Vierteljahr erheblich beschleunigt. Sie betrug jeweils gegenüber der entsprechenden Jahreszeit: im 1. Vierteljahr 12%, im 2. Vierteljahr 18%, im 3. Vierteljahr 25%, im 1. bis 3. Vierteljahr 18%. Hiernach wurde der Industrieproduktion im Jahre 1947 bisher um 103% erfüllt. (Dies ist inzwischen durch die Bekanntmachung des Gosplans über die Ergebnisse der staatlichen Planung in 1947 bekräftigt worden; danach wurde der Plan des Bruttoerzeugnisses der gesamten Industrie für 1947 zu 103,5% erfüllt.)
- Nach einzelnen Erzeugnissen betrachtet, deren Produktion jeweils im

Vergleich zu der des Vorjahres regelmäßig ausgewiesen wird, ergeben sich erhebliche Bewegungsunterschiede. Im 1. bis 3. Vierteljahr 1947 war die Zunahme z. B. bei Schnittholz, Kohle, Robeisen und Stahl, aber auch bei Kraftfahrzeugen, einigen Chemikalien, Baumwollgarnen und Zement etwas geringer als geplant. Sie entsprach dem Planoll z. B. bei Erdöl, Elektroenergie und Fensterglas. Bei Zink, Dampflokomotiven, Werkzeugmaschinen, Wollgarnen, Lederschuhwerk usw. überschritt sie das Planoll.

Produktionszunahme gegenüber dem Vorjahr

	Plansoll		Quartal erzielt (in %)
	1.	2.	
1947			
Robeisen	21	12	17
Stahl	19	8	19
Walzstahl	21	13	14
Kupfer	17	8	3
Zink	22	23	20
Kohle	18	11	14
Erdöl	18	18	21
Naturgas	18	23	24
Elektr. Energie	18	15	16
Dampflok.	108	104	101
LKW	55	25	21
PKW	318	20	70
Lederschuhwerk	42	40	44
Met. Ausrüstung	66	61	60
Werkzeugmaschinen	23	26	28
Traktoren	87	87	111
Kautsch. Soda	26	23	28
Kalk. Soda	28	16	27
Schnittholz	27	18	20
Zement	71	27	27
Fensterglas	42	11	20
Baumwollgarn	43	27	31
Wollgarn	30	22	24
Seife	28	14	24

3. Schließlich liegen noch — auf Preis des Jahres 1926/27 fußende — Berichte der einzelnen Industrieministerien über den Grad ihrer Planerfüllung in den Vierteljahren vor. (Diese Daten sind nicht ohne weiteres mit den unter 2. aufgeführten vergleichbar, weil sich die Zuständigkeiten in einzelnen Produktionszweigen nicht immer decken.)

Erfüllung der Produktionspläne in den einzelnen Fachministerien 1947 (in %)

Ministerium	2. Quartal	
	1.	2.
Eisen/Stahl	102	104
NE-Metalle	100	107
Kohle West	100	94
Kohle Ost	103	99
Erdöl Süd-West	107	107
Erdöl Ost	102	114
Elektr. Energie	101	100
Chemie	115	118
Elektr. Technik	113	112
Transportmittel	108	111
Schwermaschinen	100	113
Autom./Traktoren	101	102
Werkzeugmaschinen	100	108
Sonstige Maschinen	104	111
Transportmaschinen	100	95
Baummaschinen	113	115
Landw. Maschinen		
Baustoffe	102	99
Holz-Industrie	97	99
Zellulose/Papier	104	99
Kautschuk	114	111
Textil-Industrie	107	109
Leicht-Industrie	100	106
Fisch-Industrie West	103	
Fisch-Industrie Ost	92	
Fleisch- u. Milch-Industrie	102	114
Nahrungsmittel-Industrie	110	120
Genußmittel-Industrie	114	123
Pharmazie-Industrie	120	142
Ortl. Industrie u. Örtl.		
Brennstoff-Industrie	107	119
Industrie gesamt	102	104

Auch hier prägt sich der Rückstand der Holzindustrie aus. In der Eisen- und Stahlindustrie wurde der Rückstand neuerdings aufgeholt. Bemerkenswert ist die hohe Planerfüllung in der Chemie, dem Schwermaschinenbau und der Kautschukindustrie.

Die industrielle Erzeugung der UdSSR hat in den letzten 20 Jahren weit stärker zugenommen als die der Welt. 1939 wurden in der UdSSR, rd. 6,8mal so viel Industriewaren hergestellt wie 1928, im Weltdurchschnitt hingegen nur 36% mehr. Im Jahre 1946 betrug die industrielle Erzeugung der Welt 142% der von 1928, in der Sowjetunion sicher das Sechsfache.

Industrielle Produktion der UdSSR und der Welt 1928 = 100

Jahr	UdSSR	Welt	Anteil der UdSSR in %
1928	100	100	4,85
1937	324	122	19
1938	394	129	23
1939	677	136	32
1946 etwa	600	142	21
1947 Okt.	782		
1950 (Plan)	1112		

Der Anteil der Sowjetunion an der industriellen Erzeugung der Welt hat sich schon von 4,7% im Jahre 1928 auf 20% im Jahre 1946 erhöht. Die Sowjetunion, 1928 nach den USA, Deutschland, Großbritannien an vierter Stelle stehend, ist inzwischen zum zweitgrößten Industrieland der Welt aufgestiegen. Die sowjetische Industrieproduktion wird 1946 ungefähr 40% der industriellen Erzeugung in den USA betragen haben. Daß dabei die Versorgung je Kopf der Bevölkerung noch ungleich niedriger ist als in den USA, liegt klar. Dieser Rückstand wird auch dann noch nicht voll aufgeholt sein, wenn der neue „Generalplan“ durchgeführt sein wird, der für die nächsten 15 Jahre u. a. folgende Steigerungen der Erzeugung vorsieht:

In Mill. t	1940	1950	1961
Roheisen	15	19,5	50
Roheisen	15,3	23,4	60
Kohle	196	250	600
Erdöl	21	35	90

In seinem Bericht zum Staatshaushalt für 1947 stellt der Finanzminister der UdSSR, Swerew, fest, daß der Haushalt der UdSSR im vergangenen Jahr mit einem Überschuß von 24 Mrd. schloß. Nach vorläufigen Angaben erreichten die Einnahmen 385,2 Mrd. Rubel, die Ausgaben 361,2 Mrd. Rubel.

„Überhöhte Lagerbestände“

Der hessische Wirtschaftsminister hat eine Verfügung erlassen, — allerdings kann man die Verfügungen gar nicht mehr zählen, die in Deutschland täglich erlassen werden. Meist wird von den Betroffenen dagegen protestiert, je nachdem von Ländern oder Gemeinden oder von der Industrie oder von der Landwirtschaft. Nur der Normalverbraucher ist brav und gehorsam. Er leht sich nur innerlich auf und hält seine Fäuste, wenn er liest, daß die Verfügung des hessischen Wirtschaftsministers, die eine Beschlagnahme von überhöhten Lagerbeständen, — jeder gesetzlichen Grundlage entbehrt und deshalb vom Landesverband des Großhandels Hessen nicht anerkannt wird. Diese Verfügung sei nur eine Richtlinie und könne deshalb niemals eine Grundlage einer gesetzlichen Beschlagnahme sein. Und das bemerkenswerteste: Wenn durch zu geringe Verteilung von Bezugsgütern, wie z. B. bei Möbeln und Glühlampen, sich eine Aufstockung der Lager ergäbe, so seien das auch im Sinne der Verfügung des hessischen Wirtschaftsministers keine überhöhten Lagerbestände. Der Großhandel gibt also freimütig zu, daß genügend Möbel und Glühlampen auf Lager sind, es werden aber nicht genügend Bezugsgüter abgegeben, um die Lager abzubauen zu können. Und die Verteilungskümmerei? Nun, die antworten meist, daß sie nichts wissen, daß Möbel seit Monaten — vielleicht gar vom Wirtschaftsministerium — gesperrt seien usw. Uns scheint jedoch, daß die täglich angekündigte Währungsreform mit im Spiele ist oder die augenblickliche Knappheit einer bestimmten Kompensationsware — grob gesagt: an Butter. Mehr Butter — und man würde sehen, wie rasch überhöhte Lagerbestände auf Land gingen, dort, wo Bauern wohnen und Flüchtlinge und Ausgebombte hausen.

Hamburg - Bremen - Lübeck

Ausweitung des Verkehrs — Wiederbelebung der Linienfahrt

die Copania Argentina de Navegacion Dorede S. A., deren Vertretung in den Händen der Hamburg-Süd liegt, die Initiative ergreift. Auch die größte dänische Reederei hat einen regelmäßigen Verkehr mit Hamburg vorgesehen.

Die Bedeutung Hamburgs für den

Binnenschiffsverkehr

geht aus den jetzt vorliegenden Endergebnissen des Jahres 1947 eindeutig hervor. Der trotz ungünstiger Witterungsverhältnisse (geringer Wasserstand infolge der langandauernden Hitzeperiode) eingetretene starke Verkehrsaufschwung um ein viertes Viertel der Ergebnisse von 1946 berechtigt zu großen Hoffnungen für das laufende Jahr. Rein tonnenmäßig betrug die Verkehrszunahme 1947 47,3%. Als besonders wichtig ist hierbei die zunehmende interzonale Verflechtung des Oberelbeverkehrs anzusehen, die auf engste mit dem britisch-russischen Zonenabkommen zusammenhängt. Im einzelnen zeigt der

Hamburger Warenverkehr

folgendes Bild (in Tonnen):

	1946	1947
Baltische Zone	1 014 718	1 230 252
Deu. l. Mitteländisch-Ost.	4 206	53 249
Frankr. u. amerik. Zone	—	4 386
Russische Zone	21 747	51 305
Berlin	7 941	96 929
Tschchoslowak.	239 476	214 546
	1 303 882	1 417 347

Der Seeverkehr des Hamburger Hafens verzeichnete 1947 das Anliegen von 5406 Schiffen mit 3,51 Mill. NRT. Auf den Küstenverkehr entfielen hiervon 3 744 Schiffe mit 0,54 Mill. NRT, auf die Auslandschiffahrt 1 662 Schiffe mit 2,97 Mill. NRT. Insgesamt liefen Hamburg Schiffe aus 20 fremden Staaten an.

BREMEN

Die bremischen Häfen standen 1947 im Zeichen einer beachtlichen Ausweitung ihres Verkehrs, die sowohl im See- als auch im Binnenschiffsverkehr zum Ausdruck kam.

Der Seeverkehr

erreichte zahlenmäßig etwa 52% des verkehrsreichsten Vorkriegsjahres 1938. Im Vergleich zum Jahr 1946 stieg der Schiffsverkehr über See um 21% auf 2 481 (1 632) Schiffe mit 5 420 109 NRT (4 493 065 NRT) im Mittel von Ein- und Ausgang an. Etwa im gleichen Verhältnis (+23%) erhöhte sich der Gütermuschlag im Seeverkehr auf 4 853 871 t (3 959 243).

In den Hafengruppen Bremen-Stadt hielt sich der Schiffsverkehr über See mit 2 815 641 NRT und Bremerhaven mit 2 604 468 NRT im Mittel von Ein- und Ausgang etwa die Waage (das Ergebnis des bedeutenden Passagierverkehrs, der von der amerikanischen Militärregierung in Bremerhaven abgewickelt wurde). Dagegen verlagerte sich das Schwergewicht des Güterverkehrs weiterhin zur Hafengruppe Bremen-Stadt, in der während des abgelaufenen Jahres die gleiche Gütermenge 3 959 926 t (1946: 2 984 079 Tonnen) umgeschlagen wurde, wie im Jahre 1946 in allen bremischen Häfen. Die Hafengruppe Bremerhaven hatte gegenüber dem Vorjahre im Güterverkehr über See einen geringen Verlust aufzuweisen.

Die ernsthaften Bemühungen um die Belebung der deutschen Exportwirtschaft vermachte die Bilanz von Gütereinfang

und Versand über See noch nicht auszugleichen. Zwar wurde der Versand über See fast verdoppelt und kam auf 847 525 t (437 593 t), blieb jedoch noch immer gegenüber dem Gütereinfang von 4 006 346 t (3 521 650 t) auf einem Stand, der einer sich frei entwickelnden Schiffahrt wenig Anreiz zum Anlaufen eines Hafens zu geben vermag. Diese Schwäche traf ausschließlich auf den

Verkehr mit den außereuropäischen Ländern

zu, der mit 3 884 866 t 80% des gesamten See-Güterverkehrs betrug u. damit zur Zeit den Hauptpfeiler darstellt, auf den sich der bremische Verkehr stützt. Hier verhielt sich Empfang zu Versand wie 11:1. Der Verkehr mit europäischen Ländern lief mit 683 273 t = 14%, nur handelspolitisch günstigen Entwicklung erkennen. Stärker als im Vorjahre trat mit 285 732 t (156 559 t) der Güterverkehr mit deutschen Häfen in Erscheinung, ohne jedoch strukturell das bremische Verkehrsbild nachhaltig beeinflussen zu können. Im

Güterverkehr über See

spielten die Einfuhren für das vereinigte Wirtschaftsgebiet der Westzonen, die mit 1 619 845 t (777 425 t) ihren Umfang gegenüber dem Jahre 1946 mehr als verdoppelten, die Hauptrolle. Dagegen ging der Gütereinfang für die Militärregierung in beiden Hafengruppen spürbar zurück und erreichte nur noch 1 540 862 Tonnen (1 938 636 t).

Die Warenstatistik des Seeverkehrs ließ die weiter angestiegene Bedeutung Bremens als Umschlagplatz für Lebensmittel erkennen. 1 775 092 t, d. h. 44,3% des Gütereinfanges waren Lebensmittel, wobei CARE- und ähnliche Pakete und häufig nicht bestimmbar Stückgüter unberücksichtigt blieben. Die Getreideeinfuhren aus dem Ausland erreichten mit 846 335 t (327 937 t) mehr als das Doppelte des Jahres 1946, die Mehlimporte folgten mit 573 937 Tonnen (136 369 t). Unter den Rohstoffeinfuhren lagen Mineralöle mit 914 116 t weit vor 262 298 t. Erzen, die hauptsächlich im Transitverkehr für die Tschchoslowakei ankamen, und 74 584 t Düngemittel für die Binnsee.

Rückläufig war die Entwicklung der Baumwolleneinfuhren, die mit 39 309 t (rund 50 000 t) an das Ergebnis des Jahres 1946 nicht herankamen und die Entwicklung der Wollimporte. Diese blieben mit 3 245 t (18 670 t) gegenüber 1946 weit zurück.

LUBECK

Der Lübecker Hafen wies 1947 einen Warenumschlag von 953 000 t gegen 440 000 t im Vorjahr und 1 956 Mill. Tonnen 1938 auf. Damit ist im abgelaufenen Jahr im Vergleich zum Jahre 1946 eine mengenmäßige Verdopplung des Warenumschlages eingetreten und gleichzeitig der Warenumschlag wieder auf 49% des Vorkriegsstandes gegen 22% im Vorjahre erhöht worden.

Von dem Umschlag entfielen 688 500 t auf den Auslandsverkehr und 263 900 t auf den deutschen Küstenverkehr. Der Auslandsverkehr zeigt ein unausgeglichenes Bild. Während der Versand einen Stand von 534 459 t erreichte, belief sich der Empfang nur auf 153 992 t.

Wir greifen auf: Steuerreform?

Die Doppelkonvention für Finanzen soll, wie wir erfahren, mit der Ausarbeitung eines Vorschlages beschäftigt sein, der eine grundlegende Änderung der Einkommenbesteuerung mit sich bringen würde, wenn er die Zustimmung des Wirtschaftsrates und des Alliierten Kontrollrates fände. Es ist sehr verdientvoll, daß man von deutscher Seite nun einen solchen Vorschlag macht, denn 1. ist eine Steuerreform eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Gelingen einer Währungsreform in Deutschland. (Es ist völlig undenkbar, daß nach einer eventuellen Währungs-umstellung die jetzt geltende Steuerbelastung beibehalten werden könnte.) 2. Sind die finanziellen und moralischen Schäden, die sich aus einer steuerlichen Überbelastung ergeben, immer schwerwiegend. Das gilt insbesondere für Deutschland, wo die Steuerlast in einer Weise überdreht wurde, wie es in keinem Lehrbuch der Finanzwissenschaft für möglich gehalten wird. Die „Basler Nachrichten“, die sich vor einigen Tagen mit diesem Problem beschäftigten, schätzen die Ausfälle, die sich durch die Überlastung ergeben, auf 40—60% des tatsächlichen Steueraufkommens und schreiben wörtlich: „Nach der Beobachtung der letzten Jahre darf man aber sagen, daß ein Übermaß an Besteuerung in gleicher Weise zur Flucht einer Bevölkerung in die grauen und schwarzen Märkte führen kann. Es wird nicht leicht sein, in Deutschland eine Steuerreform wiederherzustellen. Der sicherste Weg dahin ist allein der über die angemessene und vernünftige Festsetzung des Einkommensteuertarifs.“ Wir wissen selbstverständlich, daß die Steuerbelastung in Deutschland hoch sein und bleiben wird. Auch in den anderen Ländern Europas sind die Steuersätze hoch. Wahrscheinlich wird sogar die steuerliche Belastung in Deutschland höher sein müssen, als in den Ländern der Alliierten. Das war bekanntlich seinerzeit eine Bedingung im Friedensvertrag 1919 und wird es wahrscheinlich in dem neuen Friedensvertrag wieder werden. Steuerliche Belastungsvergleiche zwischen zwei Ländern sind zwar wissenschaftlich nicht durchzuführen (das ist in mancher Dissertation einwandfrei begründet worden), aber auch ohne eine solche Klausel werden die Ansprüche des Staates — mit und ohne Sozialisierung — sehr hoch bleiben. Trotzdem muß der Anreiz zum Fleiß und die Gerechtigkeit dem Individuum gegenüber der Grundgedanke in der Festsetzung der Belastung sein. X.

3 Preise für Bauern

Mit Wirkung vom 1. März wird in Jugoslawien ein neues Preissystem eingeführt: 3 verschiedene Preise werden nebeneinander in Geltung sein. Es handelt sich ausschließlich um eine Maßnahme zugunsten der Landbevölkerung. Bisher mußten die Landwirte einen Teil ihrer Produktion dem Staat zu einem festgesetzten Preis abliefern und durften den Rest auf dem freien Markt zu freien Preisen verkaufen. Dieses System hat sich nicht bewährt; denn der Staat bekam nicht genügend Lebensmittel, um den Bedarf der städtischen Bevölkerung zu decken. Aber auch die Städter waren nicht zufrieden, weil die Preise am freien Markt ihnen zu hoch waren. Das neue Preissystem sieht nun vor, daß die Landwirte, die über den abzuliefernden Pflichtteil hinaus Produkte an den Staat zu Preisen liefern, dafür Gutscheine erhalten, gegen die sie wiederum Waren ebenfalls stark unter den freien Preisen kaufen können. Dafür ein Beispiel: 100 Eier, die auf Grund von Lebensmittelkarten gekauft werden, kosten 300 Dinar (offizieller Preis), der freie Preis auf dem freien Markt beträgt 1.600 Dinar und der Tauschpreis für Landwirte 120 Dinar. (Die freien Preise unterliegen Angebot und Nachfrage, sind aber im ganzen Lande ungefähr gleich.)

Leider wird nun nicht gesagt, um wieviel die Preise der Industriearbeiter für den Landwirt niedriger sind als die freien Preise. Erst wenn man das wüßte, könnte man feststellen, ob der Landwirt bei diesem System einigermaßen auf seine Kosten kommt. Sollten mehr Lebensmittel durch das neue Preissystem eingehen, dann wird es seinen Vorteil haben, es sei denn, daß noch nachgeholfen wird. Der Staat jedenfalls hat seinen Zweck erreicht: er bekommt mehr Lebensmittel zur Verteilung, und außerdem verdient er an diesen zusätzlich abgelieferten Lebensmitteln sehr gut, denn zwischen 122 und 300 ist eine sehr hohe Spanne, von der der Verkäufer sicher nur einen kleinen Teil erhält. Es bleibt nur noch die Frage, wie die sicher auch bei den Industrieprodukten vorhandene Differenz zwischen dem Preis, zu dem der Landwirt beliefert werden muß, und dem offiziellen oder gar freien Preis der Industrieprodukte von staatswegen ausgeglichen wird. Oder wird auch dem Fabrikhaber und dessen Belegschaft ein Bonus auf Lebensmittel zu Tauschpreisen gegeben? Wir glauben kaum. Das neue Preissystem bleibt also reichlich undurchsichtig, ebenso wie das Zuteilungssystem für Lebensmittelrationen, daß allein 7 verschiedene Katego-

Französische Zone

Zu den bedeutendsten Bimsabzucht-Unternehmen des Neuwieder Beckens zählt die Friedrich Remy Nachfolger AG. in Neuwied. Sie hat sich durch Herstellung von Spezialsteinen einen Namen gemacht. 1936 wurde der Höchstproduktionsstand von 100 Mill. Schwemmsteinen erzielt. Seit Frühjahr 1946 ist das Hauptwerk in Neuwied wieder in Teilproduktion gekommen und beschäftigt über 160 Arbeiter und Angestellte.

Die Maschinenfabrik Winkler und Dünnebier in Neuwied hat den Bau von Konservendosen-Verstärkungsmaschinen aufgenommen. Seit kurzem hat die Firma wieder den Serienbau von Rotations-Briefumschlagmaschinen begonnen. Die bereits im Bau befindlichen Maschinen sind für die französische Papierverarbeitungsindustrie bestimmt. Zurzeit werden 300 Angestellte und Arbeiter beschäftigt.

Die Knopf- und Bekleidungsfabrik Karl Wagner in Niederhieb bei Neuwied, deren Erzeugnisse vor dem Krieg nach dem Norden Europas, Asien, Australien, Süd- und Nordamerika gingen, ist seit längerem wieder in Betrieb. Der größte Teil der zur Produktion benötigten Knochen wurde früher maßgeblich aus Südamerika bezogen. Insgesamt wurden monatlich 3—4000 Zentner verarbeitet. Außer der Knopfherstellung ist das Werk heute wichtige Zubehörierteile für die Gelatine- und Leim-

fabrikation, Nahrungsmittel-Produzenten werden hochwertige Eiweiß-Stoffe zur Verfügung gestellt.

Im Kreise Altenkirchen sind vier Strumpffabriken ansässig, die augenblicklich insgesamt 25 000 Paar Strümpfe herstellen. Es handelt sich um die Firmen Peeters und Burghaus in Niederbachbach, Kleudt in Freusburg und A. Jung in Begdorf. Das Rohmaterial beträgt 80% Baum- und 20% Zellwolle. Annähernd 27% der Produktion fließen dem zivilen Markt zu. Reine Schafwolle ist zur Verarbeitung nicht freigegeben.

Die Hönninger Sprudel-GmbH., die flüssige Kohlensäure herstellt, erreicht wieder eine Monatsproduktion von 90—100 000 kg. Ungenügende Zuteilung von Strom und nicht ausreichende Wagenstellung bereitet empfindliche Schwierigkeiten.

In Hönningen am Rhein ist die Dagro-Suppenwässer-Fabrik, die aus dem Krieg unbeschädigt hervorgegangen ist, voll in Betrieb. Das Unternehmen stellt maßgeblich Suppenwürfel und verwandte Erzeugnisse für Groß- und Gemeinschaftsküchen her. Daneben wird auch der private Bedarf im Rahmen der bereitgestellten Rohstoffe versorgt.

Die Seifenfabrik Krepale in Koblenz konnte die Produktion von Waschlauge im Rahmen der verfügbaren Rohmaterialien wieder aufnehmen.

Amerikanische Zone

Nach dem Bericht der amerikanischen Militärregierung war am 31. Dezember 1947 die Demontage bei 82 von 105 für Reparationsablieferung vorgesehenen Rüstungswerken der US-Zone beendet. Bei den restlichen Rüstungswerken und bei den 82 Betrieben für Friedensfertigung, die nach dem im November veröffentlichten Industrieplan nicht als notwendig angesehen werden, ist der Abbau soweit vorangeschritten, daß bis Ende März dieses Jahres die Demontage sämtlicher 187 Werke der amerikanischen Zone, die als Reparationslieferung bestimmt worden sind, durchgeführt sein wird.

Die Belegschaft der Kulmbacher Spinnerei, insgesamt 706 Personen, wurde auf Anregung der Gewerkschaft auf ihren Gesundheitszustand ärztlich untersucht. Das Ergebnis war, daß nur 14,5% der Belegschaft das Normalgewicht, in einzelnen Fällen etwas darüber, aufwiesen. 85,5% hatten Untergewicht. 86 Personen mußten wegen Tuberkulose ärztlicher Behandlung zugeführt werden.

Durch die vorläufige Aufhebung des Aluminium-Erzeugungsverbotes in der Doppelzone kann nunmehr das in Bayern befindliche Werk Töging der Vereinigten Aluminiumwerke die Herstellung von Hüttenaluminium wieder aufnehmen. In dem Werk werden jetzt mit großer Energie die Vorräte durchgeföhrt, um die ersten Ofenreihen sobald als möglich wieder einzuschalten. Inzwischen laufen auch die Bemühungen an, die Stromversorgung für die Hüttenproduktion im zugelassenen Umfang sicherzustellen. Ein erheblicher Teil der in der Doppelzone vorhandenen und auf 48 000 bis 50 000 t geschätzten Bauxitbestände, die den wichtigsten Rohstoff für die Aluminiumerzeugung bilden, befindet sich im Werk Schwandorf der VAW. Das Werk Töging ist die einzige Aluminiumhütte in der US-Zone. Das

von hier zu erwartende Rohaluminium wird den drückenden Mangel an Leichtmetallerzeugnissen für zahlreiche Fertigungen mildern.

Das Landshuter Zweigwerk der Lorenz AG, Berlin, das Elektromotoren und Geräte, insbesondere Radioapparate, Verstärkeranlagen, Kleinmotoren und Tonfilmapparate herstellt, verzeichnet gegenwärtig eine Monatsproduktion von 120 Radiosparten. Zurzeit wird ein neues Radiogerät für den Export und auch für den deutschen Bedarf entwickelt. Die Tonfilmverstärkerproduktion ist serienmäßig angelaufen. Das Unternehmen hat jetzt den ersten Exportauftrag für Tonfilmverstärker aus Indien erhalten. Die Belegschaft des Landshuter Werkes beträgt 250 Personen. In Ellingen hat die Lorenz AG ein neues Röhrenwerk errichtet, das jetzt mit der Herstellung einer neuen Rundfunkröhren-Typen begonnen hat.

Die Nürnberger Bleistiftindustrie, die im vergangenen Jahr infolge Rohstoffmangels nur mit 30% der Kapazität arbeiten konnte, stellte 1947 rd. 178 Millionen Bleistifte und Minen im Werte von 12 Mill. RM her. In den letzten beiden Monaten des vergangenen Jahres erhielt die Bleistiftindustrie Exportaufträge auf 60 Mill. Bleistifte und 11 Mill. Minen. Bleistifte und Minen im Gesamtwert von 295 000 Dollar wurden nach den USA, Ägypten, Argentinien, Belgien, Südafrika und Siam im Verlauf der beiden Monate exportiert.

Bei der Landeszentralbank von Hessen sind gemäß dem Bankausweis zum 31. Dezember 1947 gegenüber dem Vormonat die Mittel um 364 Mill. auf 2965 Mill. zurückgegangen. Die Veränderungen betrafen sowohl bei den Aktiven als auch bei den Passiven insbesondere die Konten der Kreditinstitute in anderen deutschen Ländern.

Englische Zone

Der Wiederaufbau des Goldenberg-Werkes, des größten deutschen Braunkohlenkraftwerkes, das zum RWE gehört, macht in den letzten Monaten reibungslos Fortschritte, nachdem im Sommer des vergangenen Jahres verschiedentlich Störungen zu verzeichnen waren. Von 22 Turbinen sind noch 4 außer Betrieb. Von 96 Kesseln sind wieder 90 betriebsfähig. Die restlichen Kessel können erst zum Ende des Jahres 1948 in Betrieb

kommen unter der Voraussetzung, daß bis dahin der zwölfte Schornstein wieder steht. Das Werk verfügt jetzt wieder über 14 Kaminkühler gegenüber 19 vor der Zerstörung. Die Leistungsfähigkeit beträgt zur Zeit 300 MW. In einigen Monaten hofft man auf 350 MW zu kommen. Für den Beginn des Jahres 1949 ist die alte Leistung von 450 MW vorgesehen, wenn es gelingt, die Betriebsverbesserungen und Wiederherstellungsarbeiten an Kesseln und Turbinen

in der Schweiz besonders hart, denn die Güter, die die Schweiz importiert, gehören zu den lebenswichtigen Gütern und dürfen daher keiner Beschränkung bei der Einfuhr unterworfen werden. Die Güter aber, die die Schweiz exportiert, sind in erster Linie sogenannte Luxuswaren oder Halbluxuswaren, gegen deren Einfuhr also die importierenden Länder Einfuhrrestriktionen oder -belastungen vornehmen können. Für die Schweiz würde dies bedeuten, daß sie zwangsweise ihre Importe erhöhen muß, weil sie sich gegen die Importe nicht wehren kann, daß aber auf der anderen Seite der Export zurückgehen wird. Dies würde zu einer Senkung des Lebensstandards und zur Arbeitslosigkeit

Ausnahmen

Die Welthandelskonferenz in Havanna geht zu Ende, nicht ganz zur Zufriedenheit mancher Teilnehmer. Wir haben bereits Mitte Dezember zu einigen Fragen aus dieser Konferenz Stellung genommen und wollen heute ein Thema aufgreifen, das die Schweiz in ihrer Presse eingehend diskutiert. Die Welthandelscharta, die in Havanna beschlossen wurde, sieht vor, daß die Länder berechtigt bleiben, Importeinschränkungen für nicht lebenswichtige Güter vorzunehmen. Das trifft Länder

Aus der deutschen Wirtschaft

im vorgesehenen Umfang weiter fortzuführen.

Rund 500 000 Tonnen Eisensteine, etwa ein Drittel der Vorkriegsproduktion, wurden 1947 im Siegerland gefördert. Das Eisenerz geht zum größten Teil an die Ruhrhöfen, etwa 10 Prozent werden im Siegerland selbst verhüttet, 3 Prozent laufen ins Saargebiet und geringe Mengen nach Frankreich.

Von der Beton- und Monierbau AG, Berlin, ist in der britischen Zone in Peine eine Tochterfirma unter der Bezeichnung „Beton- und Monierbau West AG.“ zur Wahrnehmung ihrer geschäftlichen Interessen in den Westzonen gebildet worden.

Nach Anlaufen der Produktion der Besteler-Werke AG, Bielefeld, hofft die Verwaltung, die Produktion von Fahrrad- und Motorradteilen im Laufe 1948 noch aufnehmen zu können. Im Augenblick umfaßt das Fertigungsprogramm insbesondere Bauteile für die Verkehrsmittelindustrie. In dem Stahlrohrwerk Neuhaus werden auch nachlose, kaltgezogene und geschweißte kalt nachgezogene Präzisionsstahlrohre angefertigt.

Die Fordwerke in Köln sollen in diesem Frühjahr an Ausdehnung verdoppelt und damit zum größten Automobilwerk in Europa ausgestattet werden. Zur Zeit werden dort 3 500 Arbeiter beschäftigt. (Produktion von 3-Lastwagen.) Die Zahl der Arbeiter soll nun auf 7 000 erhöht und die Herstellung von Privatwagen begonnen werden. Inzwischen ist der Enkel Henry Fords, Henry Ford jr., zu einem kurzen Besuch in Köln gewesen.

In der Olympia-Schreibmaschinenfabrik in Boffhausen bei Wilhelmshaven arbeiten zurzeit 250 Facharbeiter. Man bereitet die Serienproduktion vor, die am 1. April d. J. beginnen soll. Das Werk will nach und nach zu einer Tagesproduktion von 200 Maschinen kommen und 1200 Arbeitskräfte beschäftigen. 90% der Produktion sollen

der Belieferung des englischen Marktes dienen.

Das seit Kriegsende von der Besatzungsbehörde beschlagnahmte Sägewerk Louis Krages wurde jetzt wieder freigegeben. Das Werk umfaßt eine Fläche von 28 500 qm, beschäftigte früher 700 Arbeiter und verfügt über eine eigene Kraftstation mit zwei Turbinen.

Die Margarinewerke sowie das Glivvia Ölwerk und das Ölwerk Spyk haben ihre Produktion wieder aufgenommen. Die Margarinewerke, die vor dem Krieg wöchentlich etwa 2000 t Margarine und 500 t Öl fabrizierten, können infolge erheblicher Zerstörungen zurzeit nur mit etwa zwei Fünftel ihrer normalen Kapazität arbeiten.

Die Rheinische Zellwolle AG, Siegburg, die erst im vergangenen Herbst ihr AK. von 15 auf 25 Mill. RM erhöhte, wird binnen kurzer Zeit ihre Produktion wieder anlaufen lassen. Nachdem die Schwierigkeiten der Rohstoffversorgung einigermaßen behoben worden sind, werden die Maschinen in Kürze anlaufen. Während vor dem Krieg arbeitstäglich 80 t Zellwolle hergestellt wurden, soll sich die Erzeugung zunächst auf 60 t beschränken. Neben Spezialzellwollen sollen auch Fasern für technische Zwecke, vor allem Zellwolljute, auf den Markt gebracht werden.

In Hülfs bei Krefeld wurde unter dem Firmennamen „Taut & Co. G.m.b.H.“ eine mechanische Weberei zur Herstellung von Kleider-, Sport-, Mode-, Möbel- und anderen Kunststoffen errichtet. Zum alleinigen Geschäftsführer wurde Albert Taut bestellt.

Als ein günstiges Zeichen werden gegenwärtig laufende Verhandlungen ausländischer Reedereien der Nord- u. Südamerikafahrt mit der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG. über Pachtverträge für geeignete Kalstroeken mit Schuppen betrachtet. Man sieht in der Anbahnung der Verhandlungen einen Vertrauensbeweis für die baldige Wiederkehr normaler Handelsbeziehungen zu den Ländern des amerikanischen Kontinents.

Ostzone

Für den Ausbau der Häfen Stralsund, Rostock, Warnemünde und Wismar sind im Vorsechlag für 1947 rund 8 Mill. RM vorgesehen. Für Ausschagnn und sonstige Verbesserung der Binnenwasserstraßen sollen 15 Mill. RM verwendet werden. Es wird angestrebt, die Leistungsfähigkeit der vier Ostschiffe auf 3,25 Mill. t im Jahr zu bringen. Die Fabriette dieser Schiffe soll auf 7 m gebracht werden, damit auch größere Seeschiffe diese Häfen anlaufen können.

In einem Vortrag, den Vizepräsident Dr. Mitscher von der Zentralverwaltung im Hochschulinstitut hielt, gab dieser an, daß 27% der Ostzonenindustrie auf die Sowjet-AGs entfallen. Die chemische Industrie erzeugt in der Ostzone 1 Mill. t Treibstoffe.

Der Produktionsplan der Braunkohlenwerke in der Ostzone für 1948 sieht 72 Mill. t Rohkohle und 17 Mill. t Briketts vor, was eine weitere Steigerung des Planes 1947, der voll erfüllt wurde, bedeutet.

Eine neue elektrische Zwillingenpresse für die Brikett-Herstellung wurde von den Bensaar-Kohlenwerken im Geiseltal bei Merseburg in Verwendung genommen, mit deren Hilfe 120 Tonnen Briketts im Lauf von 24 Stunden gepresst werden können.

Bei Niedersachswerfen unweit Nordhausen ist das erste thüringische Anhydritwerk im Entstehen, das im Frühjahr die Anhydritproduktion in großem Ausmaß aufnehmen wird. Anhydrit, ein wasserfreier schwefelfreier Kalk, der vordem nur als Düngemittel verwendet wurde, hat sich als vielseitiger neuer Baustoff erwiesen, dessen Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft noch zahlreiche weitere Verwendungsmöglichkeiten erwarten lassen.

In Rostock in Mecklenburg ist eine neue Zündwarenfabrik GmbH. mit einem Stammkapital von 200 000

RM. gegründet worden. Die Stadt Rostock ist mit 51% der Kapitalanlage beteiligt. In etwa einem Vierteljahr hofft der Betrieb, mit der Warenfertigung beginnen zu können. Neben Zündhülsen werden vorerst Takas für das Schuhmacherhandwerk produziert.

Die größte Wertpapier-Druckerei Deutschlands, Giesecke & Devrient AG, Leipzig, jetzt landeseigener Betrieb, war zu zwei Dritteln ausgehoben. Der Aufbau ist soweit fortgeschritten, daß bis zu 80% der Produktionskapazität des Werkes wieder erreicht werden. Außer Banknoten und Wertpapieren aller Art werden auch Brief- und Wertmarken, Schecks- und Bankformulare hier hergestellt. Durch neue Formateinstellung eines Faltsautomaten stoßen jetzt u. a. drei Arbeiterinnen in 6½ Stunden 15 000 qualitativ bessere Schecks aus als vordem neun Arbeiterinnen arbeitstäglich.

Die zum landeseigenen Betrieb deklarierte Felsenkeller Brauerei, Dresden stellt das in der Ostzone übliche Einheitsbier mit einem Stammwürzegehalt von 3% sowie Fallbrause, Limonade und hierähnliche Getränke her. Die Kapazität der Brauerei wird zur Zeit mit etwa 30% ausgenützt. Für das Jahr 1948 sind umfangreiche Betriebsverbesserungen vorgesehen. Die Belegschaft zählt 253 Köpfe.

Nach Abschluß der Demontage hat die Bierbrauerei Mahn & Oklerich AG, Rostock L. Mecklbg. im Frühjahr 1947 den Brauereibetrieb wieder aufgenommen. Der derzeitige monatliche Ausstoß beträgt insgesamt 60 000 hl dreiprozentigen Einheitsbiers und sechshundertprozentigen Starkbiers für die Besatzungstruppen sowie 30 000 hl Limonaden. Die Kapazität des Unternehmens kann infolge der beschränkten Rohstofflage, Mals und Hopfen sind sehr verknüpft, nicht voll ausgenützt werden. Das AK. der Firma, die als AG. weiter besteht, beträgt 3,50 Mill. RM.

in der Schweiz führen. Es wird nun eine Ausweichklausel vorgeschlagen. Das würde aber wiederum bedeuten, daß Ausnahmen gestattet werden müssen.

Es konnte doch nicht der Sinn der Havannakonferenz sein, Ausnahmen zu konsolidieren. Die Konferenz ging von dem Grundgedanken aus, dem freien Welthandel wieder den Weg zu bereiten. Vielleicht war es noch zu früh, denn die Schäden des Krieges sind noch, zumal in Europa, zu groß, als daß man den Ländern zumuten kann, ohne Existenzsicherungen im Außenhandel auszukommen. Wenn sogar die Schweiz, die wirtschaftlich gesehen am wenigsten unter dem Krieg zu leiden hatte, noch nicht soweit ist, eine Beteiligung an

einem völlig freien Welthandel vorzunehmen, dann ist doch die Frage berechtigt, ob man in Havanna auf dem richtigen Wege war.

Wir glauben, der Fehler lag darin, daß man überhaupt eine Konzeption gemacht hat, nämlich den Luxusgüterimport von den allgemeinen Prinzipien des freien Handels auszunehmen. Weicht man einmal von einem Prinzip ab, dann ergeben sich sofort neue Wünsche auf Ausnahmen. Das ist der Fluch der bösen Tat... Jedenfalls läßt sich nicht bestreiten, daß die Schweiz mit ihrer Forderung im Recht ist, solange für bestimmte Waren Ausnahmen in Form von Importbeschränkungen zugelassen sind. X.

Deutsche Füllhalter-Industrie

Bemühungen um Wiedergewinnung der Exportmärkte

Die deutsche Füllhalterindustrie hatte schon vor dem Krieg einen anerkannten Ruf auf dem Weltmarkt. Das beweisen u. a. die Exportleistungen dieser Industrie, die mit einem verhältnismäßig geringen Devisenaufwand und geringem Rohstoffverbrauch ein hochwertiges Erzeugnis ausführt, das entsprechende Devisenerträge hereinbrachte. Die Ausfuhr richtete sich vornehmlich nach den Balkanländern, nach Portugal, Spanien und nach den nördlichen Ländern, aber auch nach England und den USA.

Das Herz der deutschen Füllhalterindustrie ist die Gegend um Heidelberg und Nürnberg. Aber auch in Hamburg, im Rheinland und in Hannover bestanden Fabriken, und die Erzeugung ging vor dem Krieg zu etwa 35—40 Prozent in den Export. Von den heute in der Doppelzone ansässigen Fabriken wurden damals rd. 3000 Personen beschäftigt, die sich auf etwa 60 Betriebe verteilten. Dazu kamen aber noch die Zulieferbetriebe, die Celluloid- und Hartgummifabriken, die Hersteller von Beschlägen usw., so daß die Gesamtzahl der in der Füllhalterindustrie Beschäftigten weit höher war. 1938 erzeugte die Füllhalterindustrie der heutigen Doppelzone rund 25 Mill. Stück Füllhalter und Füllstifte mit einem Gesamtwert von rd. 25 Mill. RM., deren teilweise Ausfuhr einen Devisenerlös von etwa 8 Mill. RM. brachte.

Erfreulicherweise ist nach dem Zusammenbruch der Füllhalterindustrie der Doppelzone zum größten Teil erhalten geblieben. Sie hat seitdem sogar Zugang aus der Ostzone erhalten, so daß heute 65 Betriebe vorhanden sind, die bei einer Beschäftigtenzahl von etwa 3200 Personen etwa 7,2 Mill. Füllhalter und Füllstifte erzeugen könnten, deren Wert sich auf den Preisbasis von 1938 auf rund 26 Mill. RM. belaufen würde.

Die Bemühungen der Industrie, die vorhandene maschinelle Kapazität auszunutzen, sind bisher an den bekannten Schwierigkeiten in der Rohstoffbeschaffung und der Bereitstellung von Arbeitskräften gescheitert. So konnte nur ein Bruchteil der Fertigungskapazität genutzt werden. Die Fabriken sind deshalb vorläufig dazu übergegangen, ihre Stammbelegschaften mit Reparaturarbeiten zu beschäftigen. Die Produktion neuer Füllhalter und Füllstifte hat erst einen bescheidenen Umfang erreicht und geht größtenteils in den Export. Die Füllhalterfachverbände der beiden Zonen richten natürlich ihr Augenmerk auf ein Wiedererlangen des Exportgeschäftes auf einer breiteren Basis. Die Erfolge sind sehr gering. Bei dem heute gültigen JEIA-Exportverfahren ist eine normale Entwicklung des Exportgeschäftes aber nach Ansicht sachverständiger Kreise kaum möglich. Hinzu kommt, daß die Zulieferindustrien durch den Krieg erhebliche Kapazitätseinbußen erlitten haben. Ein weiteres erhebliches Hindernis für den Abschluß mit Ländern, die früher zu den wichtigsten Kunden der deutschen Füllhalterindustrie gehörten, ist die Forderung der JEIA auf Dollarauszahlung für Importe deutscher Waren. Der Abschluß von multilateralen Verträgen mit einer Reihe europäischer Länder hat nur geringe Erleichterungen geschaffen.

Vom Standpunkt der deutschen Wirtschaft ist zu berücksichtigen, daß im fertigen Füllhalter und Füllstift nur etwa 8 bis 10 Prozent ausländischer Rohstoffe enthalten sind. Bei voller Ausnutzung der Kapazität

der Industrie in der Doppelzone würde bei einem Dollarwert von 2,50 RM. die Erzeugung einen Wert von rund 10 Mill. Dollar haben. Bei einer Ausfuhr von 4 Mill. Dollar bliebe ein Effektiv-Dollarerlös von 3,6 Mill. Dollar für die deutsche Wirtschaft. Die Industrie der Doppelzone hofft, daß ein aufgelockertes Exportverfahren in der nächsten Zeit Exportmöglichkeiten geben wird.

In Berlin arbeiten gegenwärtig etwa 8 bis 10 Füllhalterfabriken, und es ist im Zeichen des Bezugscheines zwieselflos eine erfreuliche Tatsache, daß z. B. die Wabek-Füllhalter G.m.b.H., eine der rührigsten Berliner Firmen, schon seit längerer Zeit einen friedensmäßigen Füllhalter zu angemessenen Preisen in ihrem Hauptgeschäft in Neukölln und ihren fünf anderen Stadtfillialen frei verkauft. Diese Firma, die 1945 aus einer Großhandelsfirma entstand und unter den größten Schwierigkeiten die Erzeugung aufnahm, könnte heute, wenn nicht auch hier gewisse Schwierigkeiten in der Rohstoffbeschaffung beständen,

monatlich etwa 18 bis 25 000 Halter erzeugen. Monatlich werden gegenwärtig zwischen 20 und 25 000 Halter aller Systeme von dieser Berliner Firma allein repariert. Es war zweifellos eine Leistung, unter den Verhältnissen nach dem Zusammenbruch gewissermaßen aus dem Nichts einen modern eingerichteten Betrieb zu schaffen, der heute 63 Leute beschäftigt. Diese Firma, zur Zeit wohl die bedeutendste in Berlin, hat mit Erfolg auch schon die Verbindungen zum Ausland angeknüpft, so mit der Schweiz, mit der Türkei, sowie mit den nördlichen Ländern, und ein Teil der Erzeugung wird für den Export abgesetzt werden. H. B.

München. Nach einem Bericht des bayerischen Wirtschaftsministeriums läßt die Nachfrage nach Füllhaltern auf den Auslandsmärkten infolge des starken Wettbewerbs nach. Die bayerische Füllhalterindustrie stößt vor allem in Schweden und Holland auf eine starke Konkurrenz durch USA-Firmen

Hypothekenkaptal in der Ostzone

Das Schicksal von einer Milliarde alter Wohnungsbau- und Siedlungsdarlehen

Die Finanzverwaltungsstelle der Sowjetischen Militär-Administration hat seinerzeit die Deutsche Zentralfinanzverwaltung in der Ostzone damit beauftragt, durch Errichtung einer „Banken-Kommission der DZFM“, Berlin/W, Französische Straße 24, die Bewachung und Verwaltung des Vermögens der geschlossenen staatlichen Kreditinstitute des sowjetischen Sektors Berlin zu übernehmen. Diese Regelung ist für das alte Hypothekenkaptal deshalb von besonderer Bedeutung, weil ihm damit die Eigentumsrechte auf die alten hypothekatischen Schuldverschreibungen der in der Ostzone befindlichen Schuldnerbestände zunächst stillgelegt sind.

Diese vermögensrechtliche Verfügung ist unter dem in der Ostzone üblichen Rechtsstatut erfolgt, wonach das Vermögen des ehemaligen Deutschen Reiches wie auch das der Gesellschaften und sonstigen Institute, die ihrerseits dem Reich gehörten, von den Landesregierungen der sowjetischen Besatzungszone für den künftigen deutschen Gesamtstaat in Verwaltung zu nehmen sind. Sie betraf somit zunächst auch das Vermögen der Deutschen Bau- und Bodenbank. Nachdem sich aber die SMA auf den Standpunkt stellt, daß jedes Reichsvermögen, das sich in der Ostzone befindet, von den Organen der Staatsgewalt verwaltet werden muß und in der Zone zu verbleiben hat, blieb zu entscheiden, was mit dem in der Sowjetzone investierten Althypothekenkaptal zu geschehen habe, dessen Gläubigerrechte von solchen Instituten verwaltet werden, die in den westlichen Sektoren Berlins liegen. Diese Frage betrifft vor allem die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt, die Deutsche Landesrentenbank, die Deutsche Siedlungsbank, die Landstelle Berlin, die Deutsche Wohnstätten-Hypothekbank, die Preussische Landespfandbriefanstalt und die Deutsche Genossenschafts-Hypothekbank. Sie alle zusammen finanzierten seinerzeit im ganzen Reichsgebiet den Wohnungsbau und das Siedlungswesen, wobei sie einen Vermögenswert von über einer Milliarde RM, der sich auf

etwa 80 000 Schuldner verteilt, an Hypotheken in der Ostzone investiert haben. Man hat diese Frage zunächst durch die Errichtung einer „Treuhänderstelle für die Verwaltung der alten Wohnungsbau- und Siedlungsdarlehen in der sowjetischen Besatzungszone“, Berlin W 8, Leipziger Straße 5—7, gelöst, der die Einziehung der Zins- und Tilgungsleistungen sowie die Entgegennahme etwaiger Kapitalrückzahlungen übertragen wurde. Die Geschäftunterlagen, auf die sich die Tätigkeit dieser Treuhänderstelle stützen muß, werden jedoch auch weiterhin in den westlichen Sektoren Berlins in Ordnung und auf dem laufenden gehalten. Die SMA hat für ihren Bereich allerdings bald Anstoß daran genommen, daß diese Verwaltung von dem Personal der alten geschlossenen Institute in den westlichen Sektoren ausgeübt wird und deshalb die erwähnte „Bankenkommission“ bestellt, welche die Geschäftunterlagen der Banken im sowjetischen Sektor in Verwahrung genommen hat. Gegenüber den Instituten in den westlichen Sektoren nimmt dabei eine von der Alliierten Kommandantur eingesetzte „Inkassokommission“ die Auskunftsbeschaffung aus den Geschäftunterlagen für die Darlehensstreuhänderstelle wahr.

Die ausschließliche Kontrolle über das in der Ostzone befindliche alte Hypothekenkaptal wurde der erwähnten Treuhänderstelle durch eine nunmehr von der Zentralfinanzverwaltung mit Zustimmung der SMA erlassenen Verfügung (ZVOBl. 1948, S. 24) gewährleistet, wobei bestimmt wird, daß künftig die Zahlungen der Schuldner auf die gegenständlichen Darlehensforderungen nur dann schuldbefreit wirken, wenn sie an die Treuhänderstelle geleistet werden. Für die in den anderen Zonen befindlichen forderungsberechtigten Institute wurde bei der Landeskreditbank in Potsdam ein „Anderkonto“ errichtet. Das bedeutet also, daß die Zins- und Tilgungsbeträge oder etwaige Kapitalrückzahlungen den Hypothekenschuldnern nur dann anerkannt werden, wenn sie an die Landeskreditbank in Potsdam zur Verbuchung auf das gegenständliche Anderkonto eingezahlt werden. Auch diese Anderkonten bleiben unter treuhänderischer Verwaltung; die Anordnung hebt lediglich hervor, daß die Auswirkung der reichsrechtlichen Vorschriften, nach denen das Vermögen der Hypothekbanken vorzugsweise den Pfandbriefgläubigern haftet, durch die Einzahlung der Schuldbeiträge auf die treuhänderisch verwalteten Anderkonten nicht beeinträchtigt wird. J. H. K.

In der Ostzone gibt es auf dem Gebiet des Sparkassenwesens heute wieder rd. 300 Hauptniederlassungen und 2000 eigene Zweigstellen, die sich entsprechend der Bevölkerungsdichte auf die verschiedenen Länder verteilen. Ende des vergangenen Jahres beliefen sich die Spar-einlagen aus neuen Guthaben bereits wieder auf 1,5 Mrd. RM, und die Giro-einlagen auf 4,5 Mrd. RM. Ende Dezember 1947 wurden rd. 4 Mill. Sparkonten und 750 000 Girokonten gezählt. Die durchschnittliche Einlage bei den Sparkassenkonten beträgt 665 RM und 2000 RM bei den Girokonten. Bei den Sparkassen hat die Sperre der alten Guthaben etwa 22 Mrd. RM gebunden.

An Kreditgenossenschaften sind in der Ostzone rd. 8900 vorhanden. Diese richten sich nach der Art des wirtschaftlichen Sektors, den sie betreffen. Für die landwirtschaftlichen Genossenschaften ist die vorrangigste Aufgabe, Gewährung von Darlehen und Krediten an die Bauern. Von 290 Mill. RM, die hierfür zur Verfügung gestellt waren, hat der Bauer aus dem sowjetischen Sektor merkwürdigerweise nur 21% in Anspruch genommen, was daraus zu erklären ist, daß er für einen in Anspruch genommenen Kredit sich weder Baumaterialien noch landwirtschaftliche Maschinen oder gar Vieh kaufen kann.

Weiterer Ausbau des Oberrheins

Neue Abkommen in Kraft

Nach einem am 1. Januar 1948 in Kraft getretenen Abkommen zwischen Frankreich und der Schweiz übernimmt die französische Zone grundsätzlich die Verpflichtungen Deutschlands aus dem Staatsvertrage vom 28. Mai 1929 über die Rheinregulierung zwischen Istein und Stralburg-Kehl. Frankreich wird die Bemühungen zur Regulierung dieser Rheinstrecke in technischer und administrativer Hinsicht unterstützen. Die Kostenverteilung erfolgt im übrigen in gleicher Weise wie früher zwischen der Schweiz und Deutschland, so daß die französische Zone 40% und die Schweiz 60% der erforderlichen Aufwendungen zu tragen haben. Das Recht zur Erstellung des

Ausbau des Kanals die Schiffahrt vom offenen Strom allmählich auf den Seitenkanal verlagern. Diese Entwicklung wird in der Schweiz mit einer gewissen Besorgnis verfolgt, da man dort großen Wert darauf legt, unterhalb der Isteiner Schwelle eine schiffbare Verbindung zum offenen Rhein zu behalten. Der Bau eines weiteren

Hochrheinkraftwerkes bei Rheinau wurde am 1. Februar d.J. durch die schweizerischen und badischen Behörden genehmigt. Dem neuen Kraftwerks-Konsortium gehören die Stadt Winterthur, die Nordostschweizerische Kraftwerke AG-Baden, die Aluminiumindustrie AG-Chippis und die Siemens-Schuckertwerke AG-Nürnberg an. Das 10 km unterhalb Schaffhausen gelegene Kraftwerk wird bei einer installierten Leistung von etwa 32 000 kW annähernd 200 Mill. kWh jährlich erzeugen können. Von besonderem Interesse ist hierbei für die süd-deutsche Wirtschaft und Industrie, daß rund 40% der vorerwähnten Stromerzeugung auf das Land Baden entfallen werden.

Grand Canal d'Alsace
zwischen Basel und Straßburg war Frankreich bereits im Vertrage von Versailles anerkannt worden. Vorgesehen war ein Ausbau des Kanals in acht Stufen, von denen die erste Stufe bei Kembs bereits 1934 fertiggestellt war (s. a. „Wirtschaftsrevue“, Nr. 57 v. 15. 11. 1947 „Oberrhein und europäische Kanalprojekte“). Am 19. Dezember 1947 ist nun zwischen Frankreich und der Schweiz eine Vereinbarung über die Gestaltung der Schiffahrtsanlagen der zweiten Kanalstufe beim künftigen Kraftwerk Ottmarsheim getroffen worden. Mit den Vorarbeiten für diesen Kanal-Baubestand wurde inzwischen auch begonnen. Nach dem Abkommen soll die Kanalstufe bei Ottmarsheim zwei Parallelschleusen von je 185 m Länge und 23 bzw. 12 m Breite erhalten. Die kleine Schleuse wird ein schnelles Durchschleusen von Selbstfahrern gestatten, während die breitere Schleusen-anlage einen reibungslosen Verkehr mit großen Raddampfern gewährleisten soll. Wie bereits früher an dieser Stelle angedeutet, würde sich mit dem weiteren

Für die Großschiffahrt Basel-Bodensee sollen zunächst noch keine Einrichtungen erstellt werden, doch sind dem Kraftwerksunternehmen, ähnlich wie in früheren Fällen, bedeutende Auflagen für den Bau von Schiffahrtsanlagen gemacht worden. Die Bauarbeiten sollen noch im Laufe des kommenden Winters in Angriff genommen werden, und die Bauzeit wurde auf etwa 3—4 Jahre veranschlagt. Da bekanntlich früher schon das Kraftwerk bei Birsfelden konzeptioniert wurde und mit dem Baubeginn dieses Werkes ebenfalls in Kürze zu rechnen ist, bleiben von den gesamten auf der Hochrheinstrecke Basel-Schaffhausen geplanten Großkraftwerken nur noch drei Anlagen einer späteren Ausführung vorbehalten. Sa.

Berliner Schallplatten-Industrie läuft an

Die deutsche Schallplattenindustrie hat bereits in den Jahrzehnten zwischen den beiden Weltkriegen schwere Krisen erlebt und überstanden. Durch die Entwicklung des Rundfunkgerätes zunächst verdrängt, ging der Inlandsabsatz, der in Zeiten der Hochkonjunktur jährlich rund 30 Mill. Schallplatten betragen hatte, bis zum Jahre 1935 auf etwa 6 Mill. Stück zurück. Der Schallplattenexport, der im Jahre 1929 über 14 Mill. Stück erreichte, verzeichnete mit 1,8 Mill. Stück im Jahre 1935 einen Tiefstand. Der Absatz in Sprechmaschinen ging von 400 000 auf 17 000 zurück. Erst in den letzten Jahren vor dem Krieg trat eine Erholung ein, die von der Entwicklung eines billigen Plattenspielers als zusätzliches Gerät zum Rundfunk ausging. Außerdem verzeichnete der Plattenkoffer für das Wochenende einen steigenden Absatz. Im Jahre 1938 konnte die deutsche Schallplattenindustrie wieder rund 12 Mill. Schallplatten auf dem Inlandmarkt und rund 3 Mill. Stück im Ausland absetzen. Die neue Konjunktur wurde durch den Krieg bald unterbrochen.

Die schweren Absatzkrisen haben naturgemäß nicht alle Unterechnungen der Schallplattenindustrie überleben lassen. Im Jahre 1937 kam es zu einige-

großen Fusionen, nach denen in der Hauptsache die zwei Gruppen, Telefunken-Grammophon und Lindström-Elektrola-Kristall, übrig blieben. Außerdem gab es noch den Schallplattenvolksverband und die sogenannte Waronhausplatte mit begrenztem Absatzmarkt. An den beiden Hauptgruppen war ausländisches Kapital, vor allem englisches, maßgeblich beteiligt. Die Gruppe Telefunken-Grammophon unterhält Beziehungen zur britischen Decca Records Ltd. und die Lindström-Elektrola-Gruppe zur Electrical and Musical Industries Ltd.

Nach dem Kriege kam die Schallplattenherstellung infolge Mangels an Material und anderer Schwierigkeiten nur langsam wieder in Gang. Die Lindström-Elektrola-Kristall-Gruppe stellt gegenwärtig rund 250 000 Schallplatten monatlich in Berlin her. Von der Telefunken-Grammophon-Gruppe wurde eine Produktionsaufnahme gleichfalls bereits sehr frühzeitig betrieben. Das Hauptwerk dieser Gruppe befindet sich in Hannover, wo auch das Metrix-Archiv erhalten geblieben ist. Die Hauptverwaltung hat in Berlin ihren Sitz. Aus dem Ausland liegen Anfragen vor, doch ist über eine Wiederaufnahme der Ausfuhr von Schallplatten bisher noch nichts bekannt geworden. H. G.

Import - Priorität

Bisher lag der Schwerpunkt für das Ingangkommen des deutschen Außenhandels auf der Steigerung des Exportes sowie günstigstenfalls in Veredelungsgeschäften. Das rapide Schwinden der deutschen Substanz jedoch, der Bedarf an deutschen Waren auf dem Weltmarkt und die steigenden Gefahren einer allgroßen Not in Deutschland haben in In- und Ausland die dringende Erkenntnis bewußt werden lassen, daß ohne erhebliche Rohstoffimporte, — neben dem Lebensmittelinport — das deutsche Exportproblem auf die Dauer nur Scheitern verurteilt wäre. Es liegen hierzu auch bereits eine Reihe entsprechender Angebote aus den USA, Italien, Frankreich, Schweiz, Holland, Dänemark und Schweden vor, deren Verwirklichung nicht nur wieder eine Belebung des Exportes bedeutet, sondern darüberhinaus einer Hebung des deutschen Lebensstandards gleichkommt.

Unter anderem sind zur Einfuhr in die Doppelzone vorgesehen:

- USA: Kupfer, Aluminium, Zink, Schwefel, Baumwolle, Harz, Kautschuk;
- Italien: Schiefer, Schwämme, Borax, Terpentin, Hanf, Kobalt;
- Frankreich: Terpentin, Kampfer, Pappel;
- Schweiz: Baumwolle, Pappel, Borax, Kobalt, Platin, Seide, Wolframdraht;
- Holland: Harz, Manganerz, Pappel, Stearinder, Terpentin.

Wie sehr dieses Jahr im Zeichen erhöhter Importe steht, geht nicht zuletzt daraus hervor, daß in München die Errichtung einer Importschau bevorsteht. Diese Ausstellung, zu der die oben genannten Länder ihre Beteiligung

zugesagt haben, wird bereits in den nächsten Monaten als die erste ihrer Art in Deutschland der Exportschau angegliedert sein. Daß damit das gesamte Importproblem in völlig neue Bahnen gelenkt wird, ist selbstverständlich. Der Importplanung, welche für 1948 eine Verzehnfachung der Rohstoffzufuhr vorsieht, wird somit günstig Vorschub geleistet und der Realität näher gebracht.

Direktor Engländer, Vorstand der Vereinigten Seidewerereien AG, in Krefeld, sprach vor Wuppertaler Textilindustriellen über die Ergebnisse seiner Reise, die er im Interesse der Textilindustrie der Doppelzone und mit der Unterstützung der JEIA durchgeführt hat. Wenn auch angesichts der Massenproduktion der amerikanischen Textilindustrie die deutschen Textilfirmen auf schärfste Konkurrenz stoßen müßten, so seien in den USA doch Absatzmöglichkeiten für hochqualifizierte deutsche Textilserien vorhanden. Für die Konkurrenzfähigkeit sei dabei wesentlich, daß deutsche Waren eine Schlechterstellung bei der Verzollung ihrer in die USA exportierten Waren nicht mehr zu befürchten brauchten, nachdem Klarheit darüber besteht, daß Deutschland in den USA meistbegünstigt behandelt werde.

Wie die JEIA mitteilt, müssen deutsche Geschäftsleute bei Auslandsreisen nunmehr den Geldwert der zur Verfügung gestellten Devisenbeträge in Reichsmark bei einem Verrechnungskurs von 30 Cent pro Reichsmark einzahlen. Vorerst wurden für 100 Reichsmark Devisen bewilligt. Die Auswahl der Reisenden erfolgt nach wie vor durch die JEIA-Zweigstellen.

Buna-Werk Schkopau

Deutschland verfügte über drei Produktionsstätten, die Buna herstellten. Zwei dieser Werke befanden sich in den Westzonen in Ludwigshafen und Hülz im Ruhrgebiet.

Das dritte und bedeutendste Unternehmen sind die in der Ostzone in Schkopau in Sachsen-Anhalt bei Leuna errichteten Bunawerke, deren Produktion 1937 anließ. Die Kapazität der beiden im Westen liegenden Fabriken stellte sich auf etwa je 10 000 t jährlich, die der Schkopauer-Werke im Kriege auf rund 60 000 t. Nach dem Stand von 1936 kommt der heute wieder vom Kontrollrat bewilligte Bedarf der deutschen Reifen- und Gummifabriken auf rund 70 000 t Kautschuk und Buna. Die Ludwigshafener Werkanlagen sind 1945 still gelegt worden, sodaß für die Buna-Produktion nur noch das Werk in Hülz und die Schkopauer Fabriken zur Verfügung stehen. Der Betrieb in Hülz, dessen Monatskapazität 900 t betrug, hat im Jahre 1945 diese mit etwa 50%, das sind 450 t monatlich, erreicht. Zweck Kohlenersparnis soll aber die Herstellung im Ruhrgebiet weitestgehend gedrosselt oder eingestellt und durch Einfuhr von Naturkautschuk ersetzt werden. Die Westzonen benötigen dann im Monat 3300 t Kautschuk, um die Reifen- und Gummwarenindustrie ausreichend beliefern zu können.

Die Bunawerke in Schkopau, die, wie kurz gemeldet, im Kriege fast unversehrt blieben, wurden nicht demontiert, firmieren heute als Chemische Werke Buna und sind dem Verband der SAGs angeschlossen. Mit 10 000 Beschäftigten

hat die Arbeiterzahl dort den Vorkriegsstand erreicht. Die Schkopauer Fabriken können mit etwa 50% an ihren Höchst-erzeugungsstand von 60 000 t im Jahr anknüpfen und decken den Bunabedarf der Ostzone vollkommen. Darüber hinaus sind sie auch in der Lage, an die Westzonen zu liefern, zumal, da man für die Reifenherstellung in der Ostzone ebenfalls Naturkautschuk, der Buna beige-macht wird, verarbeitet. Reine Buna-reifen ohne Kautschukbeimischung nutzen sich 50% schneller ab. Die Ostzone bezieht Kautschuk aus Holland, Steinkohle für die Schkopauer Werke wird wie früher aus dem Waldenburger Kohlenrevier bezogen, das jetzt in Polen gehört. Nur kleine Quanten Ruhrsteinkohle gelangen zur Verarbeitung. Kalk kommt aus Rubeland im Harz, und Braunkohle zu Feuerungszwecken liefern die Geisel-talgruben bei Merseburg. Der Buna-grundstoff Kalsiumkarbid wird aus Koks und Kalk gewonnen. Für eine Tonne Buna braucht man drei Tonnen Kohle. Die Buna-fertigung erfordert einen kontinuierlichen Arbeitsprozeß. Als Nebenprodukte fallen bei der Fabrikation synthetische Autole, Isolat und Polystyrol, aus dem Spritzgüßartikel für die Elektrotechnik gemacht werden, das Frostschutzmittel Glyzantin für Autokühler, chlorierte Ethane sowie Lösungsmittel für technische Zwecke an.

Der Preis für die Tonne Buna stellt sich heute auf 4000 RM, und liegt höher als Naturkautschuk, der pro Tonne mit 2700 RM, gehandelt wird. Da für Buna keine Devisen benötigt werden, ist dieses Produkt für uns billiger als Naturkautschuk.

Uneinheitliche Entwicklung in Belgien

Hochkonjunktur in der Schwerindustrie - Absatzsorgen in anderen Wirtschaftszweigen

Die Streikwelle, die dieser Tage über Belgien ging, ist beendet. Die Lage in den durch die Bewegung im Mittelstand gezeichneten Betrieben ist wieder normal. Der soziale Frieden, der einen Moment bedroht war, konnte gewahrt bleiben.

Der aufmerksame Beobachter muß feststellen, daß Belgien zu einem ziemlich alten Gebiet des nationalen Schaffens seit Kriegsende Erstantliches geleistet hat. Zwanzig Handelsverträge sind in den letzten Monaten zustande gekommen oder erneuert worden. Der Wiederaufbau und die Modernisierung der Produktionsstätten schreiten ohne Unterbrechung fort.

Im Kohlenbergbau sind im Jahre 1947 24 167 500 t Kohle gewonnen worden, gegenüber 22 673 400 t im Jahre 1946. Im Januar d. J. erreichte die Förderung 2 236 000 t, was einer 24stündigen Arbeitsleistung von 86 000 t entspricht. Man rechnet damit, da neue Kontingente ausländischer Arbeitskräfte in den Gruben einstellt werden, das Ziel, 100 000 t täglich zu schaffen, im Juli/August zu erreichen, was der Vorkriegsförderung gleichkäme. Die Abwesenheitsquote im Steinkohlenbergbau ist immer noch sehr hoch. Um eine Besserung der Verhältnisse zu ermöglichen, wurde eine Letztverspannung eingeführt, die auch ihre Früchte zu tragen scheint, da die Quote von 17 auf 14,96% gesunken ist.

Die eisenschaffende Industrie erreichte 1947 eine Rohstahlproduktion von 2 803 210 t gegenüber 2 236 407 t im Jahre 1946. Die äußeren Umstände waren für die gesteigerte Produktion günstig. Die Schwerindustrie trat mit einer äußerst soliden Grundlage in das Jahr 1948 ein. Die geplante Modernisierung der Produktionsstätten macht sich immer mehr bemerkbar. Ein Teil der alten Hochöfen wird niedergelegt und durch neue ersetzt, deren Kapazität verdoppelt wird. Mit dieser Modernisierung hält die der verschiedenen Weltwerke gleichen Schritt. Gleichseitig ist die Herstellung neuer Fabrikate in Aussicht genommen. U. a. wird in Lüttich ein neues Werk für die Herstellung von Weißblechen, die in zwei Jahren auf den Markt kommen sollen, errichtet. Die gesamte Einrichtung außer der elektrischen, liefern die USA. Das neue belgische Werk, das zum Konzern Cockerill-Seraing gehört, wird die modernsten Verfahren anwenden, u. a. das der elektrolytischen Ver-

nung. Auch die Eisenverarbeitende Industrie befindet sich in einem Reorganisationsprozeß. Die Fachkreise sind der Ansicht, daß praktisch keinerlei Anzeichen für ein Nachlassen der Konjunktur vorliegen würden. Der Nachkriegs-Überbedarf macht sich in dem Maße, als der Wiederaufbau fortschreitet und die Wirtschaftspläne für die industrielle Entwicklung in den internationalen Ländern Gestalt gewinnen, immer deutlicher fühlbar. Wenn auch das Angebot auf diesem Gebiet gewachsen ist, wird es von der sich noch rascher steigenden Nachfrage übertraffen. Die Elektroindustrie z. B. hat Aufträge vorliegen, die für 17 Monate volle Beschäftigung bringen.

Zu erwähnen ist zunächst die Textilindustrie. In diesem Sektor ist die Zahl der Arbeitslosen auf 3371 und in der Bekleidungsindustrie auf 3568 gestiegen. Nach einem glänzenden Start dieser beiden Wirtschaftszweige ist, nach der Sättigung des Binnenmarktes, ein Umschwung eingetreten. In diesen beiden Sektoren herrscht Krisenstimmung. Man war zu einer seltenen Höhe der Konjunktur emporgestiegen. Jetzt aber stockt der Absatz. Man begegnet immer mehr Ausverkauften der Warenhäuser, die ihre Lager räumen möchten. Aber das Geld ist knapper geworden und reicht in zahllosen Fällen nur noch für den Lebensunterhalt, der innerhalb eines Jahres um etwa 20% gestiegen ist. Im Auslandsgeschäft ist ein Konjunkturschwund eingetreten. Die Auftragsbestände sind zurückgegangen, was zu einem Sinken des Beschäftigungsgrades geführt hat. Neben rückläufigen Preisen und einem verschärften Druck des Wettbewerbs liegen die Hauptursachen in handels- und wirtsch. politischen Gebieten.

Auch die Lederindustrie kämpft mit Absatzschwierigkeiten; die Zahl der Arbeitslosen stieg auf 1439. Aus der Holz- und Möbelindustrie wird ebenfalls ein Abstieg gemeldet und erreicht die Arbeitslosenquote 3849 Einheiten. Im Transportwesen besteht die gleiche Lage, wo 3755 Arbeitslose eingetragen sind. 32 788 Handlanger sind ohne Beschäftigung; in der Luxusindustrie werden vierzehntägige Feiertageverfahren und in der Landwirtschaft sind 4223 Arbeiter ohne Arbeit.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug nach offiziellen Angaben Ende

Januar 1948 rund 100 000 gegen 60 049 um die gleiche Zeit 1947.

Im öffentlichen Leben Belgiens zeichnet sich die Angst vor der Krise deutlich ab. Man erwartet schnell das Anlaufen des Marshall-Plans, denn man weiß sehr gut, daß die eigene wirtschaftliche Entwicklung vom Wohlstand der benachbarten Nationen abhängig ist. Die Prosperität Belgiens, sagt Ministerpräsident Spaak, sei aufs engste mit dem deutschen Handel verknüpft und Westdeutschland müsse als eine lebensfähige Wirtschaftseinheit wiederhergestellt werden, ohne die russische Zustimmung abzuwarten. Eine Stabilisierung der deutschen Währung mit einem festen Auslandskurs sei notwendig, da das gegenwärtige System unvereinbar ist mit der Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und seinen Nachbarn.

Im letzten Ministerrat hat man sich einigend mit dem im Falle des Konjunkturschwunds zu treffenden Maßnahmen beschäftigt.

Gleichfalls pessimistisch ist der eben von der Belgischen Nationalbank veröffentlichte Jahresbericht über 1947.

Zunächst geht die Bank auf finanzielle Tatsachen ein. Der gesamte Geldumlauf, d. h. die Summe von Notenumlauf, Kontokorrentkonten der Nationalbank, Postcheckkonten und Scheckkonten der sonstigen Banken stieg im Laufe des Jahres von 151 326 auf 157 260 Mill. Fr. Diese Steigerung geht ausschließlich auf die Erhöhung des Notenumlaufs zurück, während die übrigen in dieser Summe enthaltenen Konten etwas zurückgegangen sind. Die Privatindustrie hat die Kredite der Nationalbank in stärkerem Umfang in

Anspruch nehmen müssen als im Vorjahr (18 500 Mill. gegen 15 779 Mill.), dagegen ist die Inanspruchnahme des Bankenkredits durch den Staat zurückgegangen. Die Rückdiskontierung der Bank hat 5 Mrd. Fr. erreicht, was den zuständigen Stellen Anlaß gegeben hat, zugleich mit einer Erhöhung des Diskontsatzes eine Politik der Kreditbewehrung einzuschlagen.

Die größten Schwierigkeiten stammen aus dem Devisenproblem.

In Bezug auf die wirtschaftliche Gesamtentwicklung bestätigt der Bericht der Nationalbank, daß die Produktion der Eisen- und Stahlindustrie in der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsgemeinschaft das Vorkriegsniveau überlegen hat, wobei über die Hälfte der Produktion dem Export zugeführt wird. An Halbfabrikaten der Kupferindustrie ist der Stand von 1938 um mehr als die Hälfte übertraffen worden, und die Erzeugung von Rohzinn hat dank der Zufuhr aus dem belgischen Kongogebiet den doppelten Umfang der Vorkriegsproduktion erreicht. Dagegen wird nach wie vor ein Mangel an Blei und an Zink festgestellt.

Die metallverarbeitende Industrie konnte ihren Export seit dem Vorjahr von 5 auf 9 Mrd. Fr. steigern, befürchtet jedoch einen Rückgang dieser Exportfähigkeit infolge der Devisenknappeit der Abnehmerländer. Ähnliche rückläufige Entwicklungen bedrohen auch die belgische Textilwirtschaft, obwohl die Produktion selbst im Laufe des Jahres gestiegen ist.

Im Gegensatz dazu ist die Produktion der belgischen Schuhindustrie zurückgegangen.

In der Landwirtschaft wird zwar der Ertrag der im Viehbestand eingetretene Kriegsverluste gemeldet, doch sind im Ackerbau die erzielten Ergebnisse infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse unzureichend.

Englands Budget 1948/49

London. Der ursprüngl. Vorschlag des Jahres 1947 betrug 3,18 Mrd. £, erhöhte sich aber im Verlaufe des Jahres auf 3,42 Mrd. Die jetzt veröffentlichten Vorschläge für das am 1. April 1948 beginnende neue Etatsjahr belaufen sich auf 1,96 Mrd. gegenüber 2,21 Mrd. im laufenden Finanzjahr. Diese Senkung stellt jedoch lediglich eine durch das Handelsabkommen mit Argentinien angelegte Verlagerung dar. Im Budget für das Jahr 1948/49 wurden verschiedene Abtriebe vorgenommen. So wurden z. B. die Ausgaben des Kontrollamtes für Deutschland von 86,5 auf fast 32 Mill., die Ausgaben des Handelsministeriums um 28 Mill., des Versorgungsministeriums um 34 Mill., gekürzt. Diese Kürzungen werden jedoch durch vorgesehene Steigerungen der sozialen Ausgaben um 236,3 Mill. und durch die Erhöhung der Erziehungskosten um 28 Mill. ausgeglichen. Die Vorschläge für die Kürzung des Militärbudgets, das im laufenden Finanzjahr rund 900 Mill. betrug, liegen noch nicht vor, doch dürften die militärischen Ausgaben ebenfalls eine beträchtliche Senkung erfahren.

Die neue Emission von Royal Dutch-Aktien

Amsterdam. Die neue Emission der Royal Dutch-Aktien hat Holland Devisen im Werte von 107 Mill. hfl. eingebracht; 58 Mill. wurden von Frankreich, 24 Mill. von der Schweiz, 22 Mill. von Großbritannien, und 3 Mill. von Belgien gesammelt.

pro Tag beträgt, bis zum Jahre 1951 auf 225 500 Füll erhöht werden soll.

Venezuela verfügt auch noch über andere Rohstoffvorkommen, wie Eisenerz, Blei, Quecksilber, Kupfer, Zink, Asbest und Mangan, doch ist die Produktion unbedeutend. In den letzten Jahren sind einige neue Industriebetriebe entstanden, so Kaugummi-Fabriken, Reifenfabriken, Kunstseidenwebereien, Papier-Fabriken, Farben-Werke und Betriebe für die Erzeugung von pharmazeutischen Artikeln. Die heimische Textilindustrie ist in der Lage, die Hälfte des Inlandsbedarfs zu decken.

Der Einfuhrbedarf von Venezuela erstreckt sich auf Nahrungsmittel, Verbrauchsgüter und Produktionsmittel für die Erdölindustrie. Vor dem Kriege war Deutschland nach den USA das zweitgrößte Lieferland für Venezuela. Heute sind die USA die wichtigsten Lieferanten, gefolgt von den südamerikanischen Ländern. Im Jahre 1945 hatte die Einfuhr einen Wert von 612,8 Mill. Bolivares, der eine Ausfuhr in Höhe von 1283,0 Mill. Bolivares gegenüberstand, davon entfielen 1214,3 Mill. Bolivares auf Erdölprodukte, so daß auf den Export von anderen Waren nur 68,7 Mill. Bolivares kamen.

Zwischen Argentinien und Venezuela ist Ende Februar ein Handelsabkommen abgeschlossen worden. Es sieht für zwei Jahre die Lieferung von jährlich bis zu 2 Mill. Füll Venezuela-Petroleum gegen 15 000 t Argentinisches Gefrierfleisch und andere argentinische Produkte vor. Die Verhandlungen hatten sich lange hingezogen, weil die Viehzüchter in Venezuela gegen die Einfuhr des Gefrierfleisches protestierten. Venezuela wird das Petroleum aus den der Regierung zustehenden Erdölquellen liefern.

Die Standard Oil of New Jersey, die die Creole Petroleum Corp. kontrolliert, hat mit der Petrolarbeiter-Gewerkschaft von Venezuela einen dreijährigen Vertrag abgeschlossen, der die Löhne um 27% erhöht. Damit werden sich die Ausgaben der Gesellschaft um 14 Mill. Dollar im Jahre steigern. Allerdings betragen die Reingewinne 1947 140 Mill. Dollar gegenüber 83 Mill. Dollar im Jahre 1946.

Venezuela als Typ der Monokultur

Petroleum macht 90% des Gesamtexports aus

Venezuela ist gegenwärtig der zweitgrößte Erdölproduzent der Welt nach den USA. Von einer Weltproduktion in Höhe von 410 Mill. t entfielen im Jahre 1947 63,5 Mill. t auf Venezuela. Das Land hat sich im Verlauf von drei Jahrzehnten zu dieser Bedeutung entwickelt. Bei Ende des ersten Weltkrieges war die Erdölförderung noch gering. Im Jahre 1921 betrug sie 196 000 t und im Jahre 1938 28 Mill. t.

Die rund 4,3 Mill. Einwohner leben auf einer Fläche von 393 976 Quadratkilometern, einem Gebiet, das etwa doppelt so groß ist wie das Vorkriegs-Deutschland. Die Bevölkerung war bis zur Erschließung der Ölfelder durch ausländisches, vorwiegend amerikanisches und britisches Kapital fast ausschließlich in der Landwirtschaft tätig. Obwohl in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Arbeitskräfte in die Erdölindustrie abgewandert sind, ist auch heute noch der größte Teil der Bevölkerung auf Landwirtschaft und Viehzucht angewiesen, die hauptsächlich auf die eigene Versorgung ausgerichtet sind und mit primitiven Methoden arbeiten. Die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Produkten bietet im Hinblick auf die Verkehrsverhältnisse erhebliche Schwierigkeiten. Venezuela ist verkehrsmäßig noch kaum erschlossen, wenn auch in den letzten Jahren wesentliche Fortschritte erzielt worden sind. Alle Transporte werden auch heute noch in erster Linie auf Flüssen und über den Maracaibo-See durchgeführt und in zweiter Linie mit Hilfe eines Straßenverkehrsnetzes, das erst in den letzten Jahren vor dem zweiten Weltkrieg entwickelt wurde. Mit Ausnahme der kleinen industriellen Linien für Gruben, Ölfelder und Plantagen gibt es in Venezuela nur etwa 700 Eisenbahnmeilen für den öffentlichen Verkehr.

Die wichtigsten Erzeugnisse der Landwirtschaft sind Kaffee, Kakao, Zucker, Baumwolle, Mais, Tabak, Reis und Tonkabohnen, während in den kühleren Gebieten noch Getreide und Kartoffeln angebaut werden. Nur in Kaffee und Kakao erfolgen Exporte. Der inländische Bedarf in allen anderen Produkten muß durch Einfuhren ergänzt werden. In Venezuela sind rund 220 000 ha mit 556 Mill. Kaffeebüschen bepflanzt, die im abgelaufenen Erntejahr rund 750 000 Sack Kaffee erbrachten gegen 940 000 Sack im Durchschnitt der Jahre 1935/40. Der Export von 579 000 Sack im Jahre 1945/46 ging zu 93% nach den Vereinigten Staaten. Der Kakao-Export, der vor dem Kriege zum großen Teil nach Deutschland gerichtet war, geht zur Zeit gleichfalls vorwiegend nach den Vereinigten Staaten. Die Kakao-Ausfuhr belief sich 1946 auf 35,3 Mill. lb. An der Weltkakaoernte war Venezuela in den letzten Jahren mit 2 bis 3% beteiligt.

Unter den Textilfasern ist der Baumwollanbau von einiger Bedeutung. In den letzten Jahren stieg die Ernte auf jährlich 11 000 Ballen an gegen 18 000 vor dem Kriege. Die gesamte Baumwollenernte wird von der heimischen Textilindustrie verarbeitet. Von viehwirtschaftlichen Erzeugnissen werden Häute exportiert. Es wurden im Jahre 1946 150 000 Rinder- und 800 000 bis 900 000

Ziegenhäute ausgeführt. Obwohl mehr als die Hälfte der Fläche des Landes noch mit Wäldern bedeckt ist, blieb die Holzzerzeugung infolge der hohen Transportkosten, aus Mangel an Arbeitskräften und infolge technischer Schwierigkeiten bisher gering. Ein belangreicher Aufsahtartikel ist Balata, die Milch des Balata-Baums, die als Ersatz für Guttapercha dient.

Die Erdölgewinnung beherrscht heute das gesamte wirtschaftliche Leben in Venezuela; sie hat durch die Nachfrage seit Beginn des letzten Krieges einen weiteren Aufschwung genommen. Insgesamt sind zwölf Unternehmungen in der Erdölförderung in Venezuela tätig, doch entfällt der Hauptteil der Produktion auf vier große Gesellschaften. Nur 10% der gesamten Erdölproduktion werden in einheimischen Raffinerien verarbeitet. Der Hauptteil wird als Rohöl exportiert. (Die ersten Rohöllieferungen nach dem Kriege aus dem Ausland für die Westzone kamen im Herbst vorigen Jahres aus Venezuela). Vier Fünftel des Rohöls aus Venezuela gehen zur weiteren Verarbeitung nach den niederländischen Antillen, insbesondere nach Curacao. Die Regierung von Venezuela ist daran interessiert, daß die Veredelungskapazität innerhalb des Landes angesetzt wird. Schon vor Jahren wurden mit den Öl-Konzernen Vereinbarungen getroffen, durch die diese verpflichtet wurden, die Leistungsfähigkeit der Raffinerien in Venezuela zu vergrößern. Durch den Krieg konnten diese Pläne zunächst nicht verwirklicht werden. Von der Regierung sind nun erneut Pläne bekanntgemacht worden, nach denen die Veredelungskapazität, die gegenwärtig 85 500 Füll

Das kanadische Asbest-Monopol

USA Großabnehmer

Die Weltproduktion an Asbest stieg von 351 000 t im Jahre 1931 auf 613 000 t im Jahre 1937 und 785 000 t im Jahre 1946. Über zwei Drittel der Asbest-Weltzerzeugung entfallen auf Kanada. An zweiter Stelle stand vor dem Kriege die Sowjetunion mit einer Jahreserzeugung von rund 100 000 t und an dritter Stelle mit etwa 12% der Weltproduktion Afrika. Der Anteil der übrigen Asbestherzeuger an der Weltproduktion, Italien, Tschechoslowakei, Cypern, Finnland und die Vereinigten Staaten, ist demgegenüber von untergeordneter Bedeutung. Mit ihrem zwei Drittel-Anteil an der Asbest-Weltzerzeugung nimmt Kanada eine überragende Stellung ein, zumal nur ein kleiner Teil der kanadischen Asbestherzeugung im Lande selbst benötigt wird.

Von der Asbestproduktion Kanadas im Jahre 1945 in Höhe von 465 897 t wurden 440 557 t exportiert. Hauptabnehmer waren allerdings die USA. Erst in weitest Abstand folgten Westeuropa und einige südamerikanische Länder. Kanada verfügt über die größten Asbestvorkommen der Welt, die in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts bei St. Joseph in der Provinz Quebec, bei Thetford und im

heutigen Asbestes entdeckt wurden. Während Kanada den Asbest fast ausschließlich als Rohstoff exportiert, hat sich in den USA eine bedeutende verarbeitende Industrie entwickelt.

Neben kanadischen Lieferungen sind für Europa die Asbest-Exporte aus Afrika von Wichtigkeit. In Afrika wird in Südrhodesien und in der Südafrikanischen Union Asbest gewonnen. Südrhodesien verzeichnet bedeutsame Vorkommen von hochwertigem Faserasbest, der in den letzten Jahren vor dem Kriege infolge seiner durchschnittlich guten Qualität die kanadischen Sorten in Europa zum Teil verdrängt hat. Die Asbest-Vorkommen in der Kap-Kolonie bilden eine Zone von großer Ausdehnung mit nahezu unerschöpflichen Vorräten. Die afrikanischen Asbestproduzenten machen zur Zeit alle Anstrengungen, um ihre Erzeugung zu steigern. Obwohl die Weltproduktion an Asbest gegenwärtig größer ist als vor dem Kriege, besteht ein gewisser Mangel, der durch den großen Nachholbedarf hervorgerufen wurde, nachdem die Vorräte während des Krieges in den meisten Ländern aufgebraucht worden sind. Europa hat im Hinblick auf den Weltmarkt besonders großen Bedarf für Asbest.

Singoli Kraftfahrzeugbedarf
SCHWENNINGEN AM NECKAR

HENKEL
Wächter der Reinlichkeit Hüter der Gesundheit
HENKEL & CO. G.M.B.H. DÜSSELDORF
PERFILWERKE

Im Winter Arctic...
Jetzt Mobiloel AF
...das Autoöl in Friedensqualität
DEUTSCHE VACUUM OEL AKTIENGESELLSCHAFT HAMBURG

Neue Währungssorgen in Ungarn

Großes Defizit bei den Staatsbetrieben — Dreijahresplan mit Hindernissen

Auch Ungarn steht sich einer Reihe von ernsten Wirtschaftsproblemen gegenüber, für die bisher vergeblich eine brauchbare Lösung gesucht wurde. Als vor gut einem Jahr der neue Forint den kranken Pengé ablöste, stellte sich bald heraus, daß auch diese Währungsreform eine neue Inflation nicht ernsthaft aufzuhalten vermochte.

Bei Einführung des Forint errachtete man einen Notenumlauf von 1,1 Milliarden als Höchstgrenze, deren Überschreitung bereits Inflationssorgen mit sich bringen müßte. Heute ist der Notenumlauf bereits auf 2 Mrd. Ft. angewachsen und er befindet sich ständig im Steigen. Auch die Zahl der bei der Nationalbank eingewickelten Wechsel vermehrt sich ständig. Es gibt gegenwärtig in Ungarn drei Gruppen von Betrieben: Die bereits „nationalisierten“, d. h. verstaatlichten, Betriebe der noch in Privathand befindlichen Unternehmungen und die Gruppe der sieben ungarischen Großbanken, die ihrerseits selbst für die „Nationalisierung“ vorgesehen sind. Man beobachtet nun einen starken Abfluß von Geld aus den Betrieben der dritten zu denen der ersten Gruppe. Die Folge davon ist ein ausgesprochener Geldmangel bei den noch nicht „nationalisierten“ Unternehmungen. Es bietet sich also das kuriose Bild, daß inflationistische Erhebungen neben einer ausgesprochenen Knappheit an flüssigem Geld auftreten. Ungewöhnliche Schwierigkeiten bereitet die völlige Uneinheitlichkeit in der Durchführung der Verstaatlichungen. Ungarn leidet auch unter ernstlichen Staatshaushalts-sorgen. Nach außen hin erscheint das Budget mit 4,5 Milliarden Forint ausgeglichen, aber die Verstaatlichungen belasten den Staat ganz außerordentlich. So schlossen die „nationalisierten“ Kohlen-gruben im vergangenen Jahr mit einem Fehlbetrag von 93 Mill. Ft. ab, die Schwerindustrie mit einem solchen von 88 Mill. und die alten Staatsbetriebe sogar mit einem Defizit von 244 Mill. Der Außenhandel mußte mit 27 Mill. Ft. unterstützt werden. Das bedeutet zusammen einen Fehlbetrag von rund 700 Mill. Im Hinblick auf die gegenwärtige Entwicklung muß man mit Sicherheit für das neue Finanzjahr eine wesentliche Erhöhung dieses Fehlbetrages voraussetzen.

Die beträchtlichen Reparations-lieferungen an Sowjetrußland, Ju-

goslawien, Tschechoslowakei bedeuten eine weitere zusätzliche schwere Last für Ungarn. Für diese Lieferungen sind die Preise so niedrig festgesetzt worden, daß die produzierenden Betriebe kaum auf ihre Herstellungskosten kommen. Auch die jüngsten geringfügigen Zugeständnisse in der Preisfrage ändern die Situation nicht grundsätzlich. Darüber hinaus mußte Ungarn umfangreiche Erdöl-lieferungen nach Sowjetrußland auf sich nehmen. Ungarn gehört bekanntlich zu den jüngsten Erdölländern der Erde und mit lebhafter Unterstützung der Hilfe konnten während des Krieges bedeutende Erschließungen vorgenommen werden. Die übersteigerten Lieferungen an die Sowjetunion beanspruchen nun die ungarischen Vorkommen ungenügend und mit großer Sorge beobachtet man bereits Ermüdungserscheinungen bei den wichtigsten Quellen. Zwar vermochte man in Südungarn bei Békás neue Erdölquellen zu erschließen, aber der Raubbau läßt sich damit nicht beheben, will man den Moskauer Forderungen nachkommen.

Auch Ungarn, das unter einer kommunistisch orientierten Regierung steht, führt nach russischem Vorbild einen Dreijahresplan durch, der, wie überall im Südosten, vornehmlich einer kräftigen Intensivierung der Industrieproduktion dient. Das Haupthindernis für die Durchführung des Planes ist nach dem einmütigen Urteil aller wirklichen Sachverständigen der völlige Ausfall Deutschlands als Handelspartner. Bis zum Zusammenbruch war Deutschland u. a. fast ausschließlich der Lieferant von Maschinen für die ungarische Industrie und Landwirtschaft. Heute stehen, wie überall im Südosten, auch in Ungarn Hunderte und Tausende von Maschinen deutscher Herkunft still, weil Deutschland von ungarischen Außenhandel völlig abgeschnitten ist und nicht einmal die nötigsten Ersatzteile zu liefern vermag. Vergeblich sucht man nach einem gangbaren Ausweg aus dieser wirklich schwerwiegenden Kalamität bei englischen Lieferfirmen.

Durch die sehr schlechte Ernte 1947 wurden die im Dreijahresplan vorgesehenen Berechnungen hinsichtlich größerer Lebensmittelaufgaben völlig über den Haufen geworfen. Das Budapest-Planungsamt, ein riesenhafter bürokratischer Apparat für das kleine Land, hatte Investitionen in Höhe von 1,8 Mrd. Ft. zur Steigerung der landwirtschaftlichen

Erzeugung vorgesehen. Inzwischen stellte sich heraus, daß die durch die Dürrekatastrophe entstandenen Verluste allein rund 2 Mrd. Ft. ausmachen, also mehr als die Investitionssumme. Dahey mußten die für produktive Investitionen vorgesehenen Beträge sofort für eine Stützungsaktion flüssig gemacht werden und inzwischen ist der Investitionsbetrag gänzlich „zweckentfremdet“ worden.

Seit der Währungsreform sind die Preise für Industrieerzeugnisse und Konsumgüter um 20—% gestiegen. Diese Entwicklung führt dazu, wenig abzuliefern, am möglichst viel auf dem schwarzen Markt zu verkaufen. Als der Forint kam, waren die Preise auf dem freien Markt etwa doppelt so hoch als die genau festgelegten Preise für die der Ablieferungspflicht

Portugals industrielle Pläne

Nach Äußerungen des portugiesischen Wirtschaftsministers hofft Portugal, durch weitgehende Pläne für die Elektrifizierung des Landes und die Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft eine Einfuhrverringering und Erhöhung des Lebensstandards zu erreichen.

Für die Dämmungsindustrie werden mehr als 500 Mill. Esc. und für die industrielle Wiederausrüstung über 1 Mrd. Esc. zur Verfügung gestellt werden.

Für die gegenwärtig im Bau befindlichen Wasserkraftwerke an den Flüssen Zezere, Cavaldo und Belver, die innerhalb von 3 bis 5 Jahren fertiggestellt werden sollen, wird ein Betrag von 1,5 Mrd. Esc. ausgegeben. Die Werke sollen 1950/51 eine Leistungsfähigkeit von 530 Mill. kWh erreichen. Die Bauarbeiten an den Flüssen Belver und Ocreza werden beschleunigt, so daß dem Lande zwischen 1949 und 1950 weitere 150 000 kWh zur Verfügung stehen werden. Pläne für weitere Wasserkraftwerke an den Flüssen Tavora und Sabor sind fertiggestellt, gegenwärtig werden Vermessungen am Flusse Douro in der Nähe von Carrapateiro durchgeführt. 1949 wird Lissabon einen Teil seines Strombedarfs aus diesen Werken decken. Oporto wird 1951 an diese Elektrizitätsversorgung angeschlossen und bis 1953 soll das System der Elektrizitätsversorgung durch Wasserkraftwerke bis zum Süden des Tagus ausgedehnt werden, und sich über das ganze Land erstrecken.

Hier von wird eine Erhöhung der industriellen und landwirtschaftlichen Kapazität erwartet, durch die sich eine wesentliche Einfuhrverringering bei Fertigwaren ergeben wird. Es werden ferner neue Fabriken für die Herstellung von Nähmaschinen, Schreibmaschinen, Weißblech und Zellulose errichtet. Daneben wird die Ausrüstung von Werken der Kraftfahrzeug-Industrie geplant, schließlich verarbeitet im Norden von Portugal elektrische Schmelzöfen Wolfram für die Herstellung von hochqualifiziertem Stahl. In der chemischen Industrie werden die für die Herstellung von Ammoniumsulfat errichteten Werke

unterliegenden landwirtschaftlichen Produkte. Vergeblich bemüht sich die Regierung diese nur allbekannte Entwicklung zu stoppen, sie erreicht aber nur eine wachsende Mißstimmung gegen das herrschende System bei den Bauern, die in diesem trotz aller Industrialisierungsbemühungen überwiegenden Agrarland von der Regierung nicht einfach ignoriert werden kann.

Russische Einfuhr aus USA gestiegen

Washington. Die russische Einfuhr aus den USA ist im Dezember um 5 Mill. \$ gestiegen und erreichte einen Monatsrekord von 15,4 Mill. \$. Im Jahr 1947 bezog Rußland hauptsächlich Werkzeugmaschinen und elektrische Maschinen sowie Maschinen für den Bergbau und die Oelraffinerien und bezahlte dafür in bar über 100 Mill. \$. Die russische Einfuhr aus den USA belief sich im abgelaufenen Jahr auf insgesamt 149 504 Mill. \$.

Spirituosenausfuhr

Die Spirituosenausfuhr Portugals, die sich während der Kriegsjahre infolge guter Auslandsnachfrage stark ausweiten konnte, ist seit Kriegsende, wie aus nachstehender Tabelle hervorgeht, wieder ein Rückschlag eingetreten:

Ausfuhr	1000 Liter	Mill. Escudos
1938	270	0,7
1940	620	3,4
1941	4 480	29,0
1944	14 520	169,1
1945	2 730	40,3
1946	5 470	81,5
1947	2 920	42,8

Die Steigerung der Auslandsnachfrage in den Kriegsjahren war vor allem auf den Ausfall der Whisky-Produktion in England und den USA zurückzuführen, so daß diese Länder den namentlich für die Versorgung der Truppe erforderlichen Trinkbranntwein aus Portugal bezogen. Um diesen erhöhten Anforderungen gerecht werden zu können, mußten die Produktionsanlagen der portugiesischen Brennereien erheblich erweitert werden. Nach Einstellung der Feindseligkeiten trat tatsächlich der vorausgesehene Rückschlag ein. Immerhin hat sich die Nachfrage im vergangenen Jahr noch immer auf der schufachen Höhe der Vorkriegsausfuhr gehalten.

Die Verkaufspreise haben sich im Exportgeschäft bedeutend erhöht. Vor dem Krieg wurden beim Spirituosenausfuhr durchschnittlich nicht mehr als 2,6 Escudos erzielt, heute dagegen rd. 15 Escudos. Neuerdings hat auf dem inneren portugiesischen Markt ein Preiskampf eingesetzt, der zwangsläufig zu einem Rückgang der Exportpreise führen wird. Außerdem ist mit einer steigenden Konkurrenz der spanischen Spirituosen zu rechnen.

Das neue britisch-dänische Handelsabkommen

Butter und Bacon gegen Kohle und Stahl

Kopenhagen. Das Handelsabkommen zwischen England und Dänemark, auf das sich die Unterhändler der beiden Länder nach langwierigen Verhandlungen geeinigt haben, ist nicht so umfassend ausgefallen, wie beide Partner es beabsichtigt hatten. In der Preisfrage hat England wesentliche Zugeständnisse gemacht. Es zahlt für Butter 321 sh 6 d je Cwt. und für Bacon 245 sh je Cwt. (1 Cwt. = 50,80 kg). Dänemark liefert in diesem Jahr 35 000 bis 40 000 t Butter und ca. 30 000 t Bacon an England, das seinerseits 800 000 bis 900 000 t Kohlen und 50 000 bis 60 000 t Stahl nach Dänemark ausführt. Der Export von Eiern wird gemäß dem im November vergangenen Jahres getroffenen Abkommen geregelt, das eine Lieferung von 85 Prozent der für den Export bestimmten dänischen Überschüßmengen zum Preis von 3,64 Kr. pro 18 700 t Eier nach Großbritannien vorsieht. Die nunmehr festgesetzten Preise sind wesentlich höher als die bisher von Großbritannien an Dänemark bezahlten. Der Preis für Butter ist ungefähr um 33 Prozent, für Speck um 40 Prozent und für Eier um 48 Prozent höher.

In einer Pressekonferenz in London unterstrich der Leiter der dänischen Delegation, Generalkonsul Vestbirk, daß Dänemark das zur Zeit günstigste Ergebnis erzielt habe, wenn man Englands schwierige wirtschaftliche Lage in Betracht ziehe. Dänemark habe einen absolut fairen Anteil des stark eingeschränkten englischen Kohlenexports bekommen.

Dänischerseits legt man großes Gewicht darauf, daß die dänischen Landwirte jetzt für ihre Waren einen Preis erhalten, der ihre Produktionskosten zu decken vermag, womit ein Schritt in der Richtung auf die Rückkehr zu einem normalen britisch-dänischen Handelsver-

kehr getan sein. Für die Oktober-Verhandlungen rechnet man mit einer vermutlich veränderten Lage.

Die Kopenhagener Zeitung „Politiken“ schreibt zum Abschluß des neuen Handelsabkommens: „Das Ergebnis ist nicht groß und vom dänischen Standpunkt aus nicht sonderlich befriedigend. Aber wir wissen nun, woran wir sind. Die gewünschte Dollarunterstützung von seitens Englands haben wir leider nicht erreicht. In England bestreitet gewiss niemand, daß eine Dollarunterstützung an Dänemark zu einer Steigerung der dänischen Produktion führen und dadurch auch den englischen Verbrauchern zum Vorteil gereichen könnte. Aber das Argument Englands dafür, daß es keine Dollars an Dänemark geben kann, ist ganz einfach das, daß es keine Dollars hat. Die Dollars, die England aus nicht verschaffen kann, müssen wir durch Export nach anderen Ländern zu verdienen suchen; das bedeutet, daß wir über einen Teil der Produktion verfügen müssen, die wir sonst gerne nach England gesandt hätten.“

Der politische Korrespondent der „Financial Times“ äußert in einer Betrachtung des Abkommens, daß es in Londoner politischen Kreisen Anlaß zu lauter Kritik gegeben habe: „In Bezug auf das Abkommen mit Dänemark, dessen Inhalt über Kopenhagen bekannt wurde, bevor es in London veräußert wurde, kam hier ein Gefühl auf, die Regierung habe zu hohe Preise gezahlt.“ Er fügte hinzu, die diesbezügliche Erklärung im Unterhaus werde nicht die Preise nennen. Man glaube, diese Geheimhaltung sei durch die Angst verursacht, daß Dänemark wie Argentinien weit höhere Preise gezahlt werden, als den Domains für entsprechende Erzeugnisse.

GERADE JETZT IN DER KALTEN JAHRZEIT IST EIN GUTES RECHT AM PLATZ SO VORZUGLICHE WEISSBISCHLICHES GRUNDSTOFFE SIND WIEDER SO FORT IN BESTER QUALITÄT AN DERHADELI-GRÖSSE-VERHANDLER LIEFERBAR VERLANGEN SIE AUSSOFRÜHLICHES ANGEBOT

BROLA-WERK
OTTO BRÖMMER
LAUTENBACH/REINHAL/BADEN

KUTZ Cavalier

BEWÄHRT DURCH 30 JAHRE

DIE KLINKE FÜR HOHE ANSPRÜCHE

ART

Zeitgewinn durch Arbeitsvereinfachung in der Rundfunk-Reparatur-Werkstatt mit den übersichtlichen, zuverlässigen

»Drei-Sparren«-Schaltenschemata
Allgemeine Rundfunk-Technik G. m. b. H.
Bielefeld - Bahnhofstr. 3

Dr. Claus's Kosmetik

DIE MODERNE SCHÖNHEITSPFEGE

Für alle Kreise der Schuhwirtschaft mit der Fachzeitschrift **DER SCHUH** eine wertvolle Quelle zuverlässiger und umfassender Informationen aus der gesamten Schuh- und Lederbranche

Abonnement vierteljährlich RM 7,20 zuzüglich Zustellgebühren durch die Druckerei- und Vertriebsgesellschaft m. b. H. - Berlin W 8, Tauentz. 46/47 oder durch die Post

Heut' ist WENDELINUS-Tag - heut' heißt's **Wendelinus-PULVER**

Befreien wir unsere Haustiere von allem quälenden Ungeziefer durchgreifend - gefahrlos - angenehm einfach

Lieferanten und Kunden werden verbunden durch **STENDER ADRESSEN**

Stender-Adressen vom HILDEBRAND

Abzeichen Plaketten Stocknägel u.ä.

In allen Ausführungen nach Muster oder Zeichnung

Antonia Schütte

Oberschlesisches Zink

Produktion für europäischen Markt verloren

Wie berichtet wird, sollte die polnische Zinkherzeugung im Jahre 1947 nach dem aufgestellten Plan 30 000 t erreichen. Sie betrug in den ersten zehn Monaten 23 000 t, dürfte also etwas unter dem Planziel bleiben. Sie bietet jedoch weit hinter den Erzeugungszahlen zurück, die die polnische Zinkherzeugung zwischen beiden Kriegen als Höchstherzeugung zu verzeichnen hatte.

Die nördlich von Beuthen liegenden Erzkörpern enthalten 15% Zn, 2% Pb und 0,2% Kadmium. In einem geschlossenen Wirtschaftsbereich entwickelte sich der ober-schlesische Zinkbergbau und die Zinkverhüttung vor dem ersten Weltkrieg zufriedenstellend. Der Ausgang des ersten Weltkrieges führte dann zu einer sehr willkürlichen Zerreißung dieses wirtschaftlichen Gebietes. Die neue Grenze zwischen Polen und Deutschland verlief mitten durch das ober-schlesische Industriegebiet. Bei der Grenzziehung waren sämtliche Rohzink- und Rohbleihütten an Polen gefallen und von der Zinkblendegewinnung blieben nur 23 % und von der Bleierzgewinnung nur 29 % deutsch, während 77 % bzw. 71 % an Polen fielen. Auf deutscher Seite blieben dann noch einige Zinkwalzwerke.

Auf polnischer Seite stellte sich sehr bald Zinkermangel ein und auf deutscher Seite fehlten die Zinkhütten. Deutschland war zudem von einem Zinkexportland zu einem Zinkschuldland geworden. Dem Umstand, daß sich die erzführenden Schichten der Bici-Scharley-Grube über die Grenze hinweg auf deutsches Gebiet erstreckten, war es zu verdanken, daß die Giesche-Gesellschaft auf diesen Vorkommen eine neue Grube, die Deutsch-Blei-Scharley-Grube knapp an der polnischen Grenze im Jahre 1925 ausbauen konnte, womit die größte und modernste Zinkerschmelz- und Zinkverhüttungsanlage in Europa erstellt war. Die Giesche-Gesellschaft baute auch eine neue Elektrolyse, jedoch nicht in Oberschlesien, sondern bei Magdeburg, wo sie insofern fruchtig lag, als die ober-schlesischen Erze auf dem Wasserwege herankommen konnten, außerdem aber auch Auslands-erze über Hamburg bezogen werden konnten.

Die wirtschaftlich unsinnige Grenz-ziehung hatte zur Folge, daß nach 1922 die west-schlesischen Walzwerke der „Schless“ im Wege des zollpolitisch vereinbarten Veredelungsverkehrs das in den polnischen Hütten gewonnene Rohzink verarbeiteten, für das die Erze vorher aus West-schlesien, d. h. aus Deutschland geliefert worden waren. Über die Entwicklung der ober-schlesischen Zinkindustrie bis zum Ausbruch

des letzten Krieges gibt die nachstehende Zusammenstellung Auskunft (in 1000 t):

Jahr	Deutschland		Polen	
	Mt.	Verh.	Mt.	Verh.
1913	201,1	232,0	—	—
1918	171,9	197,0	—	—
1920	99,2	71,8	5,0	1
1929	102,0	198,0	149,0	34,9
1932	62,0	137,4	84,4	17,5
1938	194,4	267,4	111,0	25,0

Der polnische Zinküberschuß, teilweise aus von Deutschland gelieferten Erzen erzeugt, wurde nach dem ersten Weltkrieg hauptsächlich von der deutschen Wirtschaft aufgenommen.

Der letzte Krieg brachte eine vorübergehende Wiedervereinigung der ober-schlesischen Zinkindustrie in deutscher Hand, bis beim Zusammenbruch das gesamte ober-schlesische Industriegebiet von Polen in Besitz genommen wurde. Das bedeutet, daß zusammen mit der Demontage der Magdeburger Zinkelektrolyse durch die Sowjetunion Deutschland in der Zinkversorgung heute noch weitaus abhängiger ist, als dies nach dem ersten Weltkrieg der Fall war. Andererseits hat Polen, ziemlich drei Jahre nach dem Krieg, erst wieder eine Zinkherzeugung von etwa 80 000 t im Jahr erreicht. Zweifellos wird sich die polnische Zinkherzeugung auf der Basis der reichen ober-schlesischen Erzkörper in der kommenden Zeit weiter steigern, doch ist dies wahrscheinlich nicht mit einer besseren europäischen Zinkversorgung gleichzusetzen, wie dies zwischen den beiden Weltkriegen noch der Fall war, als der Hauptteil der polnischen Erzeugung vom deutschen Markt aufgenommen wurde. Soweit Polen für die Folge Zinküberschüsse hat, und diese Überschüsse werden bei dem geringen polnischen Verbrauch rasch wachsen, werden sie ihren Weg wohl nach Osten nehmen, denn die sowjetische Wirtschaft hatte vor dem Krieg und während des Krieges knapp das Gleichgewicht in der Zinkversorgung erreicht und der Wiederaufbau und Ausbau der sowjetischen Wirtschaft erfordert steigende Metallmengen. So gesehen bedeutet die letzte Entwicklung zweifellos einen Verlust für die kontinental-europäische Wirtschaft, deren Metallversorgung ohnehin unzulänglich ist.

Hermann Baum

Weltschiffbau auf hohen Touren

Bedenken für die Zukunft

Der Weltschiffbau läuft auf hohen Touren. Die Welthandelsflotte ist allerdings bereits wesentlich größer als vor dem Kriege. Demgegenüber hat der Welthandel aber noch lange nicht sein früheres Volumen wieder. Trotzdem ist der Andrang der Bestellungen auf Neubauten vor allem von seiten der europäischen Länder sehr groß. Lloyds Register verzeichnet Ende September (die Statistiken erscheinen vierteljährlich) den Auftragsbestand von 3,97 gegen 3,57 Mill. BRT im Jahre 1946 und 2,86 Mill. BRT vor Kriegsausbruch Mitte 1939. An der Zunahme der Aufträge sind alle Länder mit Ausnahme der Vereinigten Staaten beteiligt, denen es während des Krieges zu verdanken war, daß die Welthandelsflotte trotz der großen Kriegsverluste mit einer Bestandserhöhung aus den Kriegsjahren hervorgegangen ist. Die Schiffbauindustrie der amerikanischen Privatreedereien war an sich schon immer verhältnismäßig klein. Neuerdings ist ein Schiffbau-Subventionsprogramm in USA aufgestellt worden, um dafür zu sorgen, daß die amerikanische Handelsflotte nicht wieder wie nach dem ersten Weltkrieg allmählich veraltet und der europäischen gegenüber konkurrenzunfähig wird.

Der Boom im europäischen Schiffbau ist dadurch entstanden, daß die europäischen Länder, die die größten Tonnageverluste zu beklagen hatten, den Versuch machen, den Vorkriegsumfang ihrer Handelsflotten wieder zu erreichen. Norwegen will seine Handelsflotte sogar noch darüber hinaus ausbauen. Allerdings zeigen in letzter Zeit die Reeder bereits wieder Zurückhaltung in der Vergebung von Orders, weil die Schiffspreise, die mehr als das Doppelte der Vorkriegsbühne ausmachen, noch immer steigende Tendenz haben und weil viele Werften nicht geneigt (oder nicht in der Lage) sind, zu Festpreisen abzuschließen. Trotz der Rekordbestände an Orders sind infolge geringerer Leistungsintensität der Werften die tatsächlichen Ablieferungen kleiner als vor dem Kriege. Dementsprechend hat sich auch das Wachstum der Welthandelsflotte verringert.

Deutschland, früher zweitgrößtes Schiffbauland der Welt, steht heute unter Schiffsbauverbot, während es vor dem Kriege etwa 17 % der Weltneubauten lieferte, in etwa der gleichen Höhe an den Weltauftragsbeständen beteiligt war und 18 % der Weltstapelläufe stellte. Die deutsche Schiffbaukapazität wurde auf etwa 800 000 BRT im Jahr veranschlagt, ist aber heute auf ein Drittel vermindert. An einen Schiffsexport, der vor dem Kriege eine beachtliche Rolle gespielt hat, ist heute nicht zu denken.

Eines Tages wird die Welt wieder mit Schiffen so gesättigt sein, daß das Tonnage-Angebot die Nachfrage wieder überwiegt, und die Reeder nicht mit so großen Gewinnen rechnen können, wie sie sie gegenwärtig noch erzielen. Die

Neubestellungen werden dann auch sehr zurückgehen. Die Werftkonkurrenz dürfte dann auch wieder größer sein, und die Preise für Neubauten werden unter Druck geraten.

Trotz der gegenwärtigen deutschen Lage spielt die Ausfuhr bei den deutschen Werften doch noch eine Rolle. Es handelt sich dabei freilich nicht um Neubauten, sondern um Schiffsreparaturen für ausländische Reedereien, die in der Exportstatistik nicht gesondert aufgeführt werden, weil sie als Dienstleistungen rechnen. Immerhin sind im ersten Halbjahr 1947 dafür Deviseneinnahmen von rund 4 Mill. Dollar zu verzeichnen. Die geringe Neubautätigkeit der deutschen Werften ist in der Statistik von Lloyds Register nicht enthalten. Sie bezieht sich in erster Linie auf die Fischdampferbauten, von denen neun inzwischen in Arbeit genommen worden

sind. Hierfür sind auch die notwendigen Materialien vorhanden. Für die bewilligten restlichen 25 Stück sind die notwendigen Kontingente bereitgestellt worden, es ist auch eine Liste der Werften aufgestellt, die diese Neubauten erhalten sollen, jedoch stehen die Besteller noch nicht fest. An Neubauten für Küstenfahrzeuge ist noch nichts vergeben worden. Die Materiallage bei den deutschen Werften ist schlecht. Sie beschäftigen sich weitgehend mit „artfremden“ Produktionen, mit Lokomotiv- und anderen Reparaturen.

Eine besondere Rolle im Weltschiffbau spielen die Tankerbauten, von denen gegenwärtig 0,70 Mill. BRT auf den Werften liegen. Die Aufträge haben in den letzten Quartalen ständig zugenommen. Die Hauptbesteller sind Großbritannien mit 0,32 Mill. BRT und Schweden mit 0,10 Mill. BRT.

Italiens Wirtschaft erholt sich

Rekordernte im Gartenbau — Verdoppelte PKW-Produktion

Nach den zuletzt veröffentlichten provisorischen Angaben stellt Italiens Gartenbauproduktion 1947 einen Rekord dar, die sogar die Ernte von 1939 übertrafen hat. Die bisherigen Feststellungen ergeben folgende Bewertungen:

Erntemenge	Wert
Frischobst 2 250 000 t	206 Mill. \$
Süßfrüchte 680 000 t	70 Mill. \$
Trockenobst 350 000 t	60 Mill. \$
Gemüse 5 600 000 t	350 Mill. \$
8 880 000 t	686 Mill. \$

Die italienische Roheisen- und Rohstahlerzeugung erreichte 1947 mit 320 000 t Roheisen und 1,7 Mill. t Rohstahl 36% und 73% des Durchschnitts der drei letzten Vorkriegsjahre. Infolge Zerstörung von 3 großen Hochofen und Abtretung eines Ofens an Jugoslawien liegt die italienische Eisenerzeugung weit unter dem inländischen Bedarf. Für 1948 ist die Inbetriebnahme eines Bagnoli-Ofens für 80 000 t/Jahr in Aussicht genommen. Zusammen mit einer Einfuhr von weiteren 300 000 t, wie sie im Marshall-Plan vorgesehen ist, könnte Italien seinen Roheisenbedarf 1948 decken. Die Stahlproduktion kann mit den gegenwärtigen Anlagen ohne weiteres auf 2 Mill. t gebracht werden, was etwa dem Bedarf der sich langsam ausweitenden italienischen Industrieproduktion entspricht. Wichtig für die Eisen- und Stahlproduktion ist die ausreichende Versorgung mit Kohle und Schrott. Man rechnet damit, daß bis zum Sommer 1948 die Stahlproduktion soweit fortgeschritten sein wird, um Italien sogar die Ausfuhr kleinerer Stahlmengen zu erlauben.

Die Kohlenzufuhren in den italienischen Häfen haben in den letzten Wochen nachgelassen. Gleichwohl decken

heimische Erzeugung, Vorräte und laufende Einfuhren den Monatsbedarf der Staatsbahnen, der Kokerereien, der Gasanstalten, der Dampfkraftwerke und lassen eine genügende Menge für die Industrie. Für März wurde vom Kohlenausschuß des italienischen Handel- und Industrieministeriums ein Einfuhrprogramm aufgestellt, das den Bezug von 600 000 t aus den USA und von 160 000 t Ruhrkohle vorsieht.

Kraftfahrzeuge

Die Gesamtproduktion an Kraftfahrzeugen in Italien belief sich 1947 auf 43 223 Stück gegen 28 983 Stück 1946. Diese Gesamtproduktion verteilt sich wie folgt:

	1947	1946
PKW	24 862	10 989
Lieferwagen	6 678	5 942
LKW	9 385	10 640
Autobusse	2 298	1 412
LKW-Anhänger	7 214	7 445
Traktoren	2 675	1 894
Elektrofahrzeuge	673	667
davon:		
Oberleitungsomnibusse	71	16

Außer den für vorstehende Fahrzeuge benötigten Karosserien gibt die Statistik noch eine Herstellung von 6134 Karosserien für 1947 gegenüber 3437 im Jahre 1946 an.

Die Ersatzteilerstellung ist von 6431 t 1946 auf 9176 t 1947 gestiegen.

Auf Grund der Devisenlage gestalten sich die Exporterlöse bei der Motorfahrzeugausfuhr immer schwieriger. Auf dem Schweizer Markt erzielt ein italienisches Motorrad von 250 ccm 1420 Schw. Fr., ein 500-ccm-Motorrad 2500 Schw. Fr. Die britischen Preise liegen 30% unter den italienischen.

Glasindustrie

Die italienische Glasindustrie hat die monatliche Durchschnittsproduktion von 800 000 m² auf 1 000 000 m² erhöht. Wenn auch der Bedarf des Inlandmarktes gegenüber dem Vorjahr nicht mehr so dringlich ist, ist es infolge der verbesserten Versorgungslage mit Soda und Steinkohle möglich, den Inlandsbedarf zu decken und noch nach dem Auslande zu liefern, wo trotz der erwachenden belgischen und tschechoslowakischen Konkurrenz das italienische Glas weiter begehrt ist.

Strumpf-Garantiezeugnis

Das „Consorzio Calivici Cotton“ mit Sitz in Mailand (Via Monte di Pietà 24) hat für Exportwaren ein Garantiezeugnis

Kuba

Infolge Abzugschwierigkeiten seiner Tabake und Tabakerzeugnisse beabsichtigt Kuba eine Kürzung der Tabakproduktion um die Hälfte, u. zw. von 45 300 t auf 22 600 t. Dennoch wird diese Kürzung vielfach noch als unzureichend betrachtet, da die USA-Zigarrenfabriken, die Hauptabnehmer für Kuba-Tabake, noch über Lagerbestände für einige Jahre verfügen, und auch die Rohabaklager in Kuba selbst übermäßig groß sind. Die Produktion der hochwertigen, handgefertigten Zigarren wird ebenfalls gesenkt werden, weil Europa diese teure Ware nicht kaufen kann, vor allem macht sich der Ausfall des englischen Marktes äußerst fühlbar. Um wieder auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu werden, beabsichtigt man die kubanische Zigarrenindustrie zu mechanisieren.

Griechenland

Die griechische Tabakproduktion, die den Hauptposten der Ausfuhr des Landes stellt, befindet sich in einer schweren Krise. Während der Preis der anderen Waren ungefähr auf das 250-fache gestiegen ist, stellt die Steigerung des Tabakpreises seit Kriegsende nur etwa das 100- bis 150-fache dar. Vor allem ist der Ausfall des deutschen

Kastrup gewinnt

Skandinavischer Luft-Trust

Die drei skandinavischen Luftfahrtgesellschaften, die schwedische ABASILA, die norwegische DNL und die dänische DDL fliegen nach einem kürzlich von ihnen getroffenen Abkommen in Zukunft unter Ausnutzung alles zur Verfügung stehenden Materials nach einem gemeinsamen Verkehrsplan. Der so geschaffene Trust repräsentiert eine Kapitalinvestierung von nahezu 200 Mill. dkr. in einer Gesamtflotte von fast 100 modernen Verkehrsflugzeugen. In der SAS — Scandinavian Airlines System — werden die bisherigen schwedischen, dänischen und norwegischen Luftfahrtbureaus vereinigt, und die Konkurrenz der drei Gesellschaften auf zahlreichen Parallelrouten in Europa hört damit auf. Das gesamte skandinavische Frachtflugwesen wird gleichzeitig in einer Hauptzentrale in Oslo koordiniert. Die norwegische Hauptstadt ist als Zentrale gewählt worden, um das Verbindungsnetz benutzen zu können, über das die norwegischen Schiffsmakler verfügen. Der größte Teil der Frachtflotte — 13—14 Flugzeuge — wird dagegen aus praktischen Gründen im Lufthafen Kastrup-Kopenhagen stationiert werden.

Für die dänische Luftfahrt führt der Zusammenschluß zu der Konsequenz, daß der Luftverkehr über den Lufthafen Kastrup wesentlich erweitert werden wird, da die Flüge auf den bestehenden Routen intensiviert werden, neue Routen hinzukommen und eine Reihe von Haupttrunkon der drei Gesellschaften ihren Ausgangspunkt in Kopenhagen bekommen. Von dem gesamten Luftverkehr werden Dreieckslinien auf Schweden, je zwei Stiebel auf Dänemark und Schweden entfallen.

Eine Voraussetzung der Zentralisierung des skandinavischen Luftverkehrs in Kastrup-Kopenhagen ist, daß dieser Hafen der Aufgabe technisch gewachsen ist. Dazu ist eine wesentliche Beschleunigung der im Gange befindlichen technischen Erweiterungen des Hafens Kastrup notwendig. Gelöst sie, so wird Dänemark damit die Möglichkeit beträchtlicher Deviseneinnahmen erschlossen.

geschaffen. Das Konsortium, dem 76 Firmen angehören und das 99% der italienischen Strumpfwirkereien Cotton repräsentiert, wird über Antrag und genauer Prüfung der zu exportierenden Waren ein Garantiezeugnis ausstellen, das bestätigt, daß die Ware qualitätsmäßig und in der Sortierung fakturreng ist.

Nach den getätigten Abshlüssen werden im März 1948 t indische Roh-Jute in Italien erwartet.

Triest

In Triest ist ein erhebliches Ansteigen des privaten Handelsverkehrs festzustellen. Hauptanteil an diesem hatten die Importe und Exporte der Tschechoslowakei, die Holz, Papier und Maschinen ausführt und Öle, Mandeln, Getreide, Baumwolle sowie Phosphate einführt. Besondere Tarifabkommen mit Österreich und der Tschechoslowakei haben kürzlich Gültigkeit erlangt. Im Zuge dieser Abkommen wurde auch die Zahl der Transitbahnhöfe sowie der Warenkategorien erweitert, wobei besonders den österreichischen Wünschen bezüglich des Warentransits von Triest über Postumia und Pledicelle durch jugoslawisches Gebiet Rechnung getragen wurde. Da Jugoslawien und Ungarn diesen Abmachungen beitreten, wird angenommen, daß die Entwicklung des Triester Umschlagverkehrs von seiten dieser Staaten keine besondere Behinderung erfahren wird. — Mit Besorgnis wird jedoch die Entwicklung des polnischen Seeverkehrs besonders über den Hafen Stettin beobachtet (Transit für Erz aus Schweden und Kaffee nach der Tschechoslowakei).

Internationale Tabakkrise

Marktes nicht so leicht zu ersetzen, man hofft aber, daß das Tabakgeschäft mit Deutschland bald wieder größeren Umfang annehmen wird. Auffallend ist die starke Steigerung der Tabakausfuhr nach England, das wegen seiner Dollarknappheit gezwungen ist, griechische Tabake zu kaufen. Im einzelnen gestaltete sich die griechische Tabakausfuhr in den letzten Jahren wie folgt:

Ausfuhr (in t) nach	1939	1946	1947
Deutschland	29 416	—	—
Vereinigte Staaten	8 951	8 336	5 162
Österreich	3 683	1 511	540
Holland-Belgien	2 252	324	565
Italien	1 874	—	2 507
Frankreich	1 671	1	5 07
Finnland	382	77	1 125
Tschechoslowakei	331	330	1 305
England	96	834	4 305
Anderes Länder	1 439	1 503	1 023
Gesamtausfuhr	50 097	12 916	17 038

Italien

Die italienische Tabakerzeugung erreichte 1947 rund 63 000 t und überstieg damit die Vorkriegserzeugung um etwa die Hälfte. Da der inneritalienische Jahresverbrauch mit 45 000 t angegeben wird, ergibt sich aus der Vorjahresernte ein Überschuß von 18 000 t, der zu Rücklagen und zum Export zur Verfügung steht.

Das Nickel von Celebes

Wiederaufleben der Ausbeutungspläne

Wie berichtet wird, hat der Finanzminister von Ost-Indonesien Pläne für die Errichtung eines neuen Nickelkonzerns in Südost-Celebes bekanntgegeben, an dem sich amerikanisches Kapital über die Freeport Sulphur Co. und die American Smelting and Refining Co. beteiligen will.

Diese Meldung ist insofern sehr interessant, als sich diese beiden amerikanischen Gesellschaften bisher nicht im Nickelgeschäft betätigt haben, und man außerdem annehmen kann, daß nach dem Fortfall des Rüstungsbedarfs kein Nickelmangel in der Welt herrscht. Die kanadische Nickelherzeugung, die 1944 die Rekordmenge von 137 700 t erreicht hatte und 1945 immer noch 122 561 t betrug, ist 1946 auf 95 400 t gefallen. Sie hat sich in der letzten Zeit aber wieder erholt, erreichte jedoch in den ersten fünf Monaten 1947 auch nur 48 216 t. Ein Nickelmangel herrscht international sicher nicht, Nickel gehört aber in den USA zu den „strategisch kritischen Rohstoffen“, was das Interesse der Amerikaner an den Vorkommen auf Celebes erklären mag.

Pläne für die Ausbeutung der Mineralvorkommen von Celebes bestanden schon vor dem Krieg. Im Lalona-Bereich bei den großen Seen von Mittelcelebes liegen Erzvorkommen mit etwa 400 Mill. t Reserven, die durchschnittlich 48% Eisen, 1,3% Chrom und 0,4 bis 1% Nickel enthalten. Der Nickelgehalt steigt vielfach noch erheblich höher. Anfang 1939 wurde aus Den Haag über die Gründung der Bergbau-Gesellschaft Celebes mit einem Aktienkapital von 1 Mill. hfl berichtet. Zu den Gründern gehörten die Bergbaugesellschaft Stannum und das Syndikat für Brennstoffveredlung Bricebo. Diese Gesellschaften sind Tochterunternehmen des bekannten niederländisch-ostindischen Konzerns Billiton. Als Gesellschaftszweck wurde die Aufschließung der Erzvorkommen auf der Insel Celebes, die Erschließung und Verarbeitung der Erze angegeben unter besonderer Berücksichtigung von Eisen, Nickel, Kobalt, Chrom und Man-

gan. Die Vorkommen auf Celebes werden nach vorläufigen Schätzungen mit einem Nickelinhalt von mindestens 15 000 t angegeben. Anfang 1940 hatte die holländische Erste Kammer den Vertrag zwischen der Bergbau-Gesellschaft Celebes und der niederländisch-indischen Regierung genehmigt, so daß die Erzausbeute in großem Umfang aufgenommen werden konnte. Die Erzablagerungen liegen dicht unter der Oberfläche und können im Tagebau ausgebeutet werden. Der Abbau erfordert als keine kostspieligen und zeitraubenden Vorarbeiten. Ursprünglich war beabsichtigt, das auf Celebes gewonnene Erz an Ort und Stelle zu verschmelzen. Die Kosten für die Erstellung der notwendigen Anlagen wurden auf mehrere Mill. Golden veranschlagt. Auch deutsche Interessen waren damals an den Plänen zur Ausbeutung der Nickelvorkommen beteiligt. Die Oost Borneo Mij., die mit den deutschen Interessenten (Krupp) zusammenarbeitete, und die übrigen auch zum Konzern der Billiton gehört, beabsichtigte, ihre Beteiligung zusammen mit den deutschen Interessen an der Miryngbouw Mij. Boni-Tolo um je 1 Mill. hfl zu erhöhen. Der Ausbruch des Krieges hat dann den Bau der Nickelverschmelzen verhindert. Immerhin hatte Deutschland im Jahre 1938 erstmalig 16 571 t Nickel aus Niederländisch-Ostindien eingeführt, das wahrscheinlich aus den Vorkommen auf Celebes stammte.

Japan, das vor dem Krieg sein Augenmerk besonders auf das neukaledonische Nickelkonzentrat gerichtet hatte, und das 1938 bereits 32 495 t neukaledonischen Erzes importierte, hat im Krieg natürlich gehofft, in den Besitz der Erzvorkommen von Celebes zu gelangen. Jetzt sind also die Pläne, das Nickel von Celebes auszubenten, wieder aufgelebt. Diesmal ist es amerikanisches Kapital, das hinter diesen Plänen steht. Die politische Lage in Niederländisch-Ostindien ist noch vollständig ungeklärt, doch scheint man in den USA die Investierung von Kapitalien als nicht mit einem zu großen Risiko belastet anzusehen. H. B.

Vertrauen
ist der erste Schritt zur Gesundheit

BAYER
ARZNEIMITTEL

HAKÜTOL
Schutz-Anstriche
in schwarz und farblos
für
DACHPAPPE
MAUERWERK
METALL
HOLZ
SILOS

HARRIS & KÜHNENS KG.
OBERKIRCHEN

Goldemann
Juwelen
Kleinfunden
Modelle

HAMBURG
COLONNADEN 19
RUF. 3523 22 | 3523 28

AUSKUNFTEI KASENZER KG.
Internationale Handels-Auskunftei
Informationsbüro in- u. ausländ. Auskunfteien

(KASENZER'S WORLD SERVICE)
Handels-, Spex., Priv. Auskünfte
Inkasso, Verleihen-Vermittlung
Jahreshefte umfassende Archive

STUTTGART-W, Relebehörsstraße 64, Ruf. 689 38

JEDERMANN HILFT JEDERMANN

Jedermann
WAARENGESELLSCHAFT M. B. H.
Die große Warenverkaufs- und Verkaufsorganisation für jedermann (wertbehaftetes Stammkapital 1/2 Million RM) wehlt sich dem Grundsatze JEDERMANN HILFT JEDERMANN sicher nicht, Nickel gehört aber in den USA zu den „strategisch kritischen Rohstoffen“, was das Interesse der Amerikaner an den Vorkommen auf Celebes erklären mag.

Pläne für die Ausbeutung der Mineralvorkommen von Celebes bestanden schon vor dem Krieg. Im Lalona-Bereich bei den großen Seen von Mittelcelebes liegen Erzvorkommen mit etwa 400 Mill. t Reserven, die durchschnittlich 48% Eisen, 1,3% Chrom und 0,4 bis 1% Nickel enthalten. Der Nickelgehalt steigt vielfach noch erheblich höher. Anfang 1939 wurde aus Den Haag über die Gründung der Bergbau-Gesellschaft Celebes mit einem Aktienkapital von 1 Mill. hfl berichtet. Zu den Gründern gehörten die Bergbaugesellschaft Stannum und das Syndikat für Brennstoffveredlung Bricebo. Diese Gesellschaften sind Tochterunternehmen des bekannten niederländisch-ostindischen Konzerns Billiton. Als Gesellschaftszweck wurde die Aufschließung der Erzvorkommen auf der Insel Celebes, die Erschließung und Verarbeitung der Erze angegeben unter besonderer Berücksichtigung von Eisen, Nickel, Kobalt, Chrom und Man-

Zechmeyer
Prüfmarken
Aktionen

Nürnberg 2. u. 3. April

Laufende Annahme von Einlieferungen, Schlußtag jeweils 8 Wochen vor Versteigerungsbeginn. Regelmäßig Versteigerungskalender Katalog nur bei anstehendem Interesse anfordern. Im Briefmarken-Fachgeschäft, Aukauf, Verkauf und Beratung, Wolf Zechmeyer, behördl. zugel. Briefmarken-Versteigerer, Schützler, Nürnberg, Theatergasse 15.

Zechmeyer
Bekanntes seit drei Generationen

WIRTSCHAFTSREVUE
STEUER

Industrie-Subventionen in der Ostzone

Steigender Zuschußbedarf der Betriebe

Personallen

- Dr. Ing. Alfred Berr, ord. Prof. für Tiefbau an der Technischen Hochschule Aachen, ist im Alter von 88 Jahren gestorben.
Ernst Hilmes, ord. Prof. für Bergbau- und Aufbereitungskunde an der Technischen Hochschule Aachen, ist im Alter von 81 Jahren gestorben.
Dr. Ing. Hermann Bohn, ord. Prof. der Dampfmaschinen, Lüftung und Heizung an der Technischen Hochschule Aachen, ist im Alter von 83 Jahren gestorben.
Dr. Ing. Oskar Domsch, ord. Prof. für Baustatik und Massivbau an der Technischen Hochschule Aachen, ist im Alter von 81 Jahren gestorben.
Dr. Ing. Wilhelm Fischer, Dozent für Elektrowärme an der Technischen Hochschule Aachen, ist im Alter von 81 Jahren gestorben.
Dr. Ing. Hayo Folkerts, außerord. Prof. für Bergwerksmaschinen und Fabrikorganisation an der Technischen Hochschule Aachen, ist im Alter von 75 Jahren gestorben.
Dr. Wilhelm Gemünd, außerord. Prof. für soziale Hygiene an der Technischen Hochschule Aachen, ist im Alter von 71 Jahren gestorben.
Dr. Richard Grün, Honorarprof. für hydraulische Bindemittel und Beton an der Technischen Hochschule Aachen, ist im Alter von 71 Jahren gestorben.
Dr. Hans Käppe, ord. Prof. f. Nationalökonomie und Finanzwissenschaft an der Universität in Köln, ist im Alter von 85 Jahren gestorben.
Dr. Jar. Ludwig Schaefer, Senator und Oberfinanzpräsident a. D., Honorarprof. für Steuerrecht an der Universität Hamburg, ist im Alter von 83 Jahren gestorben.
Dr. Ing. August Schwesmann, ord. Prof. für Bergbau an der Technischen Hochschule Aachen, ist im Alter von 83 Jahren gestorben.
Dr. Heinrich Sievekling, ord. Prof. für Volkswirtschaftslehre an der Universität in Hamburg, ist im Alter von 74 Jahren gestorben.
Dr. Ing. Albert Sulfranz, Prof. für Wirtschaftschemie an der Technischen Hochschule Aachen, ist im Alter von 53 Jahren gestorben.
Dr. Gustav Wahl, Honorarprof. für Buch- und Bibliothekswesen an der Universität Hamburg, ist im Alter von 66 Jahren gestorben.
Bei der Rheinische Wormser Lagerhaus und Speditionen-A.G. in Worms sind die Direktoren Heinrich Lauer, Mannheim, und Willi Neureuther, in Worms zu Vorstandsmitgliedern bestellt worden. Die Direktoren Josef Hüffer und Max Fricke sind als Vorstandsmitglieder ausgeschieden.
Direktor Martin Binhammer, Basel, bisher Geschäftsführer der Buntweber Solz GmbH, in Sulz (Amtsgericht Horb a. N.), ist gestorben.
Direktor Paul Zander, Vorstandsmitglied der Heffischen Kunstmühle A.G., Worms, ist gestorben.
Dem AB der Kammgarn-Spinnerei 'Düsseldorfer' gehören an: Ernst Neil, Vorsitzender, Düsseldorf; Dr. Heinrich W. K. stellv. Vorsitzender, Düsseldorf; Dr. Hubert Claassen, Neuß; Fritz Reeber, Berlin; Eduard R. Irmer, Amsterdam, Mitglieder des Vorstandes sind: Direktor Adolf Cramer, als Vorsitzender; Viktor Herbeck, Dipl. Ing. Heinz Martin von Zeppelin, als stellvertretende Vorstandsmitglieder.

Der Minister der Finanzen von Rheinland-Pfalz hat durch eine Verfügung vom 25. 9. 1947 bekanntgegeben, daß eine Aufhebung von Steuerbefreiungen mit Ersatzforderungen aus Requisitionen nicht erfolgen darf.
Mit Erlass vom 1. 1. 1948 - I/S - 205 200 - hat der Niedersächsische Minister der Finanzen bekanntgegeben, daß Reisekosten, Tagelöhne, Trennungsentscheidungen und ähnliche Vergütungen an Beamte und Angestellte der öffentlichen Verwaltung, die der Sperre nach dem Gesetz Nr. 52 unterliegen, nur bis zu einem Höchstbetrage von RM 200,- je Monat genehmigungsfrei in bar ausbezahlt werden dürfen. Darüber hinausgehende Vergütungen der genannten Art müssen jeweils dem gesperrten Konto zugeführt werden, auf das das Arbeitsinkommen des Vermögensbesitzer unterliegenden Beamten oder Angestellten überwiesen wird.

Subventionen sind ein Mittel der staatlichen bzw. länderspezifischen Finanzplanung um Betriebe lebensfähig zu erhalten, deren Waren eine Preis- oder Wertschöpfungs- oder wirtschaftspolitisch nicht vertragen. Welche Subventionen werden in der Ostzone an die Industrie gegeben?
In der noch nicht wieder in geordnete Bahnen zurückgekehrten Nachkriegswirtschaft Deutschlands wird die Frage der Kosten zu einer ständigen Gefahr für die Preispolitik, da sie entweder immer weitere Preiserhöhungen oder aber laufend staatliche Subventionen erfordert. Die in den Befehlen der Sowjetischen Militäradministration Deutschlands Nr. 8 vom 28. 8. 1946 und Nr. 42 vom 26. 3. 1946 festgelegten Richtlinien, nach denen die Preise die Sätze vom Jahre 1944 nicht überschreiten dürfen (im Zweifelsfall gilt als Stichtag der 31. 12. 1946), bilden an sich schon ein Instrument der Finanzwirtschaft, das außerordentliche Einwirkungsmöglichkeiten auf die Wirtschaft besitzt. Die jetzige Preispolitik steht allerdings in einem merkwürdigen Gegensatz zur Steuerpolitik; da Preise erst dann erhöht werden, wenn der Steuerbetrag um ein Vielfaches über dem Preis liegt, wenn eine Preisänderung auf warentechnischer Basis errechnet wird, werden durch die steigenden Unkosten bei fehlender Gewinnspanne abzuführende Einkommen-, Körperschafts- und Gewerbesteueren so wie später auch Vermögenssteuer verringert bzw. illusorisch. Diese hauptsächlichlichen Staatsentlastungen kommen in Wegfall, da sich bei ständigem Verlustabschluß ohne Subventionierung das betriebliche Vermögen vermindert. Diese Gefahr wird allgemein erkannt, ihr kann aber nur zum Teil begegnet werden. Der kleine und schwache Finanzapparat der Ostzone wird durch den Subventions-Ansturm der Betriebe schwerstens belastet. Preisänderungen werden von der SMAD in Karlsruhe nur in ganz geringem Umfang genehmigt. In vielen Fällen werden nur Firmen berücksichtigt, die als sowjetische Aktiengesellschaften in russischen Staatsbesitz sind. Durch diese administrative Wirtschaftspolitik wird erreicht, daß die laufende Produktion für Rechnung der sowjetischen Reparationen entnommenen Waren nur zum niedrigsten Satz, einem sogenannten Anrechnungssatz, dessen Vorhandensein noch nie amtlich bestätigt wurde und dessen Höhe wohl immer unbekannt blieb, wird, gutgeschrieben werden. Da die Reparationen nur aus Warenlieferungen bestehen, werden aus den von den Russen geforderten 13 Milliarden Dollar bei zugrunde gelegtem 1944 Reichsmark-Preis mindestens 16 bis 18 Milliarden Dollar der heutigen Reichsmark-Veranschlagung. Die Deckung des Mehrbedarfs trägt auf dem Wege über die durch Steuern aufzubringenden Subventionen das werktätige Volk.

Die zur Ausschüttung vorgesehenen Subventionen müßten allerdings im Laufe des Wirtschaftsjahres sehr stark gekürzt werden, z. B. in Thüringen auf 40% und in Brandenburg auf 20% der angestrebten Summen. Der Grund dafür war neben den fehlenden erhöhten Abführungssätzen für den Besatzungskosten-Sonderfonds der Zentral-Finanzverwaltung die verringerte Aufkommen an Steuern, das z. B. bei der Körperschaftsteuer nur 40% und bei der Vermögenssteuer nur 20% der veranschlagten Beträge erbrachte. Darüber hinaus müßten 60 Mill. RM veranschlagter Gewinn der landeseigenen Betriebe gestrichen werden, da die Jahresabschlüsse nur in Sachsen ein Plus von 4,8 Mill. RM ergaben.

Die Verteilung der noch verfügbaren Subventionen erfolgte so, daß die landeseigenen Betriebe ca. 7% erhielten und der Rest der Privatindustrie überlassen wurde. Der Subventionsbedarf für das kommende Haushaltsjahr beträgt nach fundierten Schätzungen (in Mill. RM): für Sachsen-Anhalt 140, Sachsen 78, Thüringen 42, Brandenburg 22, Mecklenburg 18 Mill. RM. Die Erhöhung ergibt sich aus vermehrten Reparations-A-forderungen der Besatzungsmacht und aus dem kalkulatorisch noch ungünstiger werdenden Produktionsbedingungen der Betriebe; so wird bei den Kalk-Schächten ein wesentlich größerer Zuschußbedarf entstehen, da der Gestehungspreis für eine Tonne Kalium-Oxyd sich von 208 RM im Jahre 1947 in diesem Jahre auf ca. 270 RM erhöhen wird. Der Stopp-Preis von 110 RM wird damit um 245% überschritten. Analog dazu besteht für jede Tonne erzeugten Rohleins ein Zuschußverlangen von 40 bis 50 RM in Brandenburg und Mitteldeutschland, das sich bei der thüringischen Maximilianshütte auf 90 RM pro Tonne erhöht. Für die Aufbringung und Verteilung dieser neuen Summen bestehen Reformpläne, die die Bildung eines Subventions-Fonds der Zentral-Finanzverwaltung vorsehen. In diesen Fonds werden Steuerentnahmen aller Länder geleistet und von dort aus sämtliche bewilligten Subventionszahlungen geleistet. Der Vorschlag einer Subventions-Anleihe wurde verworfen, da infolge ihrer Unpopularität keine genügende Zeichnung erwartet wird. Die Verlagerung der Subventionslasten auf breitere Schultern soll durch Umlage entsprechend der Verteilung der Waren auf die Empfänger-Länder erfolgen.

Die in dem noch nicht wieder in geordnete Bahnen zurückgekehrten Nachkriegswirtschaft Deutschlands wird die Frage der Kosten zu einer ständigen Gefahr für die Preispolitik, da sie entweder immer weitere Preiserhöhungen oder aber laufend staatliche Subventionen erfordert. Die in den Befehlen der Sowjetischen Militäradministration Deutschlands Nr. 8 vom 28. 8. 1946 und Nr. 42 vom 26. 3. 1946 festgelegten Richtlinien, nach denen die Preise die Sätze vom Jahre 1944 nicht überschreiten dürfen (im Zweifelsfall gilt als Stichtag der 31. 12. 1946), bilden an sich schon ein Instrument der Finanzwirtschaft, das außerordentliche Einwirkungsmöglichkeiten auf die Wirtschaft besitzt. Die jetzige Preispolitik steht allerdings in einem merkwürdigen Gegensatz zur Steuerpolitik; da Preise erst dann erhöht werden, wenn der Steuerbetrag um ein Vielfaches über dem Preis liegt, wenn eine Preisänderung auf warentechnischer Basis errechnet wird, werden durch die steigenden Unkosten bei fehlender Gewinnspanne abzuführende Einkommen-, Körperschafts- und Gewerbesteueren so wie später auch Vermögenssteuer verringert bzw. illusorisch. Diese hauptsächlichlichen Staatsentlastungen kommen in Wegfall, da sich bei ständigem Verlustabschluß ohne Subventionierung das betriebliche Vermögen vermindert. Diese Gefahr wird allgemein erkannt, ihr kann aber nur zum Teil begegnet werden. Der kleine und schwache Finanzapparat der Ostzone wird durch den Subventions-Ansturm der Betriebe schwerstens belastet. Preisänderungen werden von der SMAD in Karlsruhe nur in ganz geringem Umfang genehmigt. In vielen Fällen werden nur Firmen berücksichtigt, die als sowjetische Aktiengesellschaften in russischen Staatsbesitz sind. Durch diese administrative Wirtschaftspolitik wird erreicht, daß die laufende Produktion für Rechnung der sowjetischen Reparationen entnommenen Waren nur zum niedrigsten Satz, einem sogenannten Anrechnungssatz, dessen Vorhandensein noch nie amtlich bestätigt wurde und dessen Höhe wohl immer unbekannt blieb, wird, gutgeschrieben werden. Da die Reparationen nur aus Warenlieferungen bestehen, werden aus den von den Russen geforderten 13 Milliarden Dollar bei zugrunde gelegtem 1944 Reichsmark-Preis mindestens 16 bis 18 Milliarden Dollar der heutigen Reichsmark-Veranschlagung. Die Deckung des Mehrbedarfs trägt auf dem Wege über die durch Steuern aufzubringenden Subventionen das werktätige Volk.

Die bis zum 31. 12. 1947 befristeten Befreiungen von der Vermögenssteuer und Vergütungsteuerermäßigungen sind nach einer Bekanntmachung des Niedersächsischen Finanzministers vom 13. 12. 1947 bis zum 31. 12. 1948 verlängert worden.

Der Niedersächsische Landtag hat am 17. 1. 1948 ein Gesetz zur Regelung des Finanz- und Lastenausgleichs für das Rechnungsjahr 1947 beschlossen.

Die Finanzstelle hat bei der britischen Militärregierung beantragt, die Regelung der amerikanischen Zone hinsichtlich des § 2 StAV - wonach nur 90%

Die bis zum 31. 12. 1947 befristeten Befreiungen von der Vermögenssteuer und Vergütungsteuerermäßigungen sind nach einer Bekanntmachung des Niedersächsischen Finanzministers vom 13. 12. 1947 bis zum 31. 12. 1948 verlängert worden.

Der Niedersächsische Landtag hat am 17. 1. 1948 ein Gesetz zur Regelung des Finanz- und Lastenausgleichs für das Rechnungsjahr 1947 beschlossen.

Die Finanzstelle hat bei der britischen Militärregierung beantragt, die Regelung der amerikanischen Zone hinsichtlich des § 2 StAV - wonach nur 90%

Die bis zum 31. 12. 1947 befristeten Befreiungen von der Vermögenssteuer und Vergütungsteuerermäßigungen sind nach einer Bekanntmachung des Niedersächsischen Finanzministers vom 13. 12. 1947 bis zum 31. 12. 1948 verlängert worden.

Der Niedersächsische Landtag hat am 17. 1. 1948 ein Gesetz zur Regelung des Finanz- und Lastenausgleichs für das Rechnungsjahr 1947 beschlossen.

Die Finanzstelle hat bei der britischen Militärregierung beantragt, die Regelung der amerikanischen Zone hinsichtlich des § 2 StAV - wonach nur 90%

Die bis zum 31. 12. 1947 befristeten Befreiungen von der Vermögenssteuer und Vergütungsteuerermäßigungen sind nach einer Bekanntmachung des Niedersächsischen Finanzministers vom 13. 12. 1947 bis zum 31. 12. 1948 verlängert worden.

Der Niedersächsische Landtag hat am 17. 1. 1948 ein Gesetz zur Regelung des Finanz- und Lastenausgleichs für das Rechnungsjahr 1947 beschlossen.

Die Finanzstelle hat bei der britischen Militärregierung beantragt, die Regelung der amerikanischen Zone hinsichtlich des § 2 StAV - wonach nur 90%

An unsere Leses!

Infolge der anhaltenden Papierknappheit war es uns bisher nicht möglich, die Steuerfragen mit der Ausführlichkeit zu behandeln, die ihrer gegenwärtigen Bedeutung im Wirtschaftsleben entspricht. Darum hat sich der Verlag entschlossen, alle Steuerfragen unter dieser Rubrik in kürzester Form schlagwortartig zu behandeln. Damit geben wir allen Lesern Hinweise auf die wichtigsten Ereignisse im Steuerwesen und im Steuerrecht. Darüber hinaus werden die nur kurz erwähnten Fragen in einem Beiblatt, das nur an Festbesitzer der 'Wirtschaftsrevue' abgegeben werden kann, in aller Ausführlichkeit und mit wissenschaftlicher Gründlichkeit behandelt. Diese Ausgabe 'D + S' erscheint ab Nr. 10 vom 6. März 1948.

Wer von unseren Festbesitzern Interesse an dieser Ausgabe 'D + S' hat, möge sich bei uns anmelden. Der Zuschlag zum Abonnementpreis beträgt vierteljährlich 6,- RM.

Aus dem Inhalt des vorliegenden Heftes: Fragen des Lastenausgleichs; Grundzüge des Vermögenssteuerrechts; Die Einkommensteuerveranlagung für 1948 in Berlin; Die künftige Gestaltung der Steuerverwaltung; Die Besteuerung des Schwarzhandels; Wiedereinführung der Finanzgerichtsbarkeit in Württemberg-Baden.

der gesamten Personensteuern als Entnahmen im Sinn des § 2 StAV gelten - auch für die britische Zone zuzulassen.

Das Landesamt Rheinland-Pfalz/Nassau hat eine Verfügung erlassen, nach der die außerhalb der französischen Zone wohnhaften Steuerberater und Steuerhelfer ihre Tätigkeit in der französischen Zone nur dann ausüben können, wenn sie a) vor dem 8. 5. 1946 zugelassen waren, b) nach dem 8. 5. 1946 wieder zugelassen worden sind, c) für die französische Zone besonders zugelassen werden.

Die Zulassung in der französischen Zone gilt aber nur hinsichtlich der Steuerpflichtigen, für die die Erlaubnis eigens erteilt wird. Das Finanzamt weist aber besonders darauf hin, daß die Zulassung nur dann aufrechterhalten werden könne, wenn dadurch keine Verzögerung in der Bearbeitung der Steuerfälle als Folge von Paß- und Verkehrshindernissen eintrete.

Nachdem für die kleineren Einkommen die Pauschbeträge für Werbungskosten und Sonderausgaben gemäß KRG Nr. 61 erhöht worden sind, können für erhöhte Werbungskosten und Sonderausgaben nach § 9 LSDB steuerfreie Lohnbeträge nur gewährt werden, wenn nachweisbar, daß die Werbungskosten und Sonderausgaben den Betrag überschreiten, der jeweils nach den Tarifbestimmungen für den Arbeitnehmer in die Lohnsteuer-tabelle eingetragt ist. - Die außergewöhnlichen Belastungen nach § 13 LSDB und die steuerlichen Vergünstigungen für Kriegs- und Zivilbeschädigte werden durch die Neuzugänge des KRG Nr. 61 nicht berührt. - Diese Ausführungen stellen keine amtlichen Erklärungen dar, sondern stammen aus einer Ausarbeitung von Finanzrat von Grötken, Einkommensteuerreferent in der Deutschen Zentral-Steuerverwaltung in Berlin.

Ein Erlass der Zentralfinanzverwaltung vom 31. 10. 1947 bringt eine weitere Verschärfung: Artikel VIII KRG Nr. 13 bedeutet eine endgültige und grundsätzliche Ausschaltung der Kriegsverluste aus der kaufmännischen Gewinnermittlung. (Zunächst hatte die Zentralfinanzverwaltung den Standpunkt vertreten, der Wertausgleichsposten für die Kriegsschäden werde bei endgültiger Regelung der Entscheidungsfragen oder bei der Währungsreform aufgelöst werden.)

Trotz der Erhöhung des Pauschbetrags im KRG Nr. 61 ist für die Berechnung der Lohnsteuer in Bayern auf der Lohnsteuerkarte ein Freibetrag schon insoweit zu vermerken, als der Gesamtbetrag der nachgewiesenen Werbungskosten und Sonderausgaben den Betrag von nominalen RM 20 - übersteigt. Diese FM-Entscheidung vom 21. 1. 1948 ist im Bayerischen Staatsanzeiger 1948 Nr. 3 veröffentlicht worden. - Hinsichtlich der außergewöhnlichen Belastungen wird bekanntlich in Bayern in Abweichung von den anderen

der gesamten Personensteuern als Entnahmen im Sinn des § 2 StAV gelten - auch für die britische Zone zuzulassen.

Das Landesamt Rheinland-Pfalz/Nassau hat eine Verfügung erlassen, nach der die außerhalb der französischen Zone wohnhaften Steuerberater und Steuerhelfer ihre Tätigkeit in der französischen Zone nur dann ausüben können, wenn sie a) vor dem 8. 5. 1946 zugelassen waren, b) nach dem 8. 5. 1946 wieder zugelassen worden sind, c) für die französische Zone besonders zugelassen werden.

Die Zulassung in der französischen Zone gilt aber nur hinsichtlich der Steuerpflichtigen, für die die Erlaubnis eigens erteilt wird. Das Finanzamt weist aber besonders darauf hin, daß die Zulassung nur dann aufrechterhalten werden könne, wenn dadurch keine Verzögerung in der Bearbeitung der Steuerfälle als Folge von Paß- und Verkehrshindernissen eintrete.

Nachdem für die kleineren Einkommen die Pauschbeträge für Werbungskosten und Sonderausgaben gemäß KRG Nr. 61 erhöht worden sind, können für erhöhte Werbungskosten und Sonderausgaben nach § 9 LSDB steuerfreie Lohnbeträge nur gewährt werden, wenn nachweisbar, daß die Werbungskosten und Sonderausgaben den Betrag überschreiten, der jeweils nach den Tarifbestimmungen für den Arbeitnehmer in die Lohnsteuer-tabelle eingetragt ist. - Die außergewöhnlichen Belastungen nach § 13 LSDB und die steuerlichen Vergünstigungen für Kriegs- und Zivilbeschädigte werden durch die Neuzugänge des KRG Nr. 61 nicht berührt. - Diese Ausführungen stellen keine amtlichen Erklärungen dar, sondern stammen aus einer Ausarbeitung von Finanzrat von Grötken, Einkommensteuerreferent in der Deutschen Zentral-Steuerverwaltung in Berlin.

Ein Erlass der Zentralfinanzverwaltung vom 31. 10. 1947 bringt eine weitere Verschärfung: Artikel VIII KRG Nr. 13 bedeutet eine endgültige und grundsätzliche Ausschaltung der Kriegsverluste aus der kaufmännischen Gewinnermittlung. (Zunächst hatte die Zentralfinanzverwaltung den Standpunkt vertreten, der Wertausgleichsposten für die Kriegsschäden werde bei endgültiger Regelung der Entscheidungsfragen oder bei der Währungsreform aufgelöst werden.)

Trotz der Erhöhung des Pauschbetrags im KRG Nr. 61 ist für die Berechnung der Lohnsteuer in Bayern auf der Lohnsteuerkarte ein Freibetrag schon insoweit zu vermerken, als der Gesamtbetrag der nachgewiesenen Werbungskosten und Sonderausgaben den Betrag von nominalen RM 20 - übersteigt. Diese FM-Entscheidung vom 21. 1. 1948 ist im Bayerischen Staatsanzeiger 1948 Nr. 3 veröffentlicht worden. - Hinsichtlich der außergewöhnlichen Belastungen wird bekanntlich in Bayern in Abweichung von den anderen

der gesamten Personensteuern als Entnahmen im Sinn des § 2 StAV gelten - auch für die britische Zone zuzulassen.

Das Landesamt Rheinland-Pfalz/Nassau hat eine Verfügung erlassen, nach der die außerhalb der französischen Zone wohnhaften Steuerberater und Steuerhelfer ihre Tätigkeit in der französischen Zone nur dann ausüben können, wenn sie a) vor dem 8. 5. 1946 zugelassen waren, b) nach dem 8. 5. 1946 wieder zugelassen worden sind, c) für die französische Zone besonders zugelassen werden.

Die Zulassung in der französischen Zone gilt aber nur hinsichtlich der Steuerpflichtigen, für die die Erlaubnis eigens erteilt wird. Das Finanzamt weist aber besonders darauf hin, daß die Zulassung nur dann aufrechterhalten werden könne, wenn dadurch keine Verzögerung in der Bearbeitung der Steuerfälle als Folge von Paß- und Verkehrshindernissen eintrete.

Nachdem für die kleineren Einkommen die Pauschbeträge für Werbungskosten und Sonderausgaben gemäß KRG Nr. 61 erhöht worden sind, können für erhöhte Werbungskosten und Sonderausgaben nach § 9 LSDB steuerfreie Lohnbeträge nur gewährt werden, wenn nachweisbar, daß die Werbungskosten und Sonderausgaben den Betrag überschreiten, der jeweils nach den Tarifbestimmungen für den Arbeitnehmer in die Lohnsteuer-tabelle eingetragt ist. - Die außergewöhnlichen Belastungen nach § 13 LSDB und die steuerlichen Vergünstigungen für Kriegs- und Zivilbeschädigte werden durch die Neuzugänge des KRG Nr. 61 nicht berührt. - Diese Ausführungen stellen keine amtlichen Erklärungen dar, sondern stammen aus einer Ausarbeitung von Finanzrat von Grötken, Einkommensteuerreferent in der Deutschen Zentral-Steuerverwaltung in Berlin.

Ein Erlass der Zentralfinanzverwaltung vom 31. 10. 1947 bringt eine weitere Verschärfung: Artikel VIII KRG Nr. 13 bedeutet eine endgültige und grundsätzliche Ausschaltung der Kriegsverluste aus der kaufmännischen Gewinnermittlung. (Zunächst hatte die Zentralfinanzverwaltung den Standpunkt vertreten, der Wertausgleichsposten für die Kriegsschäden werde bei endgültiger Regelung der Entscheidungsfragen oder bei der Währungsreform aufgelöst werden.)

Trotz der Erhöhung des Pauschbetrags im KRG Nr. 61 ist für die Berechnung der Lohnsteuer in Bayern auf der Lohnsteuerkarte ein Freibetrag schon insoweit zu vermerken, als der Gesamtbetrag der nachgewiesenen Werbungskosten und Sonderausgaben den Betrag von nominalen RM 20 - übersteigt. Diese FM-Entscheidung vom 21. 1. 1948 ist im Bayerischen Staatsanzeiger 1948 Nr. 3 veröffentlicht worden. - Hinsichtlich der außergewöhnlichen Belastungen wird bekanntlich in Bayern in Abweichung von den anderen

der gesamten Personensteuern als Entnahmen im Sinn des § 2 StAV gelten - auch für die britische Zone zuzulassen.

Das Landesamt Rheinland-Pfalz/Nassau hat eine Verfügung erlassen, nach der die außerhalb der französischen Zone wohnhaften Steuerberater und Steuerhelfer ihre Tätigkeit in der französischen Zone nur dann ausüben können, wenn sie a) vor dem 8. 5. 1946 zugelassen waren, b) nach dem 8. 5. 1946 wieder zugelassen worden sind, c) für die französische Zone besonders zugelassen werden.

Die Zulassung in der französischen Zone gilt aber nur hinsichtlich der Steuerpflichtigen, für die die Erlaubnis eigens erteilt wird. Das Finanzamt weist aber besonders darauf hin, daß die Zulassung nur dann aufrechterhalten werden könne, wenn dadurch keine Verzögerung in der Bearbeitung der Steuerfälle als Folge von Paß- und Verkehrshindernissen eintrete.

Nachdem für die kleineren Einkommen die Pauschbeträge für Werbungskosten und Sonderausgaben gemäß KRG Nr. 61 erhöht worden sind, können für erhöhte Werbungskosten und Sonderausgaben nach § 9 LSDB steuerfreie Lohnbeträge nur gewährt werden, wenn nachweisbar, daß die Werbungskosten und Sonderausgaben den Betrag überschreiten, der jeweils nach den Tarifbestimmungen für den Arbeitnehmer in die Lohnsteuer-tabelle eingetragt ist. - Die außergewöhnlichen Belastungen nach § 13 LSDB und die steuerlichen Vergünstigungen für Kriegs- und Zivilbeschädigte werden durch die Neuzugänge des KRG Nr. 61 nicht berührt. - Diese Ausführungen stellen keine amtlichen Erklärungen dar, sondern stammen aus einer Ausarbeitung von Finanzrat von Grötken, Einkommensteuerreferent in der Deutschen Zentral-Steuerverwaltung in Berlin.

Ein Erlass der Zentralfinanzverwaltung vom 31. 10. 1947 bringt eine weitere Verschärfung: Artikel VIII KRG Nr. 13 bedeutet eine endgültige und grundsätzliche Ausschaltung der Kriegsverluste aus der kaufmännischen Gewinnermittlung. (Zunächst hatte die Zentralfinanzverwaltung den Standpunkt vertreten, der Wertausgleichsposten für die Kriegsschäden werde bei endgültiger Regelung der Entscheidungsfragen oder bei der Währungsreform aufgelöst werden.)

Trotz der Erhöhung des Pauschbetrags im KRG Nr. 61 ist für die Berechnung der Lohnsteuer in Bayern auf der Lohnsteuerkarte ein Freibetrag schon insoweit zu vermerken, als der Gesamtbetrag der nachgewiesenen Werbungskosten und Sonderausgaben den Betrag von nominalen RM 20 - übersteigt. Diese FM-Entscheidung vom 21. 1. 1948 ist im Bayerischen Staatsanzeiger 1948 Nr. 3 veröffentlicht worden. - Hinsichtlich der außergewöhnlichen Belastungen wird bekanntlich in Bayern in Abweichung von den anderen

der gesamten Personensteuern als Entnahmen im Sinn des § 2 StAV gelten - auch für die britische Zone zuzulassen.

Das Landesamt Rheinland-Pfalz/Nassau hat eine Verfügung erlassen, nach der die außerhalb der französischen Zone wohnhaften Steuerberater und Steuerhelfer ihre Tätigkeit in der französischen Zone nur dann ausüben können, wenn sie a) vor dem 8. 5. 1946 zugelassen waren, b) nach dem 8. 5. 1946 wieder zugelassen worden sind, c) für die französische Zone besonders zugelassen werden.

Die Zulassung in der französischen Zone gilt aber nur hinsichtlich der Steuerpflichtigen, für die die Erlaubnis eigens erteilt wird. Das Finanzamt weist aber besonders darauf hin, daß die Zulassung nur dann aufrechterhalten werden könne, wenn dadurch keine Verzögerung in der Bearbeitung der Steuerfälle als Folge von Paß- und Verkehrshindernissen eintrete.

Nachdem für die kleineren Einkommen die Pauschbeträge für Werbungskosten und Sonderausgaben gemäß KRG Nr. 61 erhöht worden sind, können für erhöhte Werbungskosten und Sonderausgaben nach § 9 LSDB steuerfreie Lohnbeträge nur gewährt werden, wenn nachweisbar, daß die Werbungskosten und Sonderausgaben den Betrag überschreiten, der jeweils nach den Tarifbestimmungen für den Arbeitnehmer in die Lohnsteuer-tabelle eingetragt ist. - Die außergewöhnlichen Belastungen nach § 13 LSDB und die steuerlichen Vergünstigungen für Kriegs- und Zivilbeschädigte werden durch die Neuzugänge des KRG Nr. 61 nicht berührt. - Diese Ausführungen stellen keine amtlichen Erklärungen dar, sondern stammen aus einer Ausarbeitung von Finanzrat von Grötken, Einkommensteuerreferent in der Deutschen Zentral-Steuerverwaltung in Berlin.

Ein Erlass der Zentralfinanzverwaltung vom 31. 10. 1947 bringt eine weitere Verschärfung: Artikel VIII KRG Nr. 13 bedeutet eine endgültige und grundsätzliche Ausschaltung der Kriegsverluste aus der kaufmännischen Gewinnermittlung. (Zunächst hatte die Zentralfinanzverwaltung den Standpunkt vertreten, der Wertausgleichsposten für die Kriegsschäden werde bei endgültiger Regelung der Entscheidungsfragen oder bei der Währungsreform aufgelöst werden.)

Trotz der Erhöhung des Pauschbetrags im KRG Nr. 61 ist für die Berechnung der Lohnsteuer in Bayern auf der Lohnsteuerkarte ein Freibetrag schon insoweit zu vermerken, als der Gesamtbetrag der nachgewiesenen Werbungskosten und Sonderausgaben den Betrag von nominalen RM 20 - übersteigt. Diese FM-Entscheidung vom 21. 1. 1948 ist im Bayerischen Staatsanzeiger 1948 Nr. 3 veröffentlicht worden. - Hinsichtlich der außergewöhnlichen Belastungen wird bekanntlich in Bayern in Abweichung von den anderen

der gesamten Personensteuern als Entnahmen im Sinn des § 2 StAV gelten - auch für die britische Zone zuzulassen.

Das Landesamt Rheinland-Pfalz/Nassau hat eine Verfügung erlassen, nach der die außerhalb der französischen Zone wohnhaften Steuerberater und Steuerhelfer ihre Tätigkeit in der französischen Zone nur dann ausüben können, wenn sie a) vor dem 8. 5. 1946 zugelassen waren, b) nach dem 8. 5. 1946 wieder zugelassen worden sind, c) für die französische Zone besonders zugelassen werden.

Die Zulassung in der französischen Zone gilt aber nur hinsichtlich der Steuerpflichtigen, für die die Erlaubnis eigens erteilt wird. Das Finanzamt weist aber besonders darauf hin, daß die Zulassung nur dann aufrechterhalten werden könne, wenn dadurch keine Verzögerung in der Bearbeitung der Steuerfälle als Folge von Paß- und Verkehrshindernissen eintrete.

Nachdem für die kleineren Einkommen die Pauschbeträge für Werbungskosten und Sonderausgaben gemäß KRG Nr. 61 erhöht worden sind, können für erhöhte Werbungskosten und Sonderausgaben nach § 9 LSDB steuerfreie Lohnbeträge nur gewährt werden, wenn nachweisbar, daß die Werbungskosten und Sonderausgaben den Betrag überschreiten, der jeweils nach den Tarifbestimmungen für den Arbeitnehmer in die Lohnsteuer-tabelle eingetragt ist. - Die außergewöhnlichen Belastungen nach § 13 LSDB und die steuerlichen Vergünstigungen für Kriegs- und Zivilbeschädigte werden durch die Neuzugänge des KRG Nr. 61 nicht berührt. - Diese Ausführungen stellen keine amtlichen Erklärungen dar, sondern stammen aus einer Ausarbeitung von Finanzrat von Grötken, Einkommensteuerreferent in der Deutschen Zentral-Steuerverwaltung in Berlin.

Ein Erlass der Zentralfinanzverwaltung vom 31. 10. 1947 bringt eine weitere Verschärfung: Artikel VIII KRG Nr. 13 bedeutet eine endgültige und grundsätzliche Ausschaltung der Kriegsverluste aus der kaufmännischen Gewinnermittlung. (Zunächst hatte die Zentralfinanzverwaltung den Standpunkt vertreten, der Wertausgleichsposten für die Kriegsschäden werde bei endgültiger Regelung der Entscheidungsfragen oder bei der Währungsreform aufgelöst werden.)

Trotz der Erhöhung des Pauschbetrags im KRG Nr. 61 ist für die Berechnung der Lohnsteuer in Bayern auf der Lohnsteuerkarte ein Freibetrag schon insoweit zu vermerken, als der Gesamtbetrag der nachgewiesenen Werbungskosten und Sonderausgaben den Betrag von nominalen RM 20 - übersteigt. Diese FM-Entscheidung vom 21. 1. 1948 ist im Bayerischen Staatsanzeiger 1948 Nr. 3 veröffentlicht worden. - Hinsichtlich der außergewöhnlichen Belastungen wird bekanntlich in Bayern in Abweichung von den anderen

der gesamten Personensteuern als Entnahmen im Sinn des § 2 StAV gelten - auch für die britische Zone zuzulassen.

Das Landesamt Rheinland-Pfalz/Nassau hat eine Verfügung erlassen, nach der die außerhalb der französischen Zone wohnhaften Steuerberater und Steuerhelfer ihre Tätigkeit in der französischen Zone nur dann ausüben können, wenn sie a) vor dem 8. 5. 1946 zugelassen waren, b) nach dem 8. 5. 1946 wieder zugelassen worden sind, c) für die französische Zone besonders zugelassen werden.

Die Zulassung in der französischen Zone gilt aber nur hinsichtlich der Steuerpflichtigen, für die die Erlaubnis eigens erteilt wird. Das Finanzamt weist aber besonders darauf hin, daß die Zulassung nur dann aufrechterhalten werden könne, wenn dadurch keine Verzögerung in der Bearbeitung der Steuerfälle als Folge von Paß- und Verkehrshindernissen eintrete.

Nachdem für die kleineren Einkommen die Pauschbeträge für Werbungskosten und Sonderausgaben gemäß KRG Nr. 61 erhöht worden sind, können für erhöhte Werbungskosten und Sonderausgaben nach § 9 LSDB steuerfreie Lohnbeträge nur gewährt werden, wenn nachweisbar, daß die Werbungskosten und Sonderausgaben den Betrag überschreiten, der jeweils nach den Tarifbestimmungen für den Arbeitnehmer in die Lohnsteuer-tabelle eingetragt ist. - Die außergewöhnlichen Belastungen nach § 13 LSDB und die steuerlichen Vergünstigungen für Kriegs- und Zivilbeschädigte werden durch die Neuzugänge des KRG Nr. 61 nicht berührt. - Diese Ausführungen stellen keine amtlichen Erklärungen dar, sondern stammen aus einer Ausarbeitung von Finanzrat von Grötken, Einkommensteuerreferent in der Deutschen Zentral-Steuerverwaltung in Berlin.

Ein Erlass der Zentralfinanzverwaltung vom 31. 10. 1947 bringt eine weitere Verschärfung: Artikel VIII KRG Nr. 13 bedeutet eine endgültige und grundsätzliche Ausschaltung der Kriegsverluste aus der kaufmännischen Gewinnermittlung. (Zunächst hatte die Zentralfinanzverwaltung den Standpunkt vertreten, der Wertausgleichsposten für die Kriegsschäden werde bei endgültiger Regelung der Entscheidungsfragen oder bei der Währungsreform aufgelöst werden.)

Trotz der Erhöhung des Pauschbetrags im KRG Nr. 61 ist für die Berechnung der Lohnsteuer in Bayern auf der Lohnsteuerkarte ein Freibetrag schon insoweit zu vermerken, als der Gesamtbetrag der nachgewiesenen Werbungskosten und Sonderausgaben den Betrag von nominalen RM 20 - übersteigt. Diese FM-Entscheidung vom 21. 1. 1948 ist im Bayerischen Staatsanzeiger 1948 Nr. 3 veröffentlicht worden. - Hinsichtlich der außergewöhnlichen Belastungen wird bekanntlich in Bayern in Abweichung von den anderen

der gesamten Personensteuern als Entnahmen im Sinn des § 2 StAV gelten - auch für die britische Zone zuzulassen.

Das Landesamt Rheinland-Pfalz/Nassau hat eine Verfügung erlassen, nach der die außerhalb der französischen Zone wohnhaften Steuerberater und Steuerhelfer ihre Tätigkeit in der französischen Zone nur dann ausüben können, wenn sie a) vor dem 8. 5. 1946 zugelassen waren, b) nach dem 8. 5. 1946 wieder zugelassen worden sind, c) für die französische Zone besonders zugelassen werden.

Die Zulassung in der französischen Zone gilt aber nur hinsichtlich der Steuerpflichtigen, für die die Erlaubnis eigens erteilt wird. Das Finanzamt weist aber besonders darauf hin, daß die Zulassung nur dann aufrechterhalten werden könne, wenn dadurch keine Verzögerung in der Bearbeitung der Steuerfälle als Folge von Paß- und Verkehrshindernissen eintrete.

Nachdem für die kleineren Einkommen die Pauschbeträge für Werbungskosten und Sonderausgaben gemäß KRG Nr. 61 erhöht worden sind, können für erhöhte Werbungskosten und Sonderausgaben nach § 9 LSDB steuerfreie Lohnbeträge nur gewährt werden, wenn nachweisbar, daß die Werbungskosten und Sonderausgaben den Betrag überschreiten, der jeweils nach den Tarifbestimmungen für den Arbeitnehmer in die Lohnsteuer-tabelle eingetragt ist. - Die außergewöhnlichen Belastungen nach § 13 LSDB und die steuerlichen Vergünstigungen für Kriegs- und Zivilbeschädigte werden durch die Neuzugänge des KRG Nr. 61 nicht berührt. - Diese Ausführungen stellen keine amtlichen Erklärungen dar, sondern stammen aus einer Ausarbeitung von Finanzrat von Grötken, Einkommensteuerreferent in der Deutschen Zentral-Steuerverwaltung in Berlin.

Ein Erlass der Zentralfinanzverwaltung vom 31. 10. 1947 bringt eine weitere Verschärfung: Artikel VIII KRG Nr. 13 bedeutet eine endgültige und grundsätzliche Ausschaltung der Kriegsverluste aus der kaufmännischen Gewinnermittlung. (Zunächst hatte die Zentralfinanzverwaltung den Standpunkt vertreten, der Wertausgleichsposten für die Kriegsschäden werde bei endgültiger Regelung der Entscheidungsfragen oder bei der Währungsreform aufgelöst werden.)

Trotz der Erhöhung des Pauschbetrags im KRG Nr. 61 ist für die Berechnung der Lohnsteuer in Bayern auf der Lohnsteuerkarte ein Freibetrag schon insoweit zu vermerken, als der Gesamtbetrag der nachgewiesenen Werbungskosten und Sonderausgaben den Betrag von nominalen RM 20 - übersteigt. Diese FM-Entscheidung vom 21. 1. 1948 ist im Bayerischen Staatsanzeiger 1948 Nr. 3 veröffentlicht worden. - Hinsichtlich der außergewöhnlichen Belastungen wird bekanntlich in Bayern in Abweichung von den anderen

der gesamten Personensteuern als Entnahmen im Sinn des § 2 StAV gelten - auch für die britische Zone zuzulassen.

Das Landesamt Rheinland-Pfalz/Nassau hat eine Verfügung erlassen, nach der die außerhalb der französischen Zone wohnhaften Steuerberater und Steuerhelfer ihre Tätigkeit in der französischen Zone nur dann ausüben können, wenn sie a) vor dem 8. 5. 1946 zugelassen waren, b) nach dem 8. 5. 1946 wieder zugelassen worden sind, c) für die französische Zone besonders zugelassen werden.

Die Zulassung in der französischen Zone gilt aber nur hinsichtlich der Steuerpflichtigen, für die die Erlaubnis eigens erteilt wird. Das Finanzamt weist aber besonders darauf hin, daß die Zulassung nur dann aufrechterhalten werden könne, wenn dadurch keine Verzögerung in der Bearbeitung der Steuerfälle als Folge von Paß- und Verkehrshindernissen eintrete.

Nachdem für die kleineren Einkommen die Pauschbeträge für Werbungskosten und Sonderausgaben gemäß KRG Nr. 61 erhöht worden sind, können für erhöhte Werbungskosten und Sonderausgaben nach § 9 LSDB steuerfreie Lohnbeträge nur gewährt werden, wenn nachweisbar, daß die Werbungskosten und Sonderausgaben den Betrag überschreiten, der jeweils nach den Tarifbestimmungen für den Arbeitnehmer in die Lohnsteuer-tabelle eingetragt ist. - Die außergewöhnlichen Belastungen nach § 13 LSDB und die steuerlichen Vergünstigungen für Kriegs- und Zivilbeschädigte werden durch die Neuzugänge des KRG Nr. 61 nicht berührt. - Diese Ausführungen stellen keine amtlichen Erklärungen dar, sondern stammen aus einer Ausarbeitung von Finanzrat von Grötken, Einkommensteuerreferent in der Deutschen Zentral-Steuerverwaltung in Berlin.

Ein Erlass der Zentralfinanzverwaltung vom 31. 10. 1947 bringt eine weitere Verschärfung: Artikel VIII KRG Nr. 13 bedeutet eine endgültige und grundsätzliche Ausschaltung der Kriegsverluste aus der kaufmännischen Gewinnermittlung. (Zunächst hatte die Zentralfinanzverwaltung den Standpunkt vertreten, der Wertausgleichsposten für die Kriegsschäden werde bei endgültiger Regelung der Entscheidungsfragen oder bei der Währungsreform aufgelöst werden.)

Trotz der Erhöhung des Pauschbetrags im KRG Nr. 61 ist für die Berechnung der Lohnsteuer in Bayern auf der Lohnsteuerkarte ein Freibetrag schon insoweit zu vermerken, als der Gesamtbetrag der nachgewiesenen Werbungskosten und Sonderausgaben den Betrag von nominalen RM 20 - übersteigt. Diese FM-Entscheidung vom 21. 1. 1948 ist im Bayerischen Staatsanzeiger 1948 Nr. 3 veröffentlicht worden. - Hinsichtlich der außergewöhnlichen Belastungen wird bekanntlich in Bayern in Abweichung von den anderen

der gesamten Personensteuern als Entnahmen im Sinn des § 2 StAV gelten - auch für die britische Zone zuzulassen.

Das Landesamt Rheinland-Pfalz/Nassau hat eine Verfügung erlassen, nach der die

Reformbestrebungen im Börsenhandel

Eine Februar-Uebersicht

Je näher die Währungsreform rückt, desto nervöser wird der Aktienmarkt. Nicht das ausschließlich spekulative Moment der Börsenbewegung in den maßgebenden Papieren bestimmen — wobei „spekulativ“ im Sinne einer sofortigen Gewinnrealisierung anzusehen ist —, vielmehr ist es die Sucht nach Sicherheit, die das unruhige Spiel der Effekten treibt und je nach der Mentalität der Personen zu oft überraschenden Kursfestsetzungen führt. Die erzwungene Einengung des Effektenhandels im Zuge der Blockierung der Giroammeldepots und die räumliche ohne schnelle Verständigungsmöglichkeit bedingte Trennung der Börsenplätze — wodurch die Banken arbeitsertragsmäßig noch immer sehr im Nachteil sind — läßt Aktienkurse emporschnellen, die selbst in der heutigen vorläufig noch geldgestützten Zeit, überraschen müssen. Besonders Ostzonenwerte hatten im Februar sprunghafte Kurssätze zu verzeichnen, die, gemessen an westlichen, zwar gleichgearteten aber nicht gleichgelagerten Papieren, außerordentlich hoch waren.

Es mag dahingestellt sein, ob tatsächlich dieser Kategorie umgewandelt sind, oder noch im Februar im Handel mit den im Giroammeldepot gelagerten Werten noch unterliegt. Vielleicht nur bedingt unterliegt, zum mindesten nicht an allen Börsenplätzen: es hätte sich lediglich um Wunsch der übergeordneten Stellen und schließlich auch um swangulmäßigen Gründe die Notwendigkeit einer solchen Sperre ergeben. Aber die in den westlichen Zonen bisher durchgeführte Neuregistrierung der Giroammeldepots, die natürlich immer nur Stückwerk sein kann, hat neuerdings Wege gewiesen, die die Möglichkeit bieten, den Effektenbesitzern eine bessere Übersicht über den tatsächlichen Wert ihrer Bestände zu schaffen. Es sind nämlich Bestrebungen im Gange, den Handel mit „Ansprüchen gegen das Giroammeldepot“ wenigstens im Freiverkehr zuzulassen, sofern eine glaubhafte Unterlage für den Besitz der Stücke selbst beigebracht wird. Von einem Freihandel zum offiziellen Handel ist es aber nicht sehr weit. Allerdings birgt ein solches

Verfahren auch erhebliche Risiken zu sich; denn beim Börsengeschäft kommt es letzters immer auf die Stücklieferung an. Das Giroammeldepot der baltischen Zone scheint aber stark durchsicht zu sein. Solange also nicht greifbare Unterlagen über das Vorhandensein der jeweiligen Stücke vorliegen, wird ein Handel in den „Sammelansprüchen“ „Stückwerk“ bleiben. Zu begründen ist jedenfalls die Tatsache, daß sich die maßgebenden Gremien der Börsenplätze mit der unbedingten Notwendigkeit einer Lockerung der Giroammeldepots befassen. Die Verhandlungen über einen zulässigen Börsenhandel dieser Zertifikate werden, wie wir hören, fortgesetzt.

Die Umsetztätigkeit an den einzelnen deutschen Börsen, in den Westzonen war unterschiedlich. Neuerdings schiebt sich der Hamburger Platz stärker in den Vordergrund. Die Geschäftstätigkeit dort hat im Februar gegenüber den anderen Plätzen zugenommen. Nach Schätzungen liegen die Hamburger Umsätze um etwa 15% über denen des bisher wichtigsten Platzes: Frankfurt. Der Tagesumsatz in Frankfurt dürfte im Durchschnitt mit 130 000 RM an Aktien und etwa 70 000 RM an Renten ansetzen sein. Während im Anfang des Berichtmonats an allen Plätzen eine lebhaft Nachfrage nach den meisten gängigen Papieren einsetzte, die bei der noch immer fortbestehenden Materialverknappung nur wenig gedeckt werden konnte, ließ das Interesse um die Mitte der zweiten Monatsdekade nach und brachte den Werten wieder einige Kursverluste. Der Grund mag neben Gewinnmaßnahmen auch in den Diskussions über die kommende Währungsreform und die sonstigen politischen Zusammenhänge zu suchen sein, die nicht immer eine günstige Börsenprognose zulassen. Trotzdem bleibt ein Anlagebedürfnis des breiten Publikums unverkennbar. Diese Tatsache gibt den sich immer wieder durchsetzenden Befestigungstendenzen einen greifbaren Rückhalt. An einzelnen Börsen hatte der festverzinsliche Markt ein überraschend großes Volumen, wobei einzelne Ostpfandbriefe und Industrie-

obligationen die Favoritenpapiere stellten. Auch die westlichen Emissionen hatten gute Platzierungsmöglichkeiten. Unregelmäßigkeiten in der Kursfestsetzung sowohl bei Dividenden- wie bei Rentenpapieren, die die Marktlage zuweilen störend beeinflussten, wurden durch die stets vorliegende Nachfrage ausgeglichen. In Hamburg wurde der anhaltende Preis- und Kurssturz an den amerikanischen Börsen stärker beachtet, ohne daß es deshalb zu größeren Positionslösungen kam. In Frankfurt und den rheinischen Börsenplätzen wurde diese Tatsache weniger beachtet. Der Schluß des Monats brachte aber Kursrückgänge, die, ausgehend von Bankaktien, schließlich die Allgemeinrenten psychologisch beeinflussten. Der weitest- und größte Teil der Effekten an den Nebenbörsen hielt den Stoppkurs, ohne daß es mangels jeglichen Angebots zu Umsätzen kam.

AKTIEN (in %)

Ultimo 18.1. 21.2. 23.2.

	1947	1948	1948	1948
Reichsbank	147	147	147	147
Deutsche Bank	134	134	130	129
Dt. Centralboden	74	102	108	107
Gutehoffnungsh.	513	530	523	524
Dessauer Gas	89	139	129	128
Fbrx	239	226	220	220
Schwab. Zellst.	459	776	729	739
Ise Berg	145	180	202	205
Ise Gendisse	99	123	123	123
Rheinmet.-Borsig	95	149	148	148
Budkau Masch.	59	83%	81	81
Eisenhütte Köln	233	234	234	233

* Kapitalumschlagung %

RENTEN

4% Gem.-Um.-Anl.	94	106	106%	106
4% Daksusa	200%	210	210	210
4% Westst.-Stadt	200	200	200	200
dito neu	100%	100%	100%	100%
Meininger Hyp.	95%	101%	101%	101
Dt. Centralboden	80%	101	100%	100
Dt. Hypoth.-Bk.	94	94	94	94
5% AEG-Obl.	95%	95%	92	92
5% Hydr. Politz	26	26	26	26
4% Brabag	33	37	37	35
4 1/2% Preussag	26	26	26	25

Welt-Warenmärkte

Schwäche am Zuckermarkt

Der Zucker hat die Krise, die sich durch die Preiserückgänge auf den Weltzuckermärkten anbahnt, von dort aus auch auf andere Rohstoffe ausbreitet. Verhältnismäßig gut überstanden haben die Getreidemarkte, von denen zu erwarten ist, daß der Weltzucker-Preis freilich auch schon so niedrig liegt, daß er kaum noch tiefer sinken kann, ohne die Existenz der typischen Zuckerländer, wie Kuba, zu gefährden.

In Mittelpunkt des Interesses stand ein großer Geschäft, welches den Ankauf von 1 Mill. Kubikzucker durch die Regierung der besetzten Gebiete in Europa und im Fernen Osten diente. Geboten wurde vom Käufer ein Preis von 3 1/2 ct je lb, während Kuba 4 ct verlangte. Die Verhandlungen zogen sich beträchtlich in die Länge, da gerade zu dieser Zeit der Preisrückgang auf den Weltzuckermärkten erfolgte. Schließlich einigte man sich auf einen Preis von 4 ct je lb. Dieser Preis wird angesichts der heutigen Weltmarktlage für Kuba als vorteilhaft angesehen werden. Auch wurde die kubanische Regierung in die Verlustpreis berechnet. England hat im Januar nicht unerhebliche Mengen Kuba-Rohzucker zu 3,80 ct erworben, und ein späterer Abschluß über weitere 75 000 t wurde teils zu 3,15, teils zu 3,60 ct vereinbart. Italien hat 30 000 t Kuba-Rohzucker zu 3,45—3,75 ct je lb ab Kuba übernommen. Man kann diese Preise kaum anders denn als Notpreise bezeichnen, weil sie faktisch die Gestehungskosten kaum decken dürften. Man kann es daher wohl verstehen, wenn die Verkäufer bereits günstige Verkäufe zu stoern trachten, sobald die Marktlage sich zugunsten der Verkäufer zu entwickeln scheint, wie dies um die Monatswende herum einige Tage der Fall zu sein schien. Es wird übrigens schon über einen Ankauf von 200 000 t Preuzucker im Rahmen des Marshall-Planes gesprochen, doch ist hierüber noch nichts näheres bekannt geworden.

Recht hitzig entwickelt sich auch der internationale Preiskampf beim raffinierten Zucker. Hier sind die kubanischen Exporteure sehr aktiv, und sie machen selbst den europäischen Exporteuren starke Konkurrenz. Man kann diesen Preiskampf am deutlichsten an den neutralen Zuckerpunkten des Weltmarktes beobachten, wie z. B. in Triest, wo sowohl der tschechoslowakische, als auch der amerikanische Zucker zu 180—185 Lira je kg in großen Mengen angeboten wird. Ein Abschluß für Griechenland über 12 500 t wurde im Februar zu 124 Lira je t gefällig. Für Februar-März-Verbindungen werden sonst im allgemeinen 130 Lira je t europäische Häfen verlangt.

Die weiteren Aussichten des Weltzuckermarktes müssen mit äußerster Vorsicht beurteilt werden. Europa hat 1947 eine ungewöhnlich kleine Zuckerernte gehabt. Es hat daher einen großen Einfuhrbedarf. Wenn nun trotzdem die Rohzuckerpreise bereits niedrig liegen, wie müssen dann erst die Preise in der zweiten Jahreshälfte werden. Falls Europa, was als sicher anzunehmen ist, diesmal eine größere Zuckerernte einbringt, und wenn überdies noch der Ferner Osten wieder seine Angebote erhöht, was namentlich von den Philippinen mit Sicherheit zu erwarten ist? Es muß befürchtet werden, daß der Welt-Zucker-

markt einer der ersten Warenmärkte werden wird, auf welchem die Absatzkrise am ersten und am stärksten in Erscheinung treten wird.

Es soll zum Schluß noch festgestellt werden, daß die Überwindung sich große Mühe geben, denn erstens ist Zucker selbst zu verarbeiten, und die daraus hergestellten Erzeugnisse am Weltmarkt anzubieten. Kuba hat seine Schokoladenausfuhr seit dem Krieg bedeutend erhöhen können. Die Tschechoslowakei bietet in der letzten Zeit ebenfalls große Mengen Fruchtmarmeladen an (ebenso wie übrigen auch Jugoslawien), die so billig sind, daß sie z. B. sogar den italienischen Marmeladen in Italien selber Konkurrenz machen. Es ist dies eine Erscheinung, die im weiteren Verlauf des Jahres noch stärker hervortreten dürfte.

Getreide

Chicago. An der amerikanischen Produktenbörse ist die Getreidebörse noch immer nicht zum Stillstand gekommen, wenn auch die Kursentwicklung vorübergehend Schwankungen erfährt. Nachdem die Öffentlichkeit in der letzten Zeit auf die Erhöhung der Deckungsansprüche verlangt hatte, fordert der Präsident der Produktenbörse jetzt ihre Senkung.

Wolle und Baumwolle

Lille. In Kreisen der französischen Textilindustrie beunruhigt man sich über die Tatsache, daß bei der Regierungskommission für die Sanierung der Wirtschaft Wolle und Baumwolle nicht auf die Liste derjenigen Waren gesetzt worden sind, für deren Einfuhr Devisen zum offiziellen Kurs zugestimmt werden. Aus dieser Nichtaufnahme der beiden wichtigen Textilrohstoffe in diese Liste würde sich ergeben, daß die wolle- und baumwollverarbeitenden Industrien Frankreichs ihre Rohstoffkäufe zukünftig mit Dollars zu bezahlen hätten, welche sie sich auf dem freien Markt, also zu mehr als 200 Fr. statt wie bisher zu 130 Fr. beschaffen müßten. Dies würde bedeuten, daß die Rohstoffbeschaffung der einschlägigen Industrien eine Haussa von 100% erfährt, was der französischen Woll- und Baumwollindustrie jeden sich auf der Frankensparnis ergebenden Vorteil entziehen würde.

Zute

Kalkutta. Die Zuteilung der Exportkontingente an Fertigwaren in Juli für die Zeit von Januar bis Juni 1948 hat in Kalkutta einige Bestürzung hervorgerufen, weil die hier ansässigen Firmen nur 20% der ausgeschütteten Gesamtquote erhalten haben, während ein verhältnismäßig großer Anteil der Kontingente nach Bombay, Madras und anderen Häfen vergeben wurde, welche sich bisher nicht mit dem Zuteilung befaßt hatten. Man rechnet mit dem Aufkommen von Versorgungsschwierigkeiten im Futtermittel und in den Juteverarbeitenden Industrien in den USA, Großbritannien, Kanada, Australien und Argentinien.

Metalle

An den Metallmärkten beginnt sich eine gewisse Unsicherheit bemerkbar zu machen. Diese Verbraucher zeigen angesichts der noch nicht voraussetzenden Auswirkungen des Marshall-Planes Zurückhaltung. Außerdem hat es den An-

schein, als wenn sich die Lage in den nächsten Monaten bei einigen Metallen etwas entspannen würde. Im einzelnen ist zu sagen:

Kupfer: Im Inland rechnet man mit einem Nachlassen der Nachfrage in der zweiten Jahreshälfte. Andererseits wird die amerikanische Industrie im laufenden Jahr etwa 300—400 000 t Kupfer einführen müssen. Führende amerikanische Kreise wenden sich dagegen, daß unter dem Marshall-Plan der europäischen Wirtschaft größere Kupfermengen zur Verfügung gestellt werden, umso mehr, als die Regierungsvorräte trotz des Bevorzugungsprogramms bisher noch sehr niedrig sind. Die rhodesische Kupfererzeugung hat immer noch Schwierigkeiten und bleibt hinter der Erzeugung des Jahres 1946 und zum Teil auch 1947 zurück.

Zinn: Die Lage des Marktes ist einigermaßen verworren. Die chinesischen Erzeuger in den Malayan-Staaten halten den Preis von 100 £ für die Tonne, den sie gegenwärtig erhalten, für zu niedrig. Man schließt die Schuld an einem Verlust der infolge der angeblich zu niedrigen Preise von 1 Mill. £ geschätzt wird, dem englischen Versorgungsministerium zu. Die Zinnexporte aus Malaya erreichten im Januar 2000 t.

Blei: Als ein Kuriosum, offenbar ohne Folge der angespannten statistischen Lage des Marktes ist erwähnt, daß in fast allen größeren Ländern der Bleiverbrauch für die Herstellung von Spielzeug „aus Gesundheitsgründen“ heftig anstieg. Wird mit einer besseren Versorgung des Weltmarktes ist vorläufig kaum zu rechnen. Das USA-Bleibergbauverhältnis eine Steigerung der gesamten Bleiproduktion von 1946 auf 1947 um 17%. Trotz dieser Produktionssteigerung bleibt die Nachfrage auf den amerikanischen Märkten außerordentlich lebhaft, sodaß man damit rechnet, daß der derzeitige Preis von 14 1/2 ct pro Pfund beibehalten bleibt.

Zink: Elektrolytisch ist weiterhin sehr knapp. Die Bestände der Verbraucher in England und USA sind niedrig. Am Aktienmarkt ist das Angebot vorübergehend etwas größer, so daß man hofft, daß die Preise davon beeinflusst werden. Immerhin ist aber auch an diesem Markt noch kein Anzeichen einer besseren Versorgung zu erkennen. Gewisse Hoffnungen setzt man hier auf den Marshall-Plan, weil Europa in der Weltzinkerschaffung eine ziemlich bedeutende Rolle spielt und eine Normalisierung der europäischen Wirtschaft günstige Folgen haben würde.

Aluminium: Die Gesetzesvorlage über die Nationalisierung der ungarischen Bauxit-Aluminiumindustrie ist jetzt intensiv von der Nationalversammlung angenommen worden. Die Details werden gegenwärtig ausgearbeitet und das sowjetische Interesse an diesen Projekten ist beträchtlich.

London. Der Weltpreis für Wolfram ist von 17 sh 6 d auf 16 sh erhöht worden.

Die Preise am 1. März sind für alle in unserer Tabelle der vorigen Nummer aufgeführten Metalle gleich denen vom 22. Februar. Deshalb lassen wir die Tabelle heute fehlen.

HAMBURG: rückgängig

An der Hamburger Börse blieb in der Woche vom 22. bis 28. Februar die Umsatzrückgang, während die Kursentwicklung auf Teilgebieten rückläufig war. Während die Käufer in der Vorwoche bemüht waren, flüssige Mittel um jeden Preis in Wertpapieren umzutauschen, trat die Neigung der Anleger zu Kursrückstellungen in den Hintergrund. Besonders in den Papiermärkten, die noch vor Kurzem stark gefragt waren, war ein Rückgang feststellbar. Demgegenüber wurden Devisen- und Scherung zu anziehenden Kursen gehandelt. Auch Bankaktien zogen an. Der Rentenmarkt war durch eine gewisse Abgabefreudigkeit in Ostpfandbriefen gekennzeichnet. Im Übrigen war das Kurstreiben durch Unregelmäßigkeiten gekennzeichnet. Am Aktienmarkt setzte eine fettere Haltung ein, die teilweise zu leichten Besserungen lagen. In Aktien wurden bezahlt: AEG 184, Dessauer Gas 129, Gute Hoffnungshütte 524—529, Rheinmetall Borsig 149, Scherung 169—174, Deutsche Bank 135—140, Reichsbankanteile 147%, Commerzbank 130%, Norddeutscher Lloyd 194, Hapag 164.

FRANKFURT: zurückhaltend

Die Regierungskrise in der Tschechoslowakei wirkte verunsichernd und es zeigte sich in der abgelaufenen Woche eine stärkere Zurückhaltung bei Überwiegend etwas nachgebenden Kursen. Besonders Anregungen lagen nicht vor, so daß neue Kaufaufträge nur spärlich erfolgt sind. Auch der berufsmäßige Handel keine Neigung zu Neu-Erwerbungen zeigte. Die Umsatztätigkeit erfuhr in der letzten Woche des Februars eine weitere Schrumpfung und es kamen besonders in festverzinslichen Papieren nur sehr kleine Umsätze zustande. Die Aktienmärkte spiegelten sich die innen- und außenpolitischen Vorgänge in der Kursbildung deutlich wider. Abgesehen von den Ereignissen in der Tschechoslowakei, nahm man auch im Hinblick auf die Preisrückgang in London über das Deutschlandproblem eine allgemein abwartende Haltung ein. Etwas besserer Nachfrage erlitten sich die Werte der Ostzone, insbesondere die der Metall- und Maschinenindustrie. Westzonen-Obligationswerte, insbesondere der Schwereindustrie, sind zum Stoppkurs von 113 weiter stark gesucht. Am Markt für Industriepapiere betrug die durchschnittlichen Verluste etwa 2 bis 4%. Am „Unnotierten“ konnten sich Scherung und Schultheiß gut behaupten. Abschließend sei noch auf den Ostbörsemarkt hingewiesen. Der Abwärtsbewegung mitgezogen und waren bis 4% billiger zu haben. Am Rentenmarkt erzielte sich die Nachfrage nach Kommunalanleihen, die aber infolge Materialmangels ohne Umsatz blieben. Es notierten z. B. Bekum 145, Eisenhütte Köln 236, Gute Hoffnungshütte 524, Kursgewinne bis zu 11 Punkten haben aufzuweisen: Auto-Union 63, Brennabor 73, Deutsche Waffen 69, Mundlos 25. Dagegen lagen schwächer Berliner Maschinen 129, Deutscher Bergbau 188, Wandler 61. D-Banken waren weiter vernachlässigt und wurden bis 7% niedriger gehandelt: Deutsche Bank 138, Dresdner Bank 129%, Ostbank waren bis 4% billiger zu haben: Berliner Handelsgesellschaft 104, Deutsche Centralbank 108 und Meininger Hypothekbank 133 1/2. Reichsbank war erneut um 3% gedrückt: 140, Schiffahrtswerte waren um 1 bis 3% niedriger. Die festverzinslichen Werte lagen ebenfalls überwiegend schwächer. Lediglich Kommunalanleihen und Westzonen-Obligationswerte zum Stoppkurs (140%) gefragt. Ostpfandbriefe lagen nach wie vor im Anfangsgewinn bis 1 bis 1 1/2% nach. Industriebriefe wurden nur zu rückläufigen Notierungen aufgenommen.

STUTTGART: schwächer

Infolge der politischen Lage in einigen Nachbarländern ordnete die Börse in schwächerer Richtung und stark zurückhaltend. Helmsche Werte wurden von den Rückgängen nicht betroffen. In mitteldeutschen Pfandbriefen lag ein Angebot vor. Ostpfandbriefe waren wieder schwächer. Centralboden notierten bei lebhaften Umsätzen um 129 1/2. Meininger 161,00. Von Großbanken lagen Deutsche Bank und Dresdner Bank mit 129 (133) ausgesprochen matt, Commerzbank waren mit 130 1/2 unverändert. Reichsbank gestiegen. Berliner festverzinsliche Werte zeigten wenig Veränderung. Politz 2 (29). Krupp erzielte nach Abkündigung über Zinsbahn Stoppkurs 113 Getriebe Notierung 105). Aktien waren uneinheitlich. Es notierten Bekum 142, elektrisches Licht und Kraft 109, Rheinmetall 142, Gute Hoffnungshütte 524, Eisenhütte 243, Rüttgers 16, Zellulose 72. 5 1/2%ige Südgürtel-Württemberg blühten 8 1/2, der Kurs konnte bei 10 1/2 ausgeglichen werden.

SPRECHSAALE MAINZ: lebhafter

Der Sprechsaal zeigte in der Vorwoche bei leicht abbreckelnder Tendenz eine etwas lebhaftere Haltung. Größere Umsätze kamen in festverzinslichen, vor allem in einheimischen Länderanleihen zustande. Beim Mainzer Sprechsaal am 26. Dezember zeigte sich bei abnehmenden Kursen eine reservierte Haltung. Einheimische Länderanleihen zeigten festere Tendenz. Rheinland-Hessen-Nassau notierten 164, Commerzbank kamen mit 164 1/2. Der Gesamtumsatz der Woche belief sich auf 186 000 RM bei Kompensationen in einem Ausmaß von 1,6 Mill. und Geschäftsfällen außerhalb der französischen Nordzone in einem Ausmaß von 716 000 RM.

SPRECHSAALE FREIBURG: lustlos

Der Sprechsaal vom 27. Februar 1948 zeigte lustlose Tendenz. Es notierten Aktien der Eisen- und Hüttenwerke Köln 223—232, Gute Hoffnungshütte 524—529, Schwäbische Zellstoff 140—133, Spinnstoff Zehlendorf (Inhaber) 144—138, Thüringer Zellwolle (Namen) 100—109, Süddeutsche Bodenkredite 80—81.

ZÜRICH: schwach

In der Zeit vom 21. bis 27. Februar zeigte die Zürcher Börse einen ausserordentlich schwachen Kurs, der auf die politischen Ereignisse in der Tschechoslowakei und auf die Meinungsverschiedenheiten in den schweizerisch-französischen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen zurückzuführen ist. Die Kurse des gesamten Aktienmarktes gingen wesentlich zurück, bevor das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage hergestellt war. Das Anlagekapital zeigte vorübergehend erhöhtes Interesse für ausgewählte Dividendenwerte, doch gewann später die allgemeine Zurückhaltung wieder die Oberhand, so daß die meisten Aktien auf den tiefsten Stand zurückfielen und der Verkehr in fast allen Stimmungen erlosch. Die größten Minderbewertungen sind in der Gruppe der Industriaktien zu verzeichnen. Kursrückgänge zeigten Ciba, Aluminium, Fischer, Brown Boveri und Nestlé. Die schweizerischen Bankaktien zeigten trotz der befriedigenden Geschäftsergebnisse zum Erliegen gekommenen Börsenbewegungen ebenfalls eine rückläufige Tendenz. Auch der Versicherungsaktienmarkt wies in Rückversicherung einen geringen Rückgang auf. Die Schwächelung am Aktienmarkt konnte der Obligationsbörse nichts anhaben. Am Anleihenmarkt ist das Geschäft gering.

Köln als Börsenplatz

Schon unmittelbar nach dem Zusammenbruch befaßte sich die Industrie- und Handelskammer Köln mit dem Wiederaufbau der durch die Kriegsverhältnisse zum Erliegen gekommenen Börsenbewegungen. Hinsichtlich der Produktion- und Warenbörsen ist dieses Ziel im vergangenen Jahr in vollem Umfang erreicht worden. Die Produktion- und die Abteilung Nahrungs- und Genußmittel der Warenbörsen wurden im August, die Abteilung Häute, Felle und Leder sowie Immobilien und Hypotheken im November eröffnet. Die Kölner Produktion- und Warenbörsen sind die einzigen staatlich anerkannte Börsen im britischen Besatzungsgebiet, auf die die Vorschriften des Börsengesetzes Anwendung finden.

Trotz des augenblicklichen Ausfalls der Besucher aus der französischen Zone weist die Börse einen Mitgliederbestand von insgesamt 390 Firmen und Landwirten auf, von denen auf die Produktion- und Warenbörsen, Abteilung Nahrungsmittel, 182, Abteilung Häute, Felle und Leder 78 und Abteilung Immobilien und Hypotheken 46 entfallen. Der Börse ist es gelungen, die Beziehungen mit den rheinisch-westfälischen Börsen und Märkten wieder hergestellt zu bekommen, um diese Schiedsgerichtsordnung wieder für ganz Nordrhein-Westfalen einheitlich zu gestalten.

Hinsichtlich der Wertpapierbörsen, die im Dritten Reich in der Rheinisch-Westfälische Börse mit dem Sitz in Düsseldorf übergegangen ist, sind Schritte zwecks Wiedergewinnung für den Kölner Platz in die Wege geleitet worden. Man weist auf die jahrhundertalte Tradition der Kölner Wertpapierbörsen und ihre führende Stellung als Finanzzentrum des Westens hin. Der Wertpapiermarkt der Kölner Banken wird zur Zeit in einem großen Teil im Telefonverkehr abgewickelt.

Mannheimer Produktenbörse

Die Versorgung der amerikanischen Zone mit Weizen ist noch immer ziemlich knapp, doch sollen Anfang März einige Schiffsladungen ankommen. Amerikanisches Weizenmehl fehlt im Zeitverhältnis, so daß vorerst deutsche Mühlen die Type 1050 vermahlen, um die Teigwarenindustrie zu versorgen. Von amerikanischer Seite soll aber die Zusicherung gegeben worden sein, im April 43 000 t Weizenmehl für die Doppelzone zu liefern. Die vorhandene deutsche Getreideernte für Kaffee-Fabrikation bereitgestellt und dürfte ausreichen, den Bedarf bis zur neuen Ernte zu decken. Sollte aber aus Amerika, wie angekündigt, Darge geliefert werden können, wird dieser zur Kaffeeherstellung verwendet. — In Heft 1 der verarbeitenden Industrie hat die Regierung die badisch-württembergischen Haferhokken-Verarbeiter erhebliche Aufträge aus Bayern und Hessen, so daß für den Verbrauch im eigenen Bezirk neues Hafer-Zulieferungen erforderlich sind.

Baumwollbörse in Villach

In Villach in Kärnten fand soeben eine bedeutsame Tagung der „Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft“ statt, an der auch Vertreter der britischen und sowjetischen Besatzungsmacht, sowie italienische Delegierte teilnahmen. Bei diesen Besprechungen wurde das alte Projekt, in Villach sowohl ein Zolleffizier als auch eine Baumwollbörse einzurichten, nachdrücklich vertreten und eine baldige Verwirklichung in Aussicht gestellt. Man geht davon aus, daß sich im Zeichen des Marshall-Planes sehr rasch das Bedürfnis nach Preisnotiz- und Baumwollbörsen verstärken werde. Villach hat nach Triest und Venedig die kürzesten Verbindungen. Der Villacher Westbahnhof kann heute schon täglich 2000 Waggons transportmäßig behandeln. Man geht davon aus, daß die ägyptische Baumwolle für Ost- und Mitteleuropa vorwiegend in dem Adriaräumen umgeschlagen wird. Die Plätze sind aus Sicht für Deutschland von Bedeutung, besonders für Süddeutschland. Die Behandlung ägyptischer Baumwolle soll an der Villacher Baumwollbörse im Transitverkehr durchgeführt werden. Man will Villach zu einem idealen Verteilerzentrum für ganz Österreich hinsichtlich der Einfuhr aus dem Süden und zu einem idealen Sammelplatz für Transporte nach Italien und dem Mittelmeer machen. Auch hofft man, daß recht bald wieder, wie dies früher der Fall war, bei Niedrigständen von Bankhäusern entstehen, die an den Aufgaben der Freihandelsbörsen und der Baumwollbörsen interessiert sind.

57. Briefmarken-Grossauktion 6.-19. März 1948

auserlesenes Luxusmaterial von Altdeutschland

hervorragendes Material von Europa und Uebersee

reich illustrierter Katalog gratis gegen Berufsangabe

EDGAR MOHRMAN & Co., M. B. H.

Veredigter Briefmarken-Auktionator

HAMBURG 1, Speersort 6, Tel. 32 64 28

Führendes Briefmarken-Auktions-Haus Deutschlands!

